Zeitschrift: Das Konzept : die Monatszeitung

Herausgeber: Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS

Band: 8 (1979)

Heft: 7-8

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

A.Z. 8006 Zürich Weinbergstr. 31 8. Jahrgang Nr. 7/8 Juli/Aug. 1979 Kiosk Fr. 1.80

das konzept

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Seminarien und andern höhern Schulen der Deutschschweiz: Auflage 32 000*

Adressen: Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Tel. ✆ (01) 47 75 30
Postfach 1351, CH-3001 Bern
Tel. (031) 25 88 05

Inserate: Inserateverwaltung «das konzept», Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Tel. ✆ (01) 47 75 30, PC-Konto 80-36651

Abonnemente: pro Jahr Fr. 18.– (Ausl. 22.–), PC-Konto 80-37626

Niklaus Meienberg zur Ächtung der PdA:
Zonenplanung und Spektralanalyse *Seite 3*

Frauen in der Uhrenindustrie *Seite 4*

AKW-Unfall in Harrisburg:
Jetzt heisst es: Sabotage *Seite 5*

Nicaragua:
So lebt das Volk *Seite 9*

Bankrott der Gerechtigkeit:
Terrorist ist, wer Terroristen verteidigt *Seite 11*

Der geheime Fragebogen für Rekruten 1979 *Seite 14*

«das konzept»-Exklusiv-Dokument: Gnägis Rücktrittsschreiben

Gnägi rechnet ab

Fotomontage: Johannes Marx

Das sensationelle Rücktrittsschreiben von Bundesrat Gnägi, das uns zugespielt wurde, markiert eine neue Ära in der Schweiz:

EIDGENÖSSISCHES MILITÄRDEPARTEMENT
DÉPARTEMENT MILITAIRE FÉDÉRAL
DIPARTIMENTO MILITARE FEDERALE
Der Vorsteher

Spiegel b. Bern, 21.Juni 1979

"Der Ruhestand ist die Fortsetzung des Berufs mit anderen Mitteln."
Karl v. Clausewitz

An den Präsidenten der Bundesversammlung,
An das Schweizer Volk!

Wenn ich heute meinen Rücktritt erkläre, so geschieht dies aus einer grundtiefen Einsicht heraus und in ernster Sorge um unser Vaterland. An höchster verantwortlicher Stelle habe ich 14 Jahre lang die Geschicke unserer eidgenössischen Volks- und Wehrgemeinde mitgeprägt. Jetzt muss ich mit Fug bekennen: meine Augen haben zuviel gesehen, meine Ohren haben zuviel gehört. Ich kann nicht länger schweigen: Wir haben uns geirrt!

Wenn ich an der Bundesfeier 1968 gesagt habe, dass wir "alles Defaitistische, Unschweizerische und Fremde, das unserem Wesen nicht angepasst ist, ausmerzen und überwinden müssen", so war dies - inmitten einer kriegslüsternen und waffenstrotzenden Welt ein Appell an den jedem Schweizer Bürger innewohnenden Willen, den Frieden zu wagen. Und habe ich 1971 am Parteitag der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei in einem auch oft missverstandenen Ausspruch unseren Mut zum Konformismus unterstrichen, war dies ein Aufruf, der modischen Kriegstreiberei eine, unserer Volksseele konforme, Absage zu erteilen.

Wir haben zuviele Chancen ungenützt verstreichen lassen. Nun gilt es, das Versäumte nachzuholen. Ich werde fürderhin an anderer Front weiterkämpfen, an der weltgeschichtlichen pax in mundo. Meine Einsicht habe ich mir in langen und schlaflosen Nächten mühevoll abgerungen. Aber sie steht fest.

Ich möchte schliessen, nicht ohne an ein uns allen wohlbekanntes Motto erinnert zu haben:

Nie wieder Krieg!

EIDG. MILITÄERDEPARTEMENT

Das Genfer Gefängnis Champ-Dollon tötet

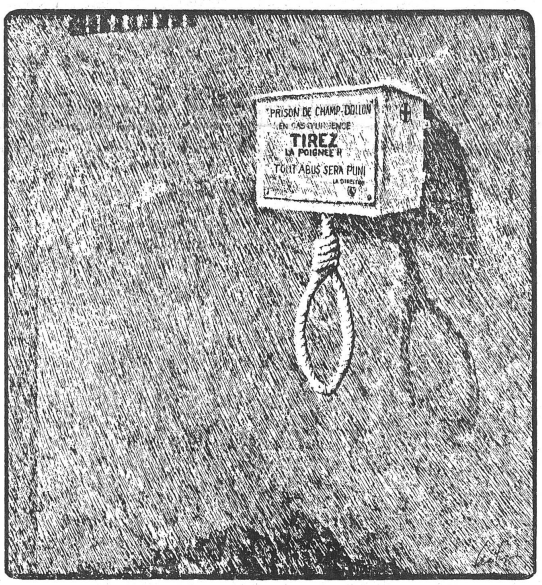
Im Treibhaus für Selbstmorde

Von unserem Genfer Mitarbeiter Frank Garbely

Das sechste Todesopfer innerhalb zweier Jahre forderte das Super-Gefängnis Champ-Dollon in Genf am 6. Juni dieses Jahres. Die 19jährige Drogendelinquentin Anne-Marie G. starb, ohne dass die Todesursache bis heute genau bekannt geworden ist. In der Deutschschweiz ist die Gefängnismeuterei – erstmalig in der Knastgeschichte – kein Thema (mehr).

Im Mai 1977 weihten die Behörden voller Stolz das Untersuchungsgefängnis Champ-Dollon ein. Sie waren davon überzeugt, nach Stuttgart-Stammheim den modernsten und sichersten Knast Europas gebaut zu haben. Champ-Dollon galt als zukunftweisendes Mustergefängnis. Der Prototyp aber erwies sich als Spitzenleistung der Unmenschlichkeit und eigentliches Treibhaus für Selbstmord: in knapp zwei Jahren starben sechs Insassen der Freitod, monatlich werden 20 Suizidversuche registriert.

Am 4. Juni 1979 meuterten 60 Häftlinge. Der Aufstand endete mit dem Tod der 19jährigen Anne-Marie G. Erst dieses neuerliche Drama kratzte am Firnis der öffentlichen Gleichgültigkeit. Anwälte und Politiker stellen den Superknast in Frage. Die Gefangenen fordern den Rücktritt des Gefängnisdirektors.



Strafanstalt Champ-Dollon: Ziehen Sie im Dringlichkeitsfall diesen Griff. Jeder Missbrauch wird bestraft. Die Direktion. *Zeichnung Martial Leiter*

Chronologie der Revolte

25. 5. 77. Einweihung von Champ-Dollon
26. 5. 77. Gefangene in St-Antoine treten in den Hungerstreik
23. 9. 77. José P. begeht Selbstmord
7. 4. 78. Selbstmord von Christine B.
12. 4. 78. Protestdemonstration in Genf
2. 5. 78. Selbstmord von Cinthia B.
9. 5. 78. Das Büro des Gefängnisarztes Bernheim wird besetzt
18. 5. 78. Demonstration in den Strassen von Genf
1. 6. 78. 96 Gefangene schreiben an die Europäische Menschenrechtskommission
1. 8. 78. 85 Gefangene unterzeichnen eine Petition
11. 8. 78. Gefangene besetzen den Gefängnishof von Champ-Dollon
11. ?. 78. Tod eines Gefangenen (keine nähere Angaben)
Ende Nov. 78. 85 Gefangene richten eine Petition an Gross- und Staatsrat
15. 12. 78. Regierungsrat Fontanet lehnt die Forderungen der Gefangenen ab
Februar 1979. Selbstmord von Bernhard S.
25. 5. 79. Erneute Petition
30. 5. 79. Direktor Hentsch weist die Petition zurück
4. 6. 79. Meuterei von Champ-Dollon
6. 6. 79. Anne-Marie G. stirbt.

Meuterei mit tödlichem Ausgang

«Die derzeitige Gefängnisführung entspricht den minimalen Vorschriften. Es gibt keinen Grund, daran etwas zu ändern.» So antwortete Direktor Hentsch auf eine von 110 Insassen unterzeichnete Petition. Die Bittschrift forderte in den wesentlichen Punkten:

- Wahl eines Gefangenenkomitees,
- gegenseitigen Zellenbesuch und gemeinsamen Aufenthalt in den Korridoren,
- Benützung der bereitstehenden Sporthalle.

Seit Champ-Dollon steht, wehren sich die Insassen gegen die unmenschliche Kälte in ihren Zellen. Sie reichten ein halbes Dutzend Petitionen ein, traten mehrmals in Hungerstreik, steckten ihre Betten in Brand. Immer wieder legen Verzweifelte Hand an sich selbst. Doch niemand – mit Ausnahme der Aktion Strafvollzug (siehe Anmerkung Seite 2) – hörte ihre Notschreie.

Am Pfingstmontag waren die Gefangenen entschlossen, das erneute Nein des Direktors nicht mehr hinzunehmen. Während des Nachtessens rotteten sie sich zusammen, zertrümmerten Mobiliar im Wert von 200 000 Fr.: 60 Häftlinge meuterten.

Gefängnisdirektor war gewarnt

Der Aufstand war von langer Hand vorbereitet. Die Direktion wusste Bescheid. Zwei Insassen hatten geplaudert. Direktor Hentsch suchte die Aussprache mit den Unzufriedenen nicht, sondern bereitete sich auf eine Nachtprobe vor. Noch bevor die Aufständischen das Gefängnisdach erreichten, hatte ein erster Polizeitrupp bereits Position bezogen, und Justizdirektor Fontanet befand sich mit seinem Beraterstab auf der Fahrt nach Champ-Dollon. Die Polizei versuchte die Rebellen mit Wasserspritzen vom Gefängnisdach zu vertreiben. Die 19jährige Anne-Marie G. stürzte sich in die Tiefe.

Tötung oder Selbstmord?

Während Anne-Marie G. in ein Spital zur ärztlichen Untersuchung gefahren wurde, prügelten Polizisten die übrigen Insassen in die Zellen zurück. Nur wenige Stunden später befand sich die lebensmüde Anne-Marie G. wieder in Champ-Dollon. Dort empfing sie nicht ein Psychiater oder ein Sozialarbeiter, sondern die Dunkelheit einer verhassten Arrestzelle.

Nach offiziellen Angaben erlag Anne-Marie G. tags darauf den Folgen eines Selbstmordversuchs. Sie soll sich mit ihren Jeans erhängt haben. Die Mutter der Toten – benachrichtigt von einer Gefängnisbesucherin und nicht durch die Gefängnisdirektion – verlangte eine Obduktion und reichte Klage wegen Tötung (homicide) ein. Nach dem Obduktionsbericht konnte die Todesursache nicht festgestellt werden. Neben Erdrosselungsspuren spricht der Bericht ebenfalls von schweren innern Verletzungen.

«Ein Übel der Gesellschaft»

Auch das jüngste Drama öffnete den verantwortlichen Behörden die Augen nicht. An einer zweistündigen Pressekonferenz rechtfertigten Justiz- und Gefängnisdirektor ihr Verhalten. Nach Fontanet sind auch die häufigen Selbstmorde von Champ-Dollon bloss «ein Übel unserer Gesellschaft». Für Hentsch steht fest: «Der Aufstand wurde von Ausländern angezettelt, die auch bei uns französische Verhältnisse wünschen.» Die Forderungen der Gefangenen lehnen die Herren mit beschlossener Konstanz ab. Justizdirektor Fontanet: «Das würde überhaupt nichts ändern.»

Immerhin setzte die Regierung mit dem Einverständnis des Parlaments und unter dem Druck der Öffentlichkeit einen «Rat der Weisen» ein, der die Ursachen und Hintergründe der schwerwiegenden Ereignisse von Champ-Dollon abklären soll.

Superknast – ein Krüppel, der tötet

Im Champ-Dollon sitzen mehrheitlich Untersuchungshäftlinge. Zu ihnen gesellen sich Verurteilte, die für kleinere Delikte (Strafen von 3 bis 6 Monaten) büssen. Nicht bloss deshalb lässt sich die unverständige, starrköpfige und oft rachsüchtige Haltung des Direktors kaum rechtfertigen. Die Vorwürfe an Direktor Hentsch beherrschen die angeheizte Debatte. Die Wurzeln der Misere sitzen jedoch tiefer.

Das ursprüngliche Projekt Champ-Dollon (November 1963) sah drei verschiedene Anstalten vor: einen eigentlichen Gefängnistrakt, einen Pavillon für Jugendliche und eine Anstalt für Gefangene, die einer psychiatrischen Betreuung bedürfen.

Gebaut schliesslich wurde bloss der Gefängnistrakt. Das Loblied auf das modernste Gefängnis freilich bezieht sich noch heute eher auf die ursprünglichen Pläne.

Modern, teuer, seelenlos

Heute steht in Champ-Dollon ein Betonbunker, bei dem alles auf die totale Sicherheit getrimmt ist. Auf den ersten Blick muten die Zellen geradezu luxuriös

Fortsetzung auf Seite 2

INSERAT

Ferienfestival
Asilah
6. - 21.7. Fr. 780.-
14tägliche Abflüge vom
21.7.-31.8. Fr. 820.-
Verlang unser Prospekt!
SSR-Reisen
Zurich, Bern, Basel, St Gallen, Chur, Luzern und Solothurn
Telefonverkauf 01/242 31 31
anders als anders
Reisen für junge Leute.

Fortsetzung von Seite 1

an: farbige Wände, linoleumbelegte Böden und nur zum Teil vergitterte Fenster. Die Insassen dürfen Radio hören und fernsehen. Im Durchschnitt befinden sich 150 Insassen in Champ-Dollon, die von ebenso vielen Angestellten betreut werden.

Im Gegensatz zum alten Gefängnis St-Antoine weist der Neubau mehrheitlich Einzelzellen auf. Dem materiellen Luxus steht eine unerträgliche Isolation entgegen. Die Zellenwände sind gegen Schall abgedichtet, die Gitterstäbe unzersägbar und die Fenster unzerbrechlich. Selbst Klopfzeichen über Wasserröhren sind mittels Gummieinlagen unterbunden. Keine Sekunde verlebt der Insasse unkontrolliert. Abhöranlagen vermögen selbst Gespräche ausserhalb der Gefängnismauern mitzuverfolgen. Vor allem Drogenhäftlinge (rund 50 Prozent der männlichen und über 60 Prozent der weiblichen Insassen) ertragen soviel Kontaktarmut äusserst schlecht.

Beton und Elektronik vertreiben jegliche menschliche Wärme und rufen seelische Ängste hervor. Chemie und Prügel bändigen Verzweiflung und Protest. Das sture und strikte Regime des ehemaligen Militärinstruktors und heutigen Direktors verwandelt den Luxusbunker in ein Inferno.

Das Comité contre Champ-Dollon hat eine ausführliche *Dokumentation* mit Briefen, Petitionen, Kommentaren, Chronologie, Presseausschnitten etc. zu den Kämpfen um Champ-Dollon auf deutsch herausgegeben. Sie kann bezogen werden bei: Comité contre Champ-Dollon, Case postale 22, 1211 Genève 24.

«Passe-muraille», Zeitung der Groupe Action Prison GAP (Aktion Strafvollzug), Jahresabonnement 10 Fr. (Unterstützungsabo 20 Fr.)

echo

Leserbriefe sind mit Schreibmaschine geschrieben zu richten an: «Redaktion ‹das konzept›, Weinbergstr. 31, 8006 Zürich.» Kurze Zuschriften freuen uns besonders.

Gezielte Ignoranz

Der zentralafrikanische Kaiser Bokassa I. soll laut verschiedenen Zeugenaussagen persönlich an der Folterung und der Ermordung von Kindern beteiligt gewesen sein (AP-Meldung vom 5. Juni 1979).

Schon beinahe täglich erreichen uns Schreckensmeldungen über Folterungen und blutige Repression in zahlreichen Ländern, welche von gewalttätigen Machthabern beherrscht werden. Eine der traurigsten Meldungen der letzten Zeit ist die Folterung und Erschiessung von *Kindern* auf Befehl des zentralafrikanischen Herrschers Bokassa.

Erinnern wir uns: Kaum ernannte sich Bokassa selbst zum Kaiser – und inszenierte dafür pompöse Krönungsfeierlichkeiten –, pilgerten auch schon zahlreiche Geschäftsleute zum Thron des neuen Herrschers, um mit ihm ins Geschäft zu kommen, unter ihnen auch bedeutende Schweizer Firmen. Schon bald danach ging die Meldung durch die Presse, dass sich Bokassa in Bern eine Villa gekauft habe. Angesichts dessen ist wohl zu erwarten, dass Bokassa, sollte er zuweilen in unserem Land sein, in allen Ehren als Gast begrüsst und entsprechend behandelt würde.

Gehen die wirtschaftlichen Abhängigkeiten der Schweiz bereits so weit, dass wir uns gegenüber dem Mord an Kindern nicht einmal mehr einen verbalen Protest leisten können, weil wir sonst «Seine Majestät» beleidigen könnten, oder haben uns die diesbezüglichen früheren Erfahrungen mit dem Schah eingeschüchtert?

Sind wir bereits wieder so gleichgültig wie zur Zeit des Zweiten Weltkriegs? Wann finden wir einmal den Mut, solche Schandtaten klar und unmissverständlich auf Regierungsebene im Namen der Menschlichkeit zu verurteilen? Und damit im Namen des Schweizervolkes. Oder lassen sich diese beiden Begriffe nicht mehr miteinander vereinbaren?

Harry Franken, Zürich

«Anne-Marie war keine Selbstmörderin»

mif. Ein aufgestelltes, am gesellschaftlichen Geschehen interessiertes und mässig politisiertes Mädchen sei sie gewesen, die Anne-Marie, sagt ihre Mutter, Madame G., an einer Veranstaltung über die Hintergründe von Champ-Dollon in Zürich. Durch einen Freund, an dem sie sehr gehangen habe, sei sie dann in Betrügergeschichten hineingeschlittert und gleich beim ersten Mal gefasst und in Champ-Dollon interniert worden. Sie habe immer guten Kontakt zu ihr, der Mutter, gehabt, sie noch getröstet, ihr aber gleichzeitig auch versichert, sie könne sich gar nicht vorstellen, welche Zustände da herrschten in Champ-Dollon. Gewehrt habe sich Anne-Marie von Anfang an; sie wollte zum Beispiel zwei Stunden pro Tag spazierengehen. Als Antwort sei sie von Gefängnisdirektor Hentsch bestraft worden: von nun an wurde nur noch im Innenhof spaziert. Später sei Anne-Marie für zehn Tage in den Hungerstreik getreten, habe auch sonst oft körperliche Beschwerden gehabt, von einem Arzt sei sie aber nie behandelt worden. Und immer habe sie geschrieben, meist für sich zwar, weil der Gefängnisdirektor Hentsch kaum ein Schreiben die Knastpforten habe passieren lassen. Nein, Anne-Marie sei keine Selbstmörderin gewesen, nicht der Typ einer Suizidgefährdeten, das könnten alle bezeugen, die sie gekannt hatten, meint die Mutter.

Dann der Pfingstaufstand in Champ-Dollon, dem Mustergefängnis (Hentsch: «Es war das heisse Wetter»): Anne-Marie wird vom scharfen Wasserstrahl der Polizeigeschütze vom Dach gespült (Hentsch: «Ein Suizidversuch»), fällt 25 Meter tief und landet nur halb auf dem polizeilichen Sprungtuch. Sie wird ins Kantonsspital verbracht. Völlig verzweifelt kriegt sie dort Tobsuchtsanfälle, dreht fast durch. Mit so einer kann man im Spital nicht viel anfangen, also verfrachtet man sie kurzerhand nach Champ-Dollon zurück – bei Nacht und Nebel. Dort verbringt sie die Nacht (nach ihrem 25-Meter-Sturz!), ohne zu schlafen – aber sie schreibt. Morgens um halb acht verlangt sie den Sozialarbeiter zu sehen, was Hentsch, der Gefängnisdirektor, um diese Zeit eine Zumutung findet; er steckt Anne-Marie als Strafe in eine Arrestzelle.

Im Lauf des Vormittags stirbt Anne-Marie.

Die Mutter und der Bruder der Toten erfahren davon erst, als sie sich beim Gefängnisdirektor nach dem Gesundheitszustand von Anne-Marie erkundigen. Sie werden aufgefordert, deren persönliche Effekten im Gefängnis abzuholen. Drei Kartons liegen bereit. Darin sind keine Manuskripte. Die Chefwärterin sagt, die Manuskripte dürften das Haus nicht verlassen. Anne-Maries Angehörige verlieren die Nerven. Die Mutter wird als «vieille conne» beschimpft, der Bruder von etwa zehn Wärtern hart angefasst und hinausspediert. Anne-Maries Familie reicht beim Staatsanwalt ein Gesuch ein, um die Todeszelle ihrer Tochter zu sehen. Dort stellt sie fest, dass das Erhängen durch Jeans (so die offizielle Version) praktisch unmöglich ist: Die Abstände zwischen den Gittern sind so klein, dass Anne-Maries Bruder nicht einmal eine Wollkordel durchschieben kann. Die Familie fordert, dass bei der Autopsie der Leiche ein Vertrauensarzt dabei ist. Der Obduktionsbericht ist noch unveröffentlicht. Es heisst darin lediglich: «Die unmittelbare Todesursache ist unklar.» Und man stellt fest, dass Anne-Marie schwere innere Verletzungen vom Sturz davongetragen hatte.

Anne-Maries Mutter, Madame G., will weiterforschen. Sie will beweisen, dass ihre Tochter nicht Selbstmord begangen hat. Und sie will überall von den mörderischen Verhältnissen in Gefängnissen erzählen – weil davon nicht nur ihre Tochter betroffen war.

50 000 Fr. Strafe für Vietnamprotest

Am 13. Januar 1973 manifestierten 5000 Personen in Genf ihre Wut über die amerikanischen Bombardements in Vietnam. Dabei kam es auch zu Steinwürfen gegen amerikanische Bürohäuser. Die Scheiben der First National City Bank gingen in Brüche, an anderer Stelle platzten Farbbeutel auf «amerikanische» Mauern. Fast nichts also, verglichen mit dem, was die USA in Vietnam veranstalteten.

Von den 5000 wurde ein einziger Sündenbock ausgesucht, der den Schaden zu berappen hat. Er wurde zur Zahlung von 37 500 Franken verurteilt, als ob er allein den Schaden angerichtet haben könnte! Mittlerweile ist die Schuld (durch Verzugszinsen) auf 50 000 Franken (!) angeschwollen. Der Schuldiggesprochene verdient jedoch nur 2500 Franken im Monat. Er braucht ganz dringend unsere finanzielle Unterstützung. Um den administrativen Aufwand auf einem Minimum zu halten, bitten wir die Spenden auf das Konto unserer Kollegen der Wochenzeitung **«Tout Va Bien»** einzuzahlen: **PC 12–14438** (Vermerk: Vietnam)

Spots

Zur gleichen Zeit, wo über die Telex-Ticker die Meldung von der Verurteilung der Hoffmann-LaRoche ging, hielt die französische Filiale eine Pressekonferenz ab. Verurteilt wurde Hoffmann-LaRoche vom Europäischen Gerichtshof für den Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung im Vitamingeschäft zu 600 000 Fr. Und die Pressekonferenz: die machte klar, dass ab sofort die Franzosen «alles über Vitamine» erfahren sollen, durch eine breite Kampagne der Roche. Kostenpunkt 1 Million franz. Franken, unterstützt vom franz. Erziehungsministerium. Damit alle Franzosen gesund und kräftig werden. Und das Image der Firma sowie ihre Geschäfte auch . . .

*

Jimmy, der Menschenrechtler, denkt bei seiner «Minderheiten»-Politik auch an die Frauen, hat dafür eigens einen «Berateraussschuss für Frauenfragen» mit einem Vertreter der weiblichen Gattung (!) an der Spitze. Doch Carters Verhältnis zu «seinen Mädchen» ist nicht ganz unproblematisch. Nachdem Bella Abzug es als Vorsteherin der genannten Kommission gewagt hatte, die Frauenpolitik des Chefs massiv zu kritisieren, wurde sie im letzten Dezember kurzerhand abgesetzt. Als Nachfolgerin hat Carter jetzt Lynda Johnson Robb, eine Tochter von Ex-Präsident Lyndon Johnson, berufen. Hofft der grosse weise Vater sich durch solch standesgemässe Wahl die ungezogenen Gören vom Hals zu schaffen? – Vorsicht, Herr Carter, emanzipierte Frauen sind nicht mehr ganz so selbstverständlich die Töchter ihrer Väter.

Angst vor dem «Grossen Bruder»

«Nur bedingungslose Zustimmung erwünscht?», Leserbrief zum Leserbeitrag «Wehret solchen Anfängen» von Werner Meier, Präsident des Eisenbahner- und des Föderativverbands, Nrn. 6/79 und 5/79

Nur bedingungslose Zustimmung erwünscht? Dieser Frage kann ich aus eigener Erfahrung nur zustimmen. Da ich selber dem Schweizerischen Eisenbahnerverband (SEV) angehöre, somit auch den «Eisenbahner», Herrn Meiers Hoforgan, zugestellt bekomme, hatte auch ich die Gelegenheit, mich über Herrn Meiers «wutschnaubenden» Artikel vom 3. 5. 1979 zu wundern. Kurz darauf entschloss ich mich, den beigelegten Leserbrief* an die Redaktion des «Eisenbahners» zu senden, wobei ich sogar zu hoffen wagte, er würde auch veröffentlicht. Weit gefehlt. Seit über einem Monat warte ich sogar vergebens auf wenigstens eine Antwort von seiten der Redaktion. Ich hätte ja wissen müssen, dass unter der Rubrik *«Mitglieder schreiben»* nur solche Schreiben veröffentlicht werden, die entweder vollkommen belanglos sind, oder aber solche, die die Sache der Funktionäre vorbehaltlos gutheissen und blindlings unterstützen. Kritik – auch wenn sie noch so objektiv ist – hat beim «Eisenbahner» keinen Platz.

All dies geschieht zu einem Zeitpunkt, wo sich die SP – vor allem im Kanton Bern – darüber wundert, warum es zu einer Spaltung der Partei habe kommen können. «Es fehlen», wie Paul Ignaz Vogel im Maiheft des «Profil» unter anderem schreibt, «die jungen Arbeiter und Angestellten als Zuzüger in die Partei.»

Gegenwärtig wäre auch ich noch nie einen Augenblick lang auf die Idee gekommen, der SP beizutreten. *Kurt Oehrli, Zürich*

* Als Gewerkschafter (SEV/ZPV) und regelmässiger Leser des von Herrn Meier im «Eisenbahner» vom 3. Mai 1979 scharf verurteilten Blattes «das konzept» habe ich Angst. (. . .) Jetzt verstehe ich jedenfalls den Kollegen (leider hat er gekündigt), der mir einmal – auf die Frage, warum er nicht im Verband sei – antwortete: er helfe nicht mit, Schweine am falschen Ort zu mästen. Ich habe davor Angst, den «Grossen Bruder» – wahrscheinlich gibt es aber auch mehrere –, aus dem Roman «1984» von George Orwell gefunden zu haben.

Wie sagte doch mein «wirklicher» Bruder immer, wenn ich mich wegen einer Sache lauthals zu verteidigen suchte? «Wenn du ein gutes Gewissen hättest, dann brauchtest du gar nicht so zu schreien . . .»

ko, Zürich

Auch in Basel!

Grauzonenplaner (vgl. den Artikel von N. Meienberg auf S. 3) auch in Basel: auf eine Interpellation hin erklärte der Regierungsrat, die PdA sei eine extremistische Partei, in der «Grauzone» liegend zwischen Legalität und Illegalität. «Der Regierungsrat geht von der Annahme aus, dass diese Beurteilung auf zuverlässigen und fundierten Informationen und Erkenntnissen der zuständigen Staatsschutzbehörden beruht.»

HINTERGRUND

«konzept»-Artikel sind keine Eintagsfliegen. Deshalb weisen wir an dieser Stelle auf frühere «konzept»-Berichte hin, welche Hintergrundinformationen für wichtige aktuelle Fragen bieten. Die Nummern sind bei der Administration gegen 1.80 Fr. in Briefmarken erhältlich. «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich.

Die Walliser Cinceristen kriegten eins auf den Deckel

Die dämlichen «Mings», «Muffs» und «Zentralen» (das sind u. a. der Spekulant *Josef Stehlin* und der christliche und soziale Politiker *Dionys Jossen),* welche im Wallis gegen Redaktoren des «Walliser Boten» und «Walliser Volksfreundes» Dreck schleuderten, natürlich auch gegen das «Kritische Oberwallis», um es von der SP zu trennen (vgl. «das konzept», Nr. 6/79), fanden keine Unterstützung bei den Adressaten ihrer schwarzen Listen und Bulletins: Nach einigen Leserbriefen im «Walliser Volksfreund» brach Chefredaktor *Chastonay* die Diskussion ab. Im «Walliser Boten» erteilte der Verleger *Mengis* den Cinceristen eine Absage (mit Seitenhieb gegen das «KO», versteht sich). Der *Oberwalliser Presseverein* hiess einstimmig eine Verurteilung dieser Cincera-Methoden gut. Dann distanzierte sich auch noch der Präsident der Oberwalliser Offiziersgesellschaft, *Jullier,* von den falschen Demokratiefreunden. Damit werden zwar die Rechten nicht liberaler, aber die Rechtsextremen bleiben fürs erste hocken.

das konzept Tip

Jugoslawiens Theorie und Praxis der Selbstverwaltung

Eine ungewöhnliche SSR-workshop-Reise soll nicht nur Jugoslawien von einer andern Seite zeigen, sondern auch Impulse geben und Erfahrungen ermöglichen, welche für das Leben hier in der Schweiz von Bedeutung sind. Die zehntägige Reise bietet unter anderem Referate von Wissenschaftern und Experten, Diskussionen mit ihnen, Besuche bei Unternehmen, Gespräche mit den Arbeitern, Vorlesungsbesuch, Besuch eines selbstverwalteten Bildungsinstituts. An der Politischen Schule in Kumrovec (Geburtsort von Tito) wird über die politischen Konsequenzen der Arbeiterselbstverwaltung detailliert informiert. Gegen Ende der Reise besteht dann auch die Möglichkeit zur Erholung, zum Baden, Stadtbesichtigung von Zagreb, Grottenbesichtigung usw. Eine Abschlussdiskussion vor dem Rückflug in die Schweiz soll die gemeinsamen Erfahrungen einschätzen. (Genaues Programm an allen SSR-Verkaufsstellen erhältlich.)

Reisedaten: 16. bis 25. September 1979. Vorbereitungstreffen: Samstag, 8. 9. 1979.
Preis: 680 Fr. (inbegriffen: Flug Zürich–Zagreb und zurück, sämtliche Unterkünfte mit Frühstück in Mehrbettzimmern, alle Transfers, Kurskosten).
Leitung: Boris Madjeric (Jugoslawe). Experte der jugoslawischen Selbstverwaltung. Er spricht Schweizerdeutsch.

Feministische Wissenschaft

gh. Kürzlich ist in Zürich die *Schweizerische Zentralstelle für die Registrierung von wissenschaftlichen Arbeiten mit frauenspezifischen und feministischen Ansätzen* (inhaltlich und methodisch) eingerichtet worden. Sinn dieser Organisation ist es, jeder/jedem Frau/Mann die Möglichkeit zu geben, existente, aber nicht publizierte wissenschaftliche Literatur zu einem gewünschten frauenspezifischen/feministischen Thema systematisch suchen und finden zu können und somit eine Informationsbasis für Theorien darüber zu schaffen, was feministische Wissenschaft bis heute ist und was sie sein könnte.

Die Zentralstelle soll auf folgende Weise funktionieren:

Wer eine wissenschaftliche Arbeit mit frauenspezifischen und feministischen Ansätzen schreibt oder schon geschrieben hat, meldet dies der Zentralstelle unter Angabe von Autor(in) (Name und Adresse), Titel, Auftraggeber, Bezugsquelle (Adresse) sowie einer kurzen Inhaltsangabe über Arbeitsgrundlagen, Zielformulierung, Schwerpunkte, methodische Besonderheiten. Dort werden die eingehenden Hinweise vervielfältigt und den vier Frauenbuchläden in Basel, Bern, Lausanne und Zürich zugeschickt, wo frau/man in einem *Katalogkästchen* nachsehen kann, ob und wo eine Arbeit erhältlich ist.

Adressen: *Zentralstelle:* Miriam Vogel, Brunngasse 8, 8001 Zürich. *Frauenbuchläden:* Basel: Petersgraben 18, (061) 25 75 02; Bern: Münstergasse 41, (031) 22 81 18; Lausanne: Place du Tunnel 4, (021) 23 33 15; Zürich: Stockerstrasse 37, (01) 202 62 74.

Schmutzige Gelder reingewaschen

Im *Flucht-Geld-Kurier* wird das Thema «Finanzplatz Schweiz – Dritte Welt» aufgegriffen, werden Zusammenhänge hergestellt zwischen der Armut der 3.-Welt-Bevölkerung und dem Profit der Schweizer Banken aus Fluchtgeldern. Anlass, diese Zeitung gerade jetzt herauszubringen, bot die Bankeninitiative der SPS und vor allem die dadurch ausgelöste öffentliche Diskussion um den Finanzplatz Schweiz. Die Herausgeber, die *Aktion Finanzplatz Schweiz – Dritte Welt,* umfasst verschiedene Organisationen, die in der Entwicklungsarbeit tätig sind.

Der «Flucht-Geld-Kurier» ist für 50 Rp. zu bestellen bei: Aktion Finanzplatz Schweiz – Dritte Welt, c/o Erklärung von Bern, Gartenhofstr. 27, 8004 Zürich.

Gesellschaftsschichten – ein Poster

Da die Technik für die Bildreportage *«Gesellschaftsschichten»* im letzten »konzept» (Nr. 6/79) ungenügend war, geben wir den Beitrag als Poster heraus. Unsere Absicht, für einmal (nicht das letzte Mal) Bilder statt Texte zu lesen, lässt sich mit dem Poster nun besser verwirklichen. Es ist bei der Redaktion «konzept» erhältlich für *7.20 Fr.* Benützen Sie doch den Talon auf Seite 10.

Piraten auf der (teuren) Anklagebank

100 Polizisten, mehrere Schnüffelhunde, zwei Helikopter, 24 Polizeiwagen und fünf PTT-Autos jagten am 23. Juli 1977 die Piraten von *«Radio aktiv freies Gösgen»* – mit Erfolg. Noch vor dem Einnachten wurden zwei Radiotechniker mitsamt ihrer Anlagen verhaftet. Ein halbes Jahr darauf folgte die Polizeirechnung: 1500 Fr. Busse und *13 067.45 Fr. «Barauslagen»* (sprich Fahndungskosten, sogenannte Verfahrenskosten). Eine Berufung der Angeklagten brachte den Ätherpolizisten eine Niederlage bei. Reduzierung der Busse auf 1000 Fr., die PTT haben die Fahndungskosten selber zu berappen. Mit dieser Schlappe gaben sich die Wellenordnungshüter nicht zufrieden. Sie reichten *Kassationsbeschwerde* ein. Jetzt findet der Prozess statt.

Prozess gegen zwei Techniker des Piratensenders «Radio aktiv freies Gösgen» am Donnerstag, 5. Juli 1979, 8.15 Uhr in Solothurn, Amtshaus 1, 2. Stock, Nähe Bieltor. Postscheckkonto für Spenden: Fritz Helfenstein, Balsthal, 46 – 10 894 (Olten).

++ redaktionelles ++ redak

Das Märchen vom Zufall. Es ist immer wieder . . . Wenn an den Hochschulen «das konzept» ausgeliefert wird, findet es reissenden Absatz. Am Abend des Auslieferungstages sind die Stapel schon merklich geschwunden. Dann aber findet ein Wunder statt, und zwei Tage später sind an den Haupteingängen die «konzepte» plötzlich rar geworden. Was für ein Zufall, dass dafür um so fetter andere Zeitungen ihres elenden Daseins harren, die Schweiz. Händeler Zeitung und die Schweiz. Stündeler Zeitung und neuerdings auch noch die Kretinese. Die bleiben dann liegen und liegen und liegen, derweil natürlich längst die zweite und dritte Auslieferung des «konzepts» stattgefunden hat. Da gibt es also offenbar ein paar Edelritter in Sachen Meinungsfreiheit, welche «das konzept» abräumen wollen (weshalb wir eben in Raten ausliefern). Wir rufen alle demokratisch gesinnten Studentinnen und Studenten auf, uns Beobachtungen solch bösen Treibens gegen «das konzept» zu melden. Evtl. mit Bereitschaft zur Zeugenaussage oder mit Photo. Wir haben dieses kindische Treiben nämlich satt und meinen, eine Stimme «konzept» gegen das Geschnatter und Gegacker anderer Papiere tut not und gut.

Mit Dank zum voraus. *Die Red.*

NB: Immer mehr Studentinnen und Studenten zeigen heute ihre Sympathie zum «konzept», indem sie es abonnieren. Mach's doch auch. Das stärkt «das konzept» längerfristig am meisten.

Heiss wie der Sommer . . . ist das konzept das ganze Jahr.

«das konzept», Jahresabonnement 18 Fr., Ausland 22 Fr. Aus technischen Gründen laufen die Abonnements stets bis Ende Jahr.

Ich bestelle ein Abonnement «das konzept» (Zutreffendes ankreuzen)
☐ *Sept 79 – Dez. 80 für 24 Fr. (Ausland 28 Fr.)*
☐ ***Unterstützungsabonnement (doppelter Betrag)***
☐ *Geschenkabonnement (Name des Beschenkten hier eintragen, Adresse für Rechnung auf Zeitungsrand)*

Name, Vorname:

Adresse: *PLZ, Ort*

Beruf: *Datum:* *dk 7, 8/79*

Talon einsenden an: **«das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich**

Redaktion: Bruno Baeriswyl, Marianne Fehr, Fredi Hänni (Bern), Georg Hodel, Ruedi Küng, Liselotte Suter.
Redaktion und Administration: Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich. Schweiz. Telefon ✆ (01) 47 75 30, PC-Konto 80-37626.

Redaktionsstelle Bern: Postfach 1351, CH-3001 Bern, Tel. (031) 25 88 05

Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet. Für unverlangt zugesandte Unterlagen kann keine Verantwortung übernommen werden.

Herausgeber: Verein «das konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Verband der Studierenden an der ETHZ, Verband Studierender an der Uni Zürich).

Erscheinungsweise: Monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Lehrerseminaren, Musikkonservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 32 000

Abonnemente: pro Jahr Fr. 18.– (Ausl. 22.–), PC-Konto 80–37626

Inserate: Inseraterverwaltung «das konzept», Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich. Tel. ✆ (01) 47 75 30, PC-Konto 80-36651
1-sp-mm-Zeile –.62 Fr. (übliche Rabatte)

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich

Redaktionsschluss **Nr. 9/79: 27. 8. 79**
Inseratesschluss: **Nr. 9/79: 31. 8. 79**

Die Sept.-Nummer erscheint am **11. 9. 79**

Attacke der Zürcher Regierung auf die PdA: Wie sauber sind die Dreckschleuderer?

Zonenplanung & Spektralanalyse

Von Niklaus Meienberg

Etliche gemütliche Mannsgöggel von diverser Parteizugehörigkeit, welche zusammen die Regierung des Kantons Zürich bilden, haben bekanntlich einen farbentechnischen Spektralentscheid getroffen und eine Partei, deren Angehörige an der Zürcher Uni nicht beschäftigt werden dürfen, obwohl sie in Genf bereits den Stadtpräsidenten stellt, in die, wörtlich, *«Grauzone zwischen Legalität und Illegalität»* verwiesen resp. umgezont.

Grau, die Farbe der Verschwommenheit. Sich in der Grauzone herumtreiben, das ist viel gefährlicher als in der regelrechten Illegalität, denn sie ist undefinierbar; kann sehr schmal, aber auch ganz breit sein, ihre Grenzen sind je nach Saison verschiebbar und die Sanktionen völlig willkürlich (im Gegensatz zur Illegalität). In der Nacht sind alle Katzen grau. Zone, das tönt wie Osten, das schmeckt nach draussen. Die Verbindung von *Zone* und *Grau,* wie geht das unter die Haut! Unsere Bewohner der Grauzone, wie zum Beispiel der Medizinstudent Jordi, wie auch grundsätzlich alle andern Mitglieder der PdA (plus POCH plus RML etc., vermutlich auch AKW-Gegner), werden *ganz offiziell bespitzelt,* beschnüffelt, Telefon abgehört, Post geöffnet, Dossier angelegt; der Regierungsrat gibt das nicht nur zu, *er postuliert es.* Die PdA hält sich zwar skrupulös an die Legalität, aber das nützt ihr gar nichts, ihre politischen Ziele gefallen den Bürgern nicht; also werden sie von der Polizei umsorgt und kriegen halt keine Stelle beim Staat.

Das ist ein Fortschritt, verglichen mit früher, der Staat heuchelt nicht mehr, er gibt die Überwachung und Diskriminierung von einigen hundert Bürgern offen zu, er ist ehrlich geworden. Und es ist ein Rückschritt verglichen mit früher, denn der Staat oder was sich dafür hält, kann dieses Eingeständnis ohne Wimperzukken riskieren, keine öffentliche Entrüstung ballt sich zusammen, die Reaktion in bürgerlicher Presse und Parteien ist lau, und an vielen Stellen fehlt sie überhaupt. Der Grauzonenukas hat keine Wellen gemacht, ausser in dem Milieu, das bereits angegraut ist.

Die andern sind so fröh, dass sie (noch) nicht überwacht werden. Zehn kleine Negerlein. Wer ist der nächste? Die grossen Tenöre unter den Journalisten, die geistvollen, gehaltvollen, scharf und manchmal mutig denkenden Redaktoren und hochbezahlten Schreibkräfte: haben sie wirklich nicht kapiert, dass diese Sache ans Mark geht?

Alles bleibt so still.

*

Vermutlich betrachtet sich nun diese Regierung als ein Teil der *Grünzone,* obwohl sich herumgesprochen hat, dass gerade ihre eigene Gräue durch nichts zu übertreffen ist. Von mausgrau (Bachmann) über elefantengrau (Gisler) und aschgrau (Wiederkehr) bis grauenhaft (Gilgen) sind alle Schattierungen im Kabinett vertreten.

Man darf ja gar nicht beschreiben, was man auf den Wahlplakaten kürzlich sehen musste. Wochenlang haben uns diese Aushängeschilder von den Regierungsratswahlen bedrängt, hier ein Gilgen als Lutscher zwischen Mary Long und Triumph, dort ein Künzi umrahmt von Unterwäsche und Waschmittel, und wir haben es nicht leicht gehabt mit all den humanistischen, auf dem Boden der F.d.G.O.[1] wuchernden Gesichtern, haben gelitten unter der staatlich bewilligten, polychromen Beheiligung. Tucholsky hätte gesagt: Tiere sehen dich an, und Peter Frey vom «Tages-Anzeiger» wird sich in acht nehmen müssen, wenn er nächstens diese Visagen so mutig beschreibt wie den Kopf von Georges Marchais, welchen er einen *«schwarzbrauigen Frankenstein»* nannte (TA vom 14. Mai 1979); die Konterfeiung dieser säkularisierten Grossinquisitoren wird ihn noch so weit bringen, dass er den Boden der publizistischen Grundhaltung (PG) verlässt und einen ehrverletzungsschwangeren Artikel schreibt und Schwierigkeiten mit der eigenen Zeitung bekommt. Denn nichts ist so verletzend wie die Beschreibung der Wirklichkeit. Und sind doch wohl alle mit Peter Frey einig, dass, verglichen mit der Zürcher Regierung, ein Georges Marchais als ziemlich hübscher und wohl auch intelligenter Mann gelten darf. Mir schaudert also schon jetzt vor den grellen Farben, mit welchen Peter Frey (pf.) das Kabinett der Gicht- und Schnüffelköpfe schildern muss.[2]

Wie heisst die Steigerung von Frankenstein?

Schnüffelstein? Oder einfach: Zürcher Regierungsrat?

*

Man kennt sie alle, sie wohnen unter uns, die Väter der Zonenplanung, ihr Steckbrief hing an unsern Plakatwänden. So sehen sie aus. Merkt sie euch genau. Ihr werdet noch mit ihnen zu tun haben. Übrigens, wie ist das mit Bachmann, dem Sozialdemokraten, hat der auch mitgeschustert? Hat er sich mit der Spektralanalyse seiner Kollegen solidarisiert? Anscheinend hat er das, von einer distanzierenden Erklärung las man nichts. Was passiert wohl im Kopf des Genossen Bachmann, wenn er den Genossen Rothschild, einen der integersten, intelligentesten und wirklich linken Politiker auf dem Platz Zürich, in die Nähe der Illegalität (Kriminalität) spediert oder spedieren lässt?

Gibt es da noch einige Hemmungen bei Bachmann? Und in der SP, gibt es da jetzt weniger Hemmungen, endlich den freisinnigen Bachmann aus der Partei zu entfernen? Zusammen mit dem noch freisinnigeren Journalisten Messerli, wenn wir schon dabei sind.

Was hingegen in Wiederkehrs Kopf vorgeht, wenn er die PdA ein bisschen illegalisiert – ausgerechnet die PdA, welche von allen linken Parteien am strikktesten die Legalität beobachtet und der man seit Jahrzehnten nicht den geringsten illegalen Akt nachweisen kann; was in Wiederkehr vorgeht, der eine Partei vertritt, die in allen Landesteilen bis zur Gurgel in der Korruption steckt und deren Firmennamen, CVP, bald zu einem Synonym für Illegalität wird: das ist nicht schwer zu erraten.

Wiederkehr möchte im Sinn der ausgleichenden Gerechtigkeit, nachdem seine Partei so manchen Hochstapler, Steuerhinterzieher und andere Rahmabschöpfer hervorgebracht hat, unbedingt ein wenig von der christlichen Parteikriminalität auf die PdA abstrahlen lassen. Ganz im Sinne des Fastenopfers der Schweizer Katholiken mit dem Motto: WIR TEILEN. Und ist ihm sicher auch daran gelegen, dass in der PdA MEHR MENSCHLICHKEIT herrschen soll. Es ist schwierig, wenn man so viele putzige Leute in der eigenen Partei hat, dann denkt man noch schnell, dass die andern Parteien neidisch werden, und möchte ihnen ein paar Stück abgeben. Günstig zu haben ist gegenwärtig Reto Sciucheti, meiner und Wiederkehrs Schulkamerad aus der Klosterschule Disentis, ein vergleichsweise harmloser Fall, aber national berühmter lic. hochstpl. aus Chur, welcher sein Departement, Finanz und Militär, vier lange Monate umsichtig, und ohne verhaftet zu werden, gelenkt hat. Bald wird auch Alberto Stefani, schmucker Ständrat der CVP für das Tessin, Texon-Mischler und Mauschler, disponibel sein.

Dann weiter zu Künzi, dem Abgeordneten des Rotary-Clubs in der Regierung. Der hat wohl an seinen Parteifreund Celio gedacht, als von der Grauzone die Rede war. Swami-Celio und Texon-Celio. Aber vielleicht changiert hier die Farbe schon ein wenig vom Grauen ins Schwarze. Oder gar in die Leichenfarbe Violettbläulich hinüber. Pluralistisch empfindend, hat Künzi gewünscht, dass die PdA von Celio lernen möchte; man will ja nicht die ganze Illegalität für sich buchen. Ähnliche Gedanken halten wohl Sigrists Kopf (fdp.) besetzt.

Was Gisler (svp.), dessen Partei nur deshalb nicht in der Illegalität ist, weil ihre wenig raffinierten Mitglieder sich dort tolpatschig benehmen und sofort auffallen würden, was Gisler sich dachte, von dem in Anlehnung an die Zürcher Stadtheiligen Felix und Regula die Sage geht, er habe gar keinen Kopf auf dem Hals, trage ihn aber auch nicht in den Händen: das ist nicht klar. Gisler gehört unsere ganze Zärtlichkeit, er ist der Dümmste von den sieben. Vermutlich hat er sich der Meinung seines Vorredners (Gilgen) angeschlossen. Was Gilgen dachte, ist klar. Störend soll auf Gisler gewirkt haben, dass Celio jenen Swami finanzierte, der in die Schlafzimmermauer seines, Gislers, Parteifreunds Stucki (svp.) mit einer Sprengladung das nicht zu unterschätzende, bekannte Loch gerissen hat. Insofern klafft eine kleine Bresche in der Bürgerfront.

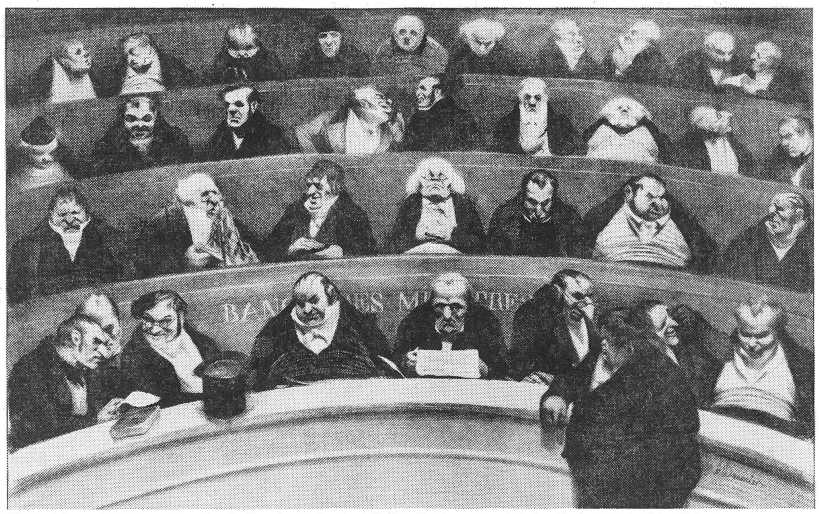
*

Und so waren sich im Prinzip alle einig, haben nach einem geselligen Beisammensein mit Damen und Umtrunk in den Staatskellereien, tief drinnen in der Blauzone, den historischen Text entworfen, und könnte man über die sieben Gwaggli lachen, wenn man nicht Angst haben müsste. Wie wäre das in *Spannungszeiten,* wenn schon mitten im Frieden eine unbescholtene Partei, welche transparenter (geworden) ist als jede bürgerliche Partei, von Polizei und Verwaltung in heimtückischer Weise gepiesackt werden darf, auf allerhöchstes Geheiss?

Man darf doch wohl annehmen, dass die Besetzung eines AKW-Geländes nicht mehr in der Grauzone angesiedelt werden kann, die Agitation in den Fabriken auch nicht; das ist schon jenseits, direkt illegal; Rotzone. Wie mit solchen Delinquenten in *struben* Zeiten verfahren wird, wenn die reine *Mitgliedschaft* in einer Partei *heutzutags* schon ausreicht für Bespitzelung und Degradierung zum Bürger zweiter Klasse . . . Gut Nacht. Da gibt es dann, wenn man proportional weiterdenkt, mit Sicherheit einige Kandidaten fürs *Konsternationslager,* wie der Artillerieoberst Carlier in Frauenfeld das nennt; Lager, an welche für Kriegszeiten zwecks Einzonung der Dissidenten ganz ernsthaft schon gedacht wird. (Siehe «das konzept» Nr. 11, November 1978).

Und die bürgerlichen Parteien werden dann so wenig protestieren wie die bürgerlichen Zeitungen; so wenig oder so viel, wie 1979 bei der ersten Einzonung protestiert worden ist. Ich habe Angst. Ich habe jetzt kein hartes, zorniges, entschiedenes Wort gelesen in den starken Zeitungen. Ich frage mich, was meine Kollegen tun. Ich habe keinen radikaldemokratischen Leitartikel der Chefredaktoren auf den Frontseiten der grossen Zeitungen gesehen.

Nur heftigste Gegenattacken, und nicht Sowohl-als-auch-Gesäusel, könnten diese Regierung, die mit Verlogenheit und Heimtücke in den Himmel wächst, auf die Erde zurückzwingen. ●



Honoré Daumier: Der gesetzgebende Bauch – oder der Zürcher Regierungsrat bei der Einzonung der Legalität

[1] F.d.G.O. = Freiheitlich-demokratische Grundordnung

[2] Die Geschäftsleitung wird auf seine Mitarbeit *verzichten* müssen. Regrets éternels!

1978/79: «das konzept» ist reingetrampt:

Ausschneiden und an allen gut sichtbaren Orten aufhängen.

Ein Schuh voll aus dem Bürgersumpf

CVP – dynamisch beschissen

CVP

Bonvin, Roger: Alt-Bundesrat, Ex-Verwaltungsratspräsident der Savro, deren Direktion und Verwaltungsrat zusammen mit Beamten des Kantons Wallis den Staat um Millionen prellten, verantwortlich für das «Furkaloch»; wird in Ruhe(-Stand) gelassen.

Bourgknecht, Jean-François: Ständerat, Grossrat FR, Finanzdirektor der Stadt Freiburg, Bundesratssohn; deklarierte zuwenig Einkommen und Vermögen, vom Verdacht auf Steuerbetrug von Gerichten und Steuerbehörden reingewaschen; kandidiert 1979 nicht mehr für den Ständerat.

Oehler, Edgar: Nationalrat, Chefredaktor der «Ostschweiz»; wird beschuldigt, beim Kauf einer Privatschule in Heerbrugg SG als Hehler fungiert zu haben; (noch) im Amt.

Sciuchetti, Reto: Ex-Regierungsrat; legte das Bündnervolk mit angemasstem akademischen Titel (lic. oec.) herein; trat zurück.

Stefani, Alberto: Ständerat, Tessiner CVP-Präsident; stellte für den Schmuggelkönig Croci-Torti die inzwischen verschwundene Quittung für ein 22-Texon-Millionen-Schweigegeld aus; (noch) im Amt.

Steiner, Franz: Staatsrat; kaufte als verantwortlicher Walliser Baudirektor einflussreichem CVP-Clan für Strassenbau ein gar nicht benötigtes Grundstück zum übersetzten Preis von 3,5 Millionen Franken ab (amtlicher Wert 1,8 Mio. Fr.), vertuschte Savro-Skandal; (noch) im Amt.

Vasalli, Fabio: Ex-Regierungspräsident TI, Ex-Rechtsberater der SKA-Firma Texon; deklarierte eigene Texon-Honorare und Texon-Einlage nicht (Steuerhinterziehung); trat zurück.

Vinzenz, Gion-Clau: Ex-Ständerat; Steuerhinterzieher, «vergass» über eine halbe Million Franken Einkommen zu deklarieren; trat zurück.

Wyer, Hans: Staatsrat, Präsident der CVP Schweiz; hat sich als Saubermann in Sachen Savro aufgespielt, tatsächlich aber laut bestinformierten Kreisen vorerst den Mantel des Schweigens über die explosiven Dokumente ausgebreitet, reagierte erst auf Druck des rechtslastigen «Nouvelliste»; bleibt voraussichtlich im Amt und Würden.

Savro (Société anonyme valaisanne des routes): Filippini, Henchoz, Pasquinoli, Vernay; Diebstahl, gewerbsmässiger Betrug, Urkundenfälschung, aktive und passive Bestechung, Beseitigung von Urkunden, ungetreue Amtsführung; fünf bis acht Jahre Zuchthaus.

SKA/Texon: Kuhrmeier, Laffranchi, Gada, Noseda, Villa; gewerbsmässiger Betrug, ungetreue Geschäftsführung, Verletzung der Lex von Moos/Lex Furgler, des Bankgeheimnisses, der bundesrätlichen Währungsbeschlüsse und der Banknoteneinfuhrbestimmungen; fünf Jahre Zuchthaus bis 18 Monate Gefängnis beantragt (vgl. Stefani, Vasalli; FDP).

FDP – frei und sinnig korrumpiert

FDP

Bernath, Jakob: Ex-Stadtingenieur; schanzte Firmen, in denen er selber vertreten war, Stadtaufträge zu, schädigte die Stadt Zürich laut Untersuchungskommission um x Millionen; pensioniert, massgeblich beteiligt am geplanten Bau eines Grossparkhauses unter der Limmat.

Celio, Nello: Ex-Bundesrat; wickelte noch als Bundesrat über SKA/Texon einen illegalen Grundstückkauf ab (verjährt); verkehrte im «Divine Light Zentrum» des Swami Omkarananda, Träger zahlreicher Verwaltungsratsmandate (SKA, ALusuisse, Sibra u. v. a.).

Cincera, Ernst: Nationalrats-Ersatzmann, Ex-Kantonsrat; muss sich als Privatschnüffler wegen falscher Aussage unter Eid verantworten; kandidiert wieder, nicht zum Oberst befördert (vgl. «das konzept» 6/79).

Erb, Heinz: Ex-Gemeinderat; wegen Amtsgeheimnisverletzung als Präsident der Sekundarschulkommission Kehrsatz BE zugunsten von Cincera (siehe oben) zu 14 Tagen Gefängnis bedingt verurteilt; kandidierte nicht mehr (vgl. «das konzept» 6/79).

Häberli, Hansjörg: Ex-Gemeinderatsvizepräsident; liess sich für die Erteilung einer Baubewilligung in Birmensdorf ZH mit rund 100 000 Franken bestechen; kandidierte nicht mehr.

Schaffner, Hans: Alt-Bundesrat; wurde von Schweizer Multis in Uno-Organisationen, die gegen die Multi-Macht angehen wollten, eingeschleust, belieferte Multis mit Papieren aus den unterwanderten Organisationen; mischelt weiter (vgl. «das konzept» Nr. 7, 8178).

Schorno, Werner: Untersuchungsrichter, Major; lieferte Oberstleutnant Cincera (siehe oben) Angaben über Dienstverweigerer, zu denen er als militärischer Untersuchungsrichter Zugang hatte, lieferte Angaben an Cincera über Bankkonto eines linken Wahlkomitees; wurde verurteilt (Strafe nicht vollzogen, weil «leichter Fall»), hat sich wegen Verletzung des Bankgeheimnisses noch zu verantworten, (noch) im Amt (vgl. «das konzept» 6/79).

Witsch, Walter: Ex-Gemeinderat, Ex-Präsident der Bezirkspartei Pfäffikon ZH; gewerbsmässiger Betrüger unter Ausnützung seiner Funktion als Gemeinderat und seiner Stellung als Oberst; viereinhalb Jahre Zuchthaus.

SPS – seltene Affären

SP

Ballinari, Silvio: Grossratspräsident TI; war beteiligt, als der Losinger-Konzern die Partei für die richtige Vergabe von Bauaufträgen mit 30 000 Franken schmierte (die CVP erhielt entsprechend ihrem Machtanteil das Dreifache); trat zurück.

Reber, Arnold: Grossrat, Gemeinderat; fälschte in den Steffisburger Gemeindewahlen 1978 rund ein Dutzend Unterschriften von brieflich Stimmenden; trat zurück.

SVP – mit Bauernschläue

SVP

Freiburghaus, Erwin: Nationalrat; versuchte als Geschäftsführer des Schweizerischen Gemeindeverbandes für die Bekämpfung einer kantonalbernischen Kleinklasseninitiative Gemeindesteuergelder lockerzumachen; im Amt.

Gnägi, Rudolf: Bundesrat; speicherte in seinem «Midonas»-System mikrogefilmte Dokumente aus dem Archiv des Zürcher Subversivenjägers Cincera, wollte Panzer 68 beschaffen, obwohl seit 1974 gravierende Mängel bekannt waren, wollte Panzerhaubitzen beschaffen, obwohl das Parlament über die Kosten irregeführt worden war; tritt auf Ende Jahr zurück.

Schenk, Rudolf: Regierungsstatthalter; in Burgdorf BE, fuhr in angetrunkenem Zustand Auto, versuchte, Polizeibeamte unter Druck zu setzen; bedingte Gefängnisstrafe, bleibt im Amt.

Parteizugehörigkeit unbekannt (bürgerlich gesinnt)

Jeanmaire, Jean-Louis: Ex-Brigadier; Landesverräter, lieferte der Sowjetunion militärische Geheimnisse unbekannten Ausmasses; sitzt eine 18jährige Zuchthausstrafe ab.

SKA/Texon: Aeppli, Oswald (Verwaltungsratspräsident SKA), Demiéville, Sergio (früher stellvertretender Generaldirektor SKA), Schulthess, Felix (Ex-Verwaltungsratspräsident SKA), Wuffli, Heinz (Ex-Generaldirektor SKA); haben zumindest bei der Kontrolle über die Filiale Chiasso versagt, Mitwisserschaft unbewiesen dank Deckung durch Kuhrmeier (Ex-Direktor Filiale Chiasso); teilweise zurückgetreten, im übrigen weiterhin am Weisswaschen schmutziger Gelder (vgl. Celio, CVP).

Frauen in der Genfer Uhrenindustrie

«Warum schmeisst ihr mich nicht gleich in den Keller?»

Von schlechter Entlöhnung, katastrophalen hygienischen Bedingungen am Arbeitsplatz, gesundheitsschädigenden Lärm- und Luftimmissionen, monotoner Arbeit ohne Möglichkeit zur Kommunikation mit Kolleginnen berichten zwei Genfer Uhrenarbeiterinnen. Und von ihrem stillen Erdulden aus Angst vor Entlassung. Befragt wurden die Frauen von der Genfer Sektion des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeitnehmer-Verbandes (SMUV)*, der sich endlich für die prekäre Lage der Uhrenarbeiterinnen zu interessieren beginnt.

59 Jahre alt, Uhrmacherin mit eidgenössischem Fähigkeitsausweis, arbeitet seit 40 Jahren in der Uhrenindustrie. Verheiratet.

Was ich gerne sagen möchte: Bei uns gibt es schon ein Sanitätszimmer, nur ist dort niemand. Wenn man sich nicht gut fühlt und einen Tee oder so was will, so gibt es nichts. Nur gerade unten gibt es einen Automaten, aber der Tee dort, nein, der ist ungeniessbar, dieser Tee. Was die Sauberkeit anbelangt, so muss ich sagen, die Toiletten sind jetzt sauber, aber die Werkstätten, die sind zum Kotzen.

Ich bin vollständig ausgebildete Uhrmacherin, aber jetzt hat man mir schon wieder Zifferblätter gegeben, um die Prägungen zu machen: Ich präge die Namen, «Quartz», X . . ., Z . . . usw. Aber am schlimmsten ist es, wenn ich einen Namen entfernen muss, um einen

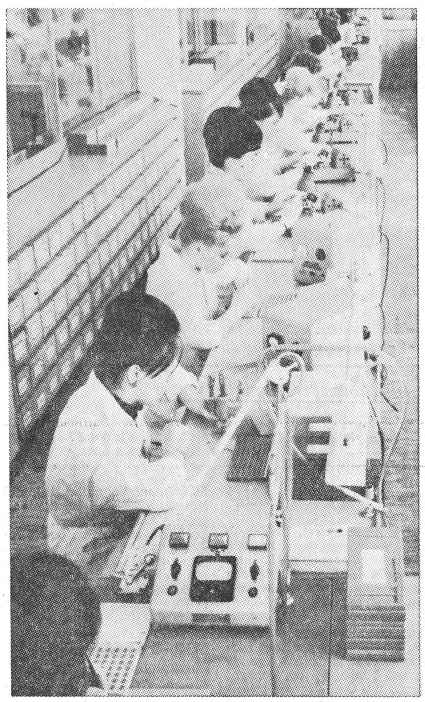
«Es wird mir schwindlig, ich bekomme fürchterliche Magenschmerzen.»

andern hinzusetzen. Es kann zehn Minuten dauern, bis nur schon der Name weg ist, und dazu brauche ich F 45, das ist ein sehr starkes, sehr giftiges Produkt; man benutzt es auch, um Räume zu reinigen. Und ich atme diese Dämpfe ein, ich habe sie direkt unter der Nase, manchmal den ganzen Tag, manchmal zwei, drei Tage; es ist entsetzlich. Es wird mir schwindlig, ich bekomme fürchterliche Magenschmerzen (sie geben mir schon Milch, aber das ist nicht genug). Es steht sogar auf der Verpackung, dass man diese Dämpfe nicht einatmen soll, aber ich arbeite in einem kleinen Käfig ohne Fenster und ohne Ventilation. Ich habe schon oft gesagt, ich sollte vor mir ein Fenster öffnen können, damit der Gestank rauszieht. Sie haben mich nach unten versetzen wollen, in eine kleine Rumpelkammer, wo sie die alten Arbeitsblusen stapeln und wo es ganz oben zwei kleine Fenster gibt. Da habe ich ihnen gesagt: «Sagt mal, warum schmeisst ihr mich nicht gleich in den Keller, wenn ihr schon dabei seid?» Ich habe meinem Chef gesagt, dass ich mich weigere, da hineinzugehen, und auch: «Das ist ganz ausgeschlossen, und übrigens ist es nicht erlaubt, dort drin zu arbeiten: es ist zu klein, und es gibt keine Fenster.» Er hat gemeint: «Wenn die Gesundheitspolizei raufkommt und sieht, wo Sie arbeiten, dann wird das eine gesalzene Busse absetzen.» Und wenn man reklamiert und sagt, das gehe nicht, so ist die Antwort: «Was wollen Sie, wir haben keinen Platz.»

Das Werkzeug, das ich brauche, gehört mir. Wissen Sie, früher hatten wir nicht so viel Glück wie die Jungen heute, es wurde von einem verlangt, alles zu kaufen, sogar für die Arbeit, alles. Selbst die Schublehren, die Schraubenzieher, die Federzangen, alles. Ich habe das alles; wenn ich ein Werkzeug kaputtmache, so muss ich es ersetzen.

Was den Lohn angeht, so glaube ich, dass ich bei meinem Alter und für meine Arbeit nicht genug verdiene. Nach 40 Arbeitsjahren in der Uhrenindustrie habe ich einen Lohn von 1790 Franken, und sie haben ihn auch dann nicht erhöht, als sie mir schon wieder Zifferblätter zur Bearbeitung gaben. Die Medikamente, die ich für den Magen brauche, gar nicht gerechnet; die zahlen sie mir nicht. Ich habe schon gar nicht versucht, eine Lohnerhöhung zu verlangen, weil wir da im August diese zehn Rappen Teuerungszulage bekommen. Wenn ich jetzt also zur Direktion gehe, werden die mir sagen: «Wissen Sie, gute Frau, im August gibt es dann zehn Rappen mehr!»

Bei uns kann man mit der Gewerkschaft schon gar nicht kommen. Niemand ist hier organisiert, also wozu noch davon reden! Das hilft rein gar nichts, weil die Nicht-Organisierten sagen: «Warten wir ab, was die Gewerkschaft



Aus: *Le travail des femmes dans l'horlogerie genevoise*

tun wird, und dann sehen wir weiter.» Wissen Sie, bei mir geht das zum einen Ohr rein und zum andern wieder raus. Es nützt gar nichts, da diskutieren zu wollen. Wenn ich jünger wäre: Ich weiss, dass man vieles tun könnte, aber ich habe jetzt noch drei Jahre zu arbeiten, bis ich pensioniert werde, und wenn ich etwas sage, so lacht man mich aus. Darum mache ich gar nichts mehr. Es hilft nichts, rein gar nichts. Alle gewerkschaftlich Organisierten sind rausgeschmissen worden und arbeiten jetzt woanders. Wir sind über 50 Leute in der Bude.

*

40 Jahre alt, seit 4 Jahren im selben Unternehmen. Verheiratet.

Wir haben hier keine gleitende Arbeitszeit: wir arbeiten von 6 Uhr 45 bis 11 Uhr 45 und dann wieder von 13 Uhr bis 12 vor 17 Uhr. Bei uns gibt'seigentlich um halb neun keine Pause, um rasch sein Sandwich zu essen; aber in der Werkstatt, wo ich bin, schon. Wir arbeiten mit Öl. Du kannst schliesslich nicht mit dreckigen Händen essen. Deshalb wird eine kleine Pause toleriert: Du wäschst dir die Hände, du isst dein Sandwich, und wenn du fertig bist, setzt du dich wieder an die Arbeit und verlässt deinen Platz nicht mehr.

«In dieser Fabrik kann man den Platz wechseln, und es ist immer dieselbe monotone Arbeit.»

Es gibt zwei allgemeine Toiletten für 40 Personen, die aber nie gereinigt werden, weil der Putzmann vor zwei oder drei Monaten fortgegangen ist. Manchmal reinigen wir sie selber, so dreckig sind sie.

Noch etwas: Wir haben keinen Esssaal, aber kleine Küchen, die auch nie geputzt werden. Wir haben dort sogar Mäuse. Aber der Chef hat jetzt von einer Arbeiterin verlangt, dass sie die Küche reinige. Er fand sie einfach kräftig genug dazu. Ich habe dieser Frau gesagt: «Du bist doch dumm, das zu tun: Der Stundenlohn einer Putzfrau liegt zwischen zehn und fünfzehn Franken, und du machst dasselbe für nicht ganz neun Franken.» Sie hat mir darauf erwidert, dass sie das nicht störe, denn zum Putzen kann sie Musik hören, und das unterbricht ihre eintönige Arbeit. So putzt sie jetzt eine halbe Stunde, und das verkürzt ihr den Tag. Das verstehe ich sehr gut.

In der Werkstatt, wo ich arbeite, gibt es zuviel Lärm. Es gibt zu viele Maschinen, und der Raum ist nicht sehr hoch, das gibt einen ganz entsetzlichen Lärm. Zu Beginn, wenn du neu bist, hast du grässliche Kopfschmerzen, aber dann gewöhnst du dich daran.

An den Schneidemaschinen machen wir die Kronen für die Uhren. Das ist reine Fliessbandarbeit: Wir schneiden die Kronen. Wir drehen auch: Wir spannen das Werkstück in die Drehbank ein, dann drehen wir. Zum Schluss noch die Montage. Das ist keine sehr strenge Arbeit, aber eine sehr eintönige. Während Jahren machst du die gleiche Arbeit. Die Frauen montieren 3000 Kronen pro Tag, eine nach der andern. Sie sind so daran gewöhnt, dass sie über ihren Maschinen einschlafen. Dabei kann es die Finger erwischen – es wäre nicht das erste Mal, dass das bei uns vorkommt, das heisst, es gibt Frauen, die sich schon einen Finger zerquetscht haben oder beim Nachfüllen einen verloren haben. In dieser Fabrik kann man den Platz wechseln und es ist immer dieselbe monotone Arbeit.

Bei der Arbeit reden wir miteinander, denn die Maschinen stehen sehr eng nebeneinander. Es gibt zu viele Maschinen und zuwenig Platz, wenn man sich also einmal installiert hat, kann man nicht von einer Maschine zur andern gehen, so reden wir: Man redet, man schläft. Natürlich gibt es immer einen Chef, der meint, man dürfe nicht plaudern. Aber wir tun es trotzdem, wir kümmern uns nicht darum, denn die Arbeit ist dermassen monoton.

Wenn man einmal krank ist, so gibt es jetzt eine Versicherung. Als ich vor vier Jahren in dieser Fabrik anfing, wurde diese Krankenversicherung eingerichtet. Aber diejenigen,welche jetzt eintreten, erhalten nicht einen Lohnausfall von 100 Prozent, sondern nur von 80 Prozent, weil ihnen gesagt wird, dass es zuviel Missbräuche gebe und dass die Frauen zu lange krank blieben. Aber dabei gibt es gar nicht viele Frauen, die sehr lange krank bleiben. Und das ist dumm, denn in den Fabriken ist es doch so, dass die Frauen weniger verdienen, dass sie schlechter behandelt werden, und dabei profitieren wir gar nie von dem Zeug (der Versicherung).

Ich arbeite nun seit vier Jahren in dieser Bude und verdiene jetzt 1650 Franken im Monat (8 Franken 85 die Stunde), und dabei bin ich nicht am besten und nicht am schlechtesten bezahlt. Es gibt solche, die noch weniger verdienen als ich, weil der Lohn von der Anzahl der Dienstjahre abhängt und nicht von der Arbeit, die man macht. Es gibt Frauen,

«Sie sind so daran gewöhnt, dass sie über ihren Maschinen einschlafen.»

die auf zwei Maschinen gleichzeitig arbeiten und dabei weniger verdienen als ich.

Wir möchten schon gerne zum Direktor gehen und eine Lohnerhöhung verlangen, aber das kümmert den doch nicht. Er sagt uns: «Wenn ihr nicht zufrieden seid, so ist dort die Türe.» Ich meine, er sagt das nicht wörtlich, er hört dir höflich zu und sagt dir: «Warten Sie einen Monat.» Nach einem Monat sagt er dir: «Gut, wie haben Sie sich entschieden?» Wenn du sagst: «Einverstanden, ich bleibe», dann ist alles in Ordnung. Aber wenn du an der Forderung nach Lohnerhöhung festhältst, so meint er: «Es tut mir sehr leid, aber ich kann da nichts tun. Machen Sie doch, was Ihnen passt.»

Als es einmal um eine Petition für 1900 Franken Lohn ging, war der Chef ganz und gar nicht zufrieden. «Kannst du dir vorstellen, dass meine Arbeiterinnen zur Gewerkschaft gehen?» hat er gesagt. Als ob die Gewerkschaft Champ Dollon (das Gefängnis) wäre! Dann hat er gemeint: «Gut, einverstanden. Sie können zu dieser Versammlung gehen; aber Sie sollen sich ja nicht in diese ganze Geschichte verwickeln lassen!» Aber darum haben wir uns einen Deut geschert. Wenn er uns aus dem Betrieb schmeisst, so werden wir woanders dasselbe verdienen und dafür halb so viele Stunden arbeiten müssen wie hier.

Es ist schon lächerlich: Wenn für einmal schon irgend etwas angerissen wird, wenn die Frauen schon mal etwas tun wollen und all das, so kann man da nicht einmal weitermachen, weil es keine Arbeiterkommission gibt. Nicht einmal das.

Wir gehen nicht zu den Versammlungen, und das ist auch ein Problem der Frauen. So hat es da zum Beispiel einmal eine Versammlung um acht Uhr abends gegeben, aber das war unmöglich: Du kommst hier um 17 Uhr raus, dann musst du das Abendbrot für die Kinder vorbereiten, das Mittagessen für den nächsten Tag, und dann hast du zum Schluss keine Zeit mehr, um an irgendwelche Versammlungen zu gehen. Ich schlage vor, dass man die Versammlungen gleich anschliessend an die Arbeit macht; zu diesem Zeitpunkt ist es für jede Frau einfacher mitzukommen. Wenn die Versammlungen um 18 Uhr wären, so kommt man ein bisschen später nach Hause, und das geht auch. Aber wenn du nach Hause kommst und siehst, was es da noch alles zu tun gibt, dann kannst du nicht mehr rausgehen.

Was ich noch sagen möchte: Wenn in diesem Betrieb dem Chef eine Frau nicht besonders gefällt, versetzt er sie, wohin er will. Auch das ist nicht normal. ●

* FTMH horlogère Genève: Le travail des femmes dans l'horlogerie genevoise. Ed. Grounauer, 1979, Fr. 11.40. Die ausgewählten Berichte wurden von J.-M.Gaillard ins Deutsche übertragen.

Löhne von Arbeiterinnen 1978

Ausschlaggebend für das Lohnniveau sind (im Prinzip) die Dauer des Arbeitsverhältnisses und die Qualifikation der Arbeiterin: spezialisierte Arbeiterin (SA) oder qualifizierte Arbeiterin (QA), welche eine Lehre absolviert hat und im Besitz eines eidgenössischen Fähigkeitsausweises ist.

Einige Beispiele:

Boninchi	SA	4 Jahre	1450.–
Universal	SA	9 Jahre	1495.–
Genex	SA	1 Jahr	1400.–
Favre-Leuba	QA (muss ihr Werkzeug selbst bezahlen)	9 Jahre	1599.–
Universal	QA	20 Jahre	1495.–
Beyeler	SA	27 Jahre	1533.–
J. P. Ecoffey	SA	9 Jahre	1420.–
Rolex	SA	22 Jahre	1200.–
Aetos	SA	9 Jahre	1300.–
Genex	SA (arbeitet seit 8 Jahren in der Uhrenindustrie)	2 Monate	1150.–
J.P. Ecoffey	SA	3 Jahre	1075.–
Patek Philippe	SA	8 Jahre	1500.–
Patek Philippe	SA	10 Jahre	1582.–
Patek Philippe	SA	11 Jahre	1550.–
Universal	SA	23 Jahre	1539.–
Universal	SA	23 Jahre	1620.–

das konzept Tip

Von der Arbeitsmedizin zur Arbeitermedizin

gh. Unter diesem Titel hat das Magazin *«Soziale Medizin»* in seiner neuesten Ausgabe einen interessanten Beitrag über den Kampf der italienischen Arbeiter für einen wirksamen Schutz der Gesundheit am Arbeitsplatz veröffentlicht. Dass diese Auseinandersetzung um die Arbeitsmedizin auch der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung neue Impulse geliefert hat, zeigen ein Interview mit P. Vonlanthen von der Gewerkschaft Chemie, Textil, Papier (GTCP) und ein Beitrag von J. Clivaz vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund, welche in derselben Ausgabe erschienen sind.

Das Magazin *«Soziale Medizin»* wird von der *Schweizerischen Gesellschaft für ein soziales Gesundheitswesen* herausgegeben. Es erscheint achtmal im Jahr, das Abo kostet 18 Franken (Einzelpreis 2 Franken) und kann bei der SGSG, Postfach 2105, 4001 Basel, bestellt werden.

Schweizerische Uhrenindustrie:

Erholung auf Kosten der Frauen?

«Lichtblicke in der Uhrenindustrie» sichtet Dr. Richard Schwertfeger in seinem Leitartikel der SMUV-Zeitung vom 6. Juni – flankiert vom strahlenden Lachen einer Uhrenarbeiterin. Zu lachen hat sie – so muss man annehmen –, weil die Uhrenholding SSIH (Société suisse de l'industrie horlogère) ihren Umsatz steigern konnte: kein Verlust mehr wie im Vorjahr, sondern ein Gewinn von 1,5 Mio. Franken. Bange Frage des Verfassers: Wird die SSIH im Jahr ihres 50jährigen Bestehens eine Dividende auszahlen können? Jedenfalls werden Schweizer Uhren wieder besser auf dem internationalen Markt abgesetzt – und gut abgesetzt wurden auch die Arbeitsplätze, ins Ausland nämlich. In Singapur sei eine Uhrenschalenfabrik mit erheblichen Kapazitäten in Betrieb genommen worden, zum Beispiel. Also darf die Uhrenindustrie wirklich helleren Zeiten entgegenschauen, so vom Unternehmerpodest aus. Aber die Arbeiterin, hier in der Schweiz?

*

1970 zählt man 87 251 Beschäftigte in der schweizerischen Uhrenindustrie. 54 Prozent davon sind Frauen. 1976 sind 1336 Uhrenarbeiter(innen) arbeitslos. 72 Prozent sind Frauen.

In der Genfer Uhrenindustrie sind 83 Prozent der beschäftigten Männer qualifiziert; 80 Prozent der beschäftigten Frauen sind nicht qualifiziert.

Qualifizierte Männer verdienen in Genf im Schnitt 2486 Franken, qualifizierte Frauen 1990 Franken; nichtqualifizierte Männer 1970 Franken, nichtqualifizierte Frauen 1514 Franken.

So die Fakten. Und so die simple Erklärung: Die Zürcher Handelskammer zeigt auf, «dass die Ungleichbehandlung oft auch auf Kosten der Männer geht. Weil die Stärken der beiden Geschlechter komplementär, auf gegenseitige Ergänzung, ausgelegt sind, ergeben sich notwendigerweise Unterschiede und Ungleichheiten.» («Politik in der Sicht der Unternehmer», «NZZ» vom 23. März 1979.

*

In den Beschreibungen der Genfer Uhrenarbeiterinnen sucht man vergebens nach Ungleichheiten, die auf Kosten der Männer gingen. Benachteiligt sind die Frauen: Wenn die Konjunktur nicht mehr so recht will, werden sie mit dem Doppelverdienerinnen-Argument wieder an den Herd zurückgestellt. (Rund 70 Prozent aller werktätigen Frauen arbeiten aus wirtschaftlicher Notwendigkeit.) Zukünftig braucht die Industrie vermehrt unqualifizierte Arbeiter(innen) einerseits und hochqualifiziertes Fachpersonal andererseits, meinen Wirtschaftsexperten. In welcher Kategorie werden wohl die Frauen zu finden sein? (Rund ein Viertel der Studierenden sind Frauen.) Was es in Anbetracht dieser Tatsachen und Zukunftsaussichten zu lachen gibt, erzählen die vom SMUV Genf interviewten Frauen.*

Sie ertragen miserable hygienische Bedingungen am Arbeitsplatz – Betriebe, in denen 80 Frauen 1 WC benützen, sind keine Seltenheit –, putzen das Büro des Chefs, wenn der Herr es befiehlt, atmen gesundheitsschädigende Gase ein, verrichten monotone Fliessbandarbeit ohne Kommunikationsmöglichkeit mit Arbeitskolleginnen, stürzen zwischendurch ein Sandwich heruner (ein mit Saridon bestrichenes?), besorgen am Abend noch den Haushalt und Familie und – mucksen zu alldem nicht auf. Denn die Drohung mit Entlassung, auch die latente, hat ihre Wirkung getan, sie sitzt tief und verdammt zum Schweigen.

Der SMUV Genf – selbst erschüttert ob dieser Realität? – übt Selbstkritik: Im Namen des Arbeitsfriedens hätten die Gewerkschaften nicht oder kaum auf solche Zustände reagiert, die Absenz der Frauen in den Gewerkschaften lieber als Desinteresse interpretiert. Er gewinnt die bittere Erkenntnis, dass seine Organisation, die zum grossen Teil aus Männern besteht, die Abteilungs- und Fabrikationschefs etc. sind, ob sie es will oder nicht, den Unternehmer repräsentiert.

Marianne Fehr

* Bericht der Expertengruppe «Wirtschaftslage» (Bombach, Kleinewefers, Weber): Lage und Probleme der schweizerischen Wirtschaft 1977/78, Bern 1977.

Carters Harrisburg-Kommission behauptet:

In Harrisburg war Sabotage im Spiel

Von John G. Cartwright

Die Franzosen liessen sich vom «Störfall» Harrisburg nicht sonderlich beeindrucken. In der Schweiz und in der BRD war man wacker bemüht, glaubhaft zu machen, hier wäre ein solcher Unfall unmöglich. In der Sowjetunion hob die «Prawda» die absolute Sicherheit der russischen Anlagen hervor. In den USA geben sich die Experten der von Carter zur Abklärung des Unfalls in Harrisburg eingesetzten Kommission leidlich Mühe, die Vorgänge in Harrisburg zu rekonstruieren – und stossen am laufenden Band auf Widersprüche. Ihre neuste Erkenntnis: Sabotage!

Was geschieht in den USA nach den Vorfällen von Harrisburg? Die Protokolle der Nuclear Regulatory Commission, NRC («das konzept» berichtete darüber exklusiv in Nr. 6/79) zeigten auf, dass zur Zeit des Unfalls in Three Mile Island ein wirres Durcheinander herrschte, niemand wusste, wer welche Kompetenzen hatte. Noch heute sucht man nach den genauen Ursachen des Reaktorunfalls, noch heute widersprechen sich die «Experten», noch heute passieren weitere Fehler.

Als erste Massnahme nach Harrisburg wurden die von Three-Mile-Island-Erbauer Babcock & Wilcox hergestellten AKW zunächst abgestellt. Als man das AKW Arkansas 1 wieder in Betrieb setzte, stellte man fest, dass die Operateure es unterlassen hatten, fünf Schaltventile, welche die zusätzliche Wasserzufuhr regelten, wieder zu öffnen (wegen mangelhafter Betriebsanleitung!). Dazu die NRC: Dies sei früher auch schon vorgekommen. Aber erst nach Harrisburg wurde vom Betrieb verlangt, *«die Arbeitsvorgänge, das Funktionieren der Instrumente und die Ausbildung des Bedienungspersonals abschliessend sicherzustellen».*

Der Kongress lernt

Unterdessen versucht der amerikanische Kongress, aus Harrisburg zu lernen, das heisst vorerst mal, aus den Ereignissen dort klug zu werden. Bis anhin hatte die Atomwirtschaft darauf gedrängt, das Bewilligungsverfahren für AKW zu beschleunigen und zu vereinfachen. Diese Forderung auf dem Hintergrund von Harrisburg durchzusetzen war nun schwierig. Der Ausschuss des Kongresses für Energie und Umwelt tagte unter der Leitung des Abgeordneten *Morris Udall.* Die Vertreter der Atomwirtschaft legten Wert auf die Feststellung, sie hätten aus Harrisburg gelernt, ein Bau- und Betriebsstopp sei daher nicht nötig. Udall stellte die Frage, ob die staatliche Überwachung bis anhin nicht zu gross – wie die Atomwirtschaft immer behauptete –, sondern zu gering sei.

Ein Abgeordneter meinte, man müsse die AKW einem ähnlich strengen Bewilligungsverfahren unterziehen, wie es für die zivile Luftfahrt gelte – das war wohl vor dem DC-10-Unfall von Chicago. Für eine Normierung der AKW machte man sich im Kongress nun stark, da sich standardisierte Werke besser überwachen (und bewilligen) lassen. Damit konnten sich auch vier der fünf Mitglieder der NRC einverstanden erklären. Das Kartellamt war aber aus marktwirtschaftlichen Überlegungen nicht dieser Meinung. Die Gesetze des Profits sind offenbar stärker als die der Sicherheit.

Informationen verlauert

Nun tagte auch Carters Abklärungskommisssion. Während dreier Tage hörte sie Zeugen an. Die Ergebnisse sind verwirrend und erschreckend:

- Die Experten der NRC und diejenigen der Elektrizitätsgesellschaft Metropolitan Edison bezeugten unter Eid zwei sich widersprechende Versionen des Unfalls.
- Das Bedienungspersonal des Werks Three Mile Island 2 (TMI 2) war es gewohnt, mit fehlerhaften Bestandteilen und ungenügenden Instrumenten zu arbeiten.

Bereits am 10. Januar letzten Jahres hatte die NRC ein Memorandum herausgegeben, in dem die Möglichkeiten verschiedener technischer Probleme – insbesondere in einem der Dampfkreisläufe – in den Reaktoren des TMI-Typs beschrieben wurden. Sechzehn Monate später streiten sich die Betreiber und die Überwachungskommission darüber, wer, ob oder wann die Metropolitan-Edison-Fachleute diesen wichtigen NRC-Bericht erhalten bzw. gelesen hatten.

Oder: Am zweiten Tag des Unfallgeschehens (am 29. März) übernahm Metropolitan-Edison-Fachmann *James Floyd* die Leitung über den Betrieb von TMI 2. Während der nächsten Tage liess Floyd radioaktives Gas entweichen, um eine Kühlpumpe im Primärsystem des Reaktors zu retten. Unter Eid bezeugte er am 31. Mai vor der Carter-Kommission, dies mit Wissen und im Einverständnis der NRC-Fachleute getan zu haben. Dazu *NRC-Direktor Denton: «Das höre ich jetzt zum erstenmal.»*

Die Mängel der Technik werden entdeckt

Das Überdruckventil, das beim Unfall offenblieb und das Unheil einleitete, hatte nach den Aussagen des Bedienungspersonals vor der Carter-Kommission *«eine Geschichte der Fehlfunktionen».* Zum erstenmal funktionierte es nicht, als am 29. März 1978 die ersten Probeläufe – also ohne Reaktorkern – durchgeführt wurden. Danach wurde der Antrieb verstärkt und auch eine Kontrolllampe eingebaut, die dem Bedienungspersonal anzeigen sollte, ob das Ventil auf dessen Befehl reagiert hatte – jedoch nicht, ob es offen oder geschlossen war!

Die Angestellten waren derart an Fehlanzeigen gewöhnt, dass sie den Angaben wenig Glauben schenkten. *Anlagechef Miller* sagte vor der Kommission aus, ihm sei am frühen Morgen des Unfalltages eine Temperatur von 2300 Grad gemeldet worden; der diensttuende Techniker habe jedoch gemeint, die Instrumente stimmten wieder einmal nicht. Ähnliche Temperaturen seien zwar am gleichen Tag wiederholt gemessen worden, ihm, Miller, habe man erst 14 Tage später Meldung erstattet.

Die Technologie im Kontrollraum in Three Mile Island ist etwa auf dem Stand von 1960. In den ersten Sekunden nach dem Unfall sahen die Operateure Hunderte von Lampen auf einmal aufleuchten – wobei jede Lampe eine Fehlinformation wiedergab. *«Es sah aus, mit den farbigen Lampen, als ob man die Beleuchtung eines grossen Weihnachtsbaumes gerade angezündet hätte.»* Operateur Faust(!): *«Gerne hätte ich das Alarmanzeigebrett weggeschmissen. Seine Informationen waren unbrauchbar.»*

Die automatische Schreibmaschine, welche die Alarminformationen ausdruckt und damit schriftlich festhält, war anderthalb Stunden in Verzug, als auch noch die Papierzufuhr klemmte: Dies blieb während weiteren 90 Minuten unbemerkt. In dieser Zeit wurden keine Informationen über das fehlerhafte Funktionieren des Reaktors registriert.

42 Stunden vor dem Unfall wurden zwei Hilfsventile zur Wasserregulierung geöffnet. Unter Eid erklärte *Vorarbeiter Guthrie: «Keines der beiden Ventile war geschlossen.»* Diese Ventile waren aber acht Minuten nach dem Unfall mit Sicherheit geschlossen.

Arme Kommission. Die Technik hat versagt. Offene Ventile schliessen sich auf geheimnisvolle Weise. Ob dieser Unfassbarkeit liegen sich die Experten in den Haaren. Wen wundert's, dass die Getreuen Carters sich nach ein bisschen Einfachheit sehnen und munkeln: *«Vielleicht war Sabotage im Spiel.»*

Harrisburg und die Lügen vom Unfall ohne Folgen

Fachgruppe «Wissenschaft» der GKEW

Zu jedem Zeitpunkt des Dramas in Harrisburg haben die amerikanischen AKW-Betreiber, die Sprecher der NRC und die schweizerischen «Experten» und «Kernenergiefachmänner» immer wieder betont, dass die abgelassenen radioaktiven Gase und die 15 000 cbm radioaktives Wasser «ungefährlich» seien.

Wenn man abschätzen will, wie viele Krebstote ein AKW-Unfall wie Harrisburg zur Folge hat, ist neben der Menge an abgegebener Radioaktivität vor allem wichtig zu wissen, welche Wirkung die einzelnen Personendosen haben. Und gerade hier streiten sich die Gelehrten.

Führende Strahlenbiologen fordern heute, dass der Dosiswirkungsfaktor fünfmal höher angesetzt werden soll, als die Internationale Strahlenschutz-Kommission (ICRP) es heute tut (z. B. Prof. Morgan, Brown, Bross, Rotblat). Andere gar fordern aufgrund neuer Untersuchungen eine Erhöhung mindestens um den Faktor 10 (Stewart, Mancuso, Najarian). Dr. Alice Stewart schätzt, dass in Harrisburg mindestens 80 bis 240 Personen an Krebs frühzeitig erkranken werden (Radio DRS, 7. 4. 1979). Prof. Sternglass schätzt, dass in der weitern Umgebung von Harrisburg 5 bis 20 Prozent mehr Kinderleukämie auftreten wird («Spiegel», 15/1979).

Bei der Frage, ob in der Schweiz ein solcher Unfall möglich sei und ob die Alarmorganisation funktioniere, berief man sich zumeist auf die bessere schweizerische Qualität der AKW und der Organisationsstrukturen.

Eine Analyse des Alarm- und Evaluationskonzepts der Kommission zur Überwachung der Radioaktivität (KUER) ergab:

- Unsere obersten Strahlenschützer benützen einen Dosiswirkungsfaktor, der nur 1/5 des kritisierten Werts der ICRP ausmacht, und errechnen darum zu geringe Auswirkungen.
- Bis zur Erwartungsdosis pro Person von 1 rem werden *keine* Massnahmen ergriffen. Würde in Gösgen bei einem Unfall auch noch im Umkreis von 15 km eine solche «harmlose» Personendosis wirksam (wie das in Harrisburg geschehen ist), so hätte das nach den Berechnungen der KUER 11 Krebstote, nach jenen von Prof. Morgan 165 und jenen von Dr. A. Stewart 330 Krebstote zur Folge.

Und dies alles, ohne dass der Alarmausschuss irgendwelche Massnahmen zum Schutze der Bevölkerung vorkehren würde.

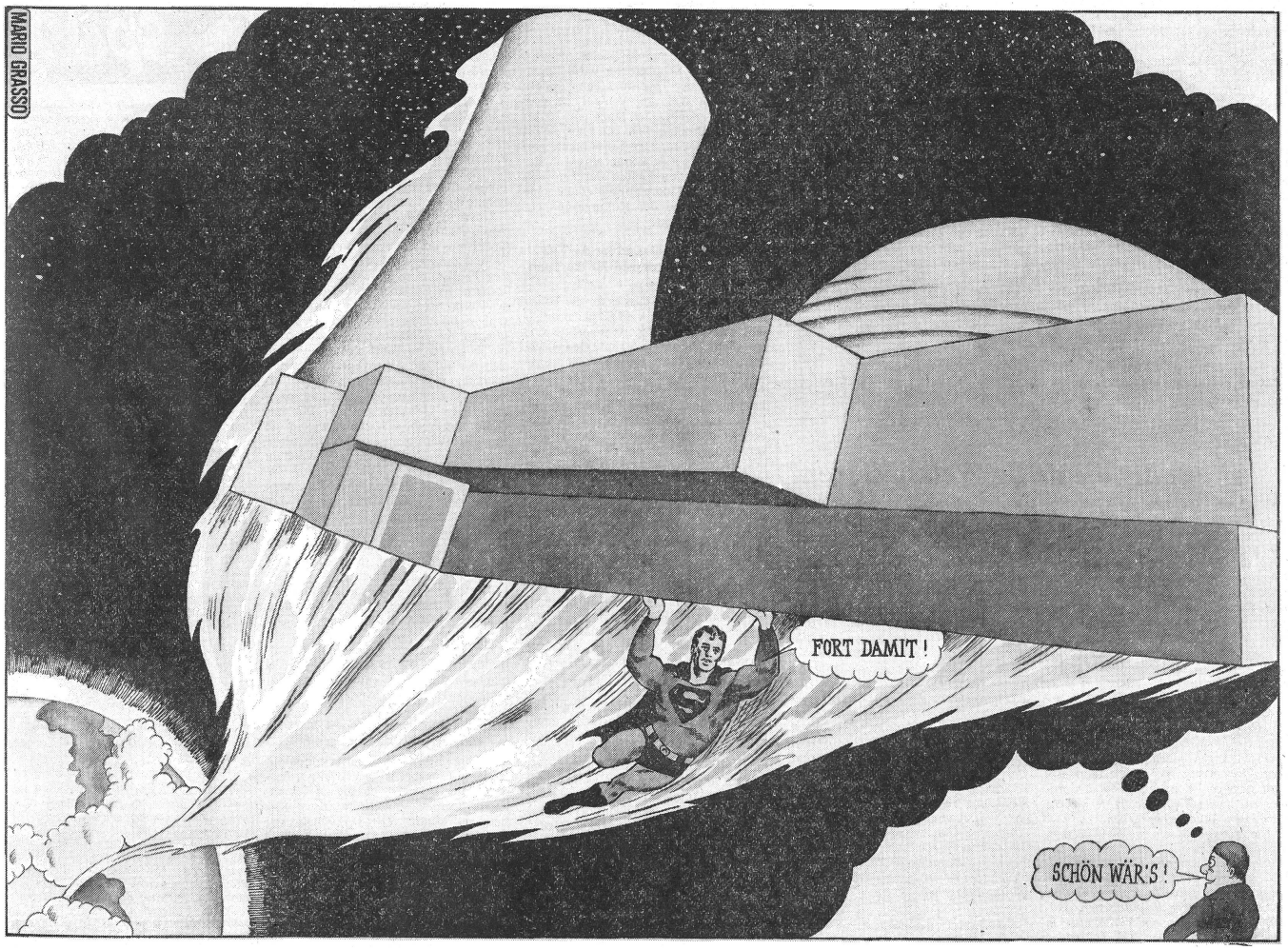
das konzept Tip

Anti-AKW-Filme

Die Filmcooperative Zürich führt zurzeit sieben Anti-AKW-Filme in ihrem Verleih. Neu sind:

«Verurteilt zum Erfolg» über die Arbeitsbedingungen in der Plutoniumfabrik in La Hague und «Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv», ein Film, der den Widerstand der Bevölkerung gegen das AKW Wyhl (BRD) dokumentiert. Verliehen werden weiterhin die beiden Schweizer Produktionen «Kaiseraugst» und «Gösgen», «Dänische Energie» (neue Möglichkeiten der Energiegewinnung in Dänemark), «Mehr Atomkraftwerke» (Reportage über verschiedene AKW und Atommüllanlagen) und «Love Joy's nuclear war» (Kampf gegen ein AKW in Massachusetts).

Filmcooperative Zürich, Josefstrasse 106, 8005 Zürich, Tel. (01) 42 15 44.



Gespräch mit Regula Renschler über die Problematik des Reisens in Entwicklungsländer

Die Armut mit eigenen Augen sehen – und dann?

Bald wird es keine einsamen Strände mehr geben, die nicht von Hotelbauten verschandelt wurden, bald keine «unberührten» Gegenden mit «unverfälschten» Einwohnern. Die Bevölkerung wird aus den touristischen Gegenden vertrieben und hat keinen Nutzen von den Einrichtungen für Touristen. Welchen Sinn kann das Reisen in arme Länder haben, und was kann unsere Arbeit am Tourismusproblem nützen? Regula Renschler vom «Arbeitskreis Tourismus und Entwicklung» gibt im folgenden Gespräch einige Hinweise.

Hältst du den Begriff «Alternativtourismus» nicht für eine blosse Rechtfertigung des Reisens? Ist «Alternativtourismus» nicht eine andere Form von Massentourismus?

Regula Renschler: Alternativtourismus ist natürlich auch bereits ein Begriff, der sich abnützt, einer jener Begriffe, unter welchem jeder etwas anderes ver-

Das Gespräch mit Regula Renschler führten Mitarbeiter der Lateinamerika-Zeitschrift «cultrun». Es ist hier nur auszugsweise wiedergegeben. («cultrun» Nr. 16, 2 Fr., Reginastrasse 29, 8038 Zürich.)

steht, bei dem die Gefahr besteht, dass man ihn für seine Zwecke missbraucht. Ich möchte ihn nicht einfach in den Boden verdammen und behaupten, dass jeder Tourismus eine schlechte Form des Konsums sei. Ich glaube, dass Reisen in dritte Welt sinnvoll sind, wenn es Leute betrifft, die bei uns in der Dritte-Welt-Arbeit stecken. Ich stelle immer wieder fest, dass durch die Erfahrung der dritten Welt am eigenen Leib die eigenen Meinungen sehr stark relativiert werden. Dies ist eine sehr wichtige Er-

«Ich stelle immer wieder fest, dass durch die Erfahrung der dritten Welt am eigenen Leibe die eigenen Meinungen stark relativiert werden.»

fahrung. Es gibt den Standpunkt des weissen Touristen und den der betroffenen Bevölkerung. Ich glaube, dass für die Bevölkerung der Unterschied zwischen Massen- und Alternativtourismus nicht sehr gross ist. Dies bestätigen die ersten wenigen Untersuchungen, die man hat.

Für den weissen Touristen können solche Reisen sehr wohl alternativ sein. Für ihn gibt es grosse Unterschiede, was er für Reisen macht, mit wem er reist, wie er sich vorbereitet, wie er sich im Land bewegt, vor allem, warum er reist. Aber auch der weisse Tramper mit kaputten Jeans ist für die Einheimischen viel näher beim Bild des weissen Businessman, als der Tramper selber annimmt.

Wenn man Alternativtourismus macht, dann wäre es auch wichtig, dass die Einheimischen in den Entwicklungsländern davon profitieren können. Wie seht ihr das für eure Arbeit?

Man muss schon sehr unterscheiden zwischen Massentourismus und verschiedenen Formen von Nicht-Massentourismus. Es gibt Organisationen, die versuchen, möglichst einheimische Strukturen zu benutzen, also einheimische Busse, Hotels oder andere Unterbringungsmöglichkeiten, einheimisches Essen, einheimische Reiseleiter. Und dann gibt es neuerdings Versuche von Alternativtourismus, die in der dritten Welt selbst entstanden sind. Mir sind jetzt zwei solche Projekte bekannt, eines in Mexiko und eines in Senegal. Hier haben einheimische Fachleute die Initiative ergriffen und sind im Moment daran, ganz einfache Unterbringungsmöglichkeiten in der Konstruktion der einheimischen Bevölkerung in der Nähe eines Dorfs zu errichten, und zwar auf Territorium, das dem Dorf gehört, und mit der Zustimmung und Mitarbeit des ganzen Dorfs. Die Touristen kommen zwar nach wie vor über die staatlichen Touristenagen-

«Der Tourismus trägt dazu bei, dass die Oberschicht in diesen Ländern gestärkt wird.»

turen dorthin, werden aber im Dorf von Leuten aus dem Dorf betreut und leben ungefähr so wie die Leute im Dorf.

Dieses Experiment ist erst im Entstehen, Erfahrungen hat man noch nicht. Abgesehen von der Reise ist es natürlich sehr viel billiger als in den grossen Hotels, und den ganzen Luxusaspekt bietet es nicht. Dafür aber den Kontakt mit der einheimischen Bevölkerung und die Möglichkeit, Afrika oder Mexiko auf diese Art zu erfahren, also vom Klima, vom Essen, vom Schlafen, vom Herumlaufen her, wie es die Einheimischen auch erfahren.

Aber mit mehr Geld!

Ja, es gibt auch an dieser Art des Tourismus bereits Kritik, und zwar die gleiche, die grundsätzlich auch am Massentourismus geübt wird, nämlich dass es wieder eine Oberschicht war, welche die Initiative ergriff, und dass auch innerhalb des Dorfs das Geld einer initiativeren Oberschicht zugute kommen wird. Auch das geht gegen das Prinzip der Self Reliance (Eigenständigkeit in kultureller und materieller Hinsicht). Das Dorf stellt sich auf die Touristen ein, und wenn diese dann ausbleiben, kann es schlimme Folgen haben.

Was sind für dich die grössten Missstände, die der Tourismus angerichtet hat in den Entwicklungsländern?

Er gehört zu jenen Industrien, die dazu beitragen, dass die Oberschicht in diesen Ländern gestärkt wird und dass die Unterschiede zwischen den grossen Massen der Armen und der kleinen Schicht von Reichen noch grösser wird. Finanziell bringt der Tourismus den Ländern der dritten Welt viel weniger, als man allgemein glaubt. Der Tourismus ist zudem ein Produkt, das im Land selbst konsumiert wird. Der Konsument, also der weisse Tourist, kommt direkt in Berührung mit den Leuten der Entwicklungsländer. Dadurch bringt er alle seine Werte mit, und der Kulturzusammenprall ist sehr direkt.

Und dies ist demütigend für die Einheimischen und frustrierend für die Touristen . . .

Ich glaube nicht, dass es für die Touristen frustrierend ist, weil sie ja das erhalten, was ihnen die Reiseprospekte versprechen. Die meisten sind, glaube ich, zufrieden mit ihren Reisen, doch das interessiert mich auch weiter nicht. Dieses Arbeitsgebiet hat überhaupt keine Priorität bei uns. Unsere Priorität ist die Frage, wie er auf die Leute und die Länder der dritten Welt wirkt. Der Tourist verstärkt das Bild, das der Kolonialist brachte, nämlich der reiche Weisse, der alles hat und nichts arbeiten muss, was aber beim Touristen nicht mehr stimmt.

Der Tourismus kann allenfalls denen, die wollen und ihre Augen öffnen, helfen, dass sie gewisse Aspekte, die sie vorher nur theoretisch gewusst haben, jetzt selbst sehen. Ich glaube, dass es sehr eindrücklich ist, wenn man die Armut einmal mit eigenen Augen sieht, wenn man sie riecht, falls man selber in einen Slum geht, und wenn man sie hört. Das kann dazu führen, dass man sich vermehrt in seiner politischen Arbeit einsetzt und dass dies einem in gewissen politischen Ansichten bestätigen kann. Aber man soll sich ja nicht einbilden, dass die Leute, die man dort trifft, ähnliche Empfindungen haben und dass diese beeindruckt wären von unserem Engagement oder von unserer Solidarität. Das können sie gar nicht spüren, wenn wir als Touristen kommen; das könnten sie höchstens spüren, wenn wir dort arbeiteten und mit ihnen Erfahrungen teilten.

Das Element der Völkerverbindung ist im Tourismus wenigstens von der Idee her immer enthalten, aber im Ghettotourismus sicher nicht realisierbar?

Ich glaube nicht an das mit der Völkerverbindung. Auch in der dritten Welt ist es so, dass Möglichkeiten der Begegnung beschränkt sind auf Leute der gleichen Interessen und des gleichen Berufs. Von solchen Berührungspunkten aus kann man über vieles reden. Bedingung ist dazu jedoch auch eine gemeinsame Sprache, was jedoch in vielen Fällen nicht möglich ist. Dasselbe trifft auch in der Schweiz zu. Studenten können wahrscheinlich eher mit einem Studenten aus einem Entwicklungsland reden als mit einem Fabrikarbeiter in der Schweiz.

Was macht der «Arbeitskreis Tourismus und Entwicklung»?

Am «Arbeitskreis Tourismus und Entwicklung» (T+E) haben sich im ersten Jahr, in dem wir eine einfache Gesellschaft waren, alle beteiligt, die sich für Entwicklungspolitik oder für entwicklungspolitische Aspekte des Tourismus interessierten. Das sind also die grossen Hilfswerke in der Schweiz, die Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe, also die Entwicklungs-

«Der Tourist verstärkt das Bild, das der Kolonialist brachte . . .»

hilfeabteilung des Bundes, und sogenannte alternative Reisebüros.

Unser Gründungsgedanke war von Anfang an der, die Auswirkungen des Tourismus auf die dritte Welt zu studieren und in keiner Weise irgendeine Form des Tourismus zu propagieren oder zu fördern. Es gibt aber Bereiche, wo dies schwierig wird und wo wir nicht abschliessend eine Doktrin von uns geben können. Es gäbe die puristische Form, die jede Art von Tourismus ablehnt und sich nur auf die Auswirkungen konzentriert und diese anprangert, was an Verheerendem auf ökonomischen und soziokulturellen Gebieten ensteht. Für uns ergab und ergibt sich immer wieder die Frage, ob wir uns in eine kritische Ecke zurückziehen und auf die Möglichkeiten verzichten sollen, auf die Touristen einzuwirken. Wir glauben, dies sollte man nicht, weil der Tourismus, ob wir nun existieren oder nicht, weiterbestehen und in neuen Formen immer wieder aufgenommen wird. Wir möchten immerhin versuchen, mit denen, die die Probleme sehen, zusammenzuarbeiten. Eine Möglichkeit der Zusammenarbeit sind die Sympathiemagazine*, die wir machen. Allerdings sehen sie anders aus als jene des Starnberger Kreises. Jene sind sehr schön, mit farbigen Photos und auf kulturelle Aspekte ausgerichtet. Unsere hingegen stellen die entwicklungspolitischen Aspekte in den Vordergrund.

Wodurch wurdest du motiviert, bei T+E mitzuarbeiten? Bist du gerne gereist?

Ich bin seit 20 Jahren gerne und intensiv gereist, wobei ich sagen muss, dass ich in der dritten Welt nie zu Ferienzwecken weilte, sondern im Zusammenhang mit meiner Arbeit. Aber auf das Problem direkt gestossen bin ich durch eine Diskussion, welche die Studentenschaft Zürich durchgeführt hat über Tourismus in Entwicklungsländer und an der ein Verteter eines grossen Reisebüros dabei war. Durch das, was er sagte, bin ich zur Überzeugung gelangt, dass dies ein Arbeitsfeld ist, das man unbedingt in Angriff nehmen muss. ●

* Zu Mexiko (50 Rp.), Kenya (1 Fr.) und Kamerun (vgl. in dieser Nummer die doppelseitige Beilage). Arbeitskreis Tourismus und Entwicklung, Missionsstrasse 21, 4003 Basel.

«das konzept» zur Tourismusproblematik

«das konzept» beteiligt sich schon seit längerer Zeit an der Diskussion über das Reisen in Entwicklungsländer und hat auch schon durch Erfahrungsberichte von Reiseleitern Material dazu geliefert. Die Nummern (10, 11, 12/77 und 5/79) sind für 5 Fr. in Briefmarken auf der Redaktion erhältlich, Weinbergstrasse 31, 8006 Zürich. Beachten Sie bitte die Kamerun-Beilage in dieser Nummer, die vom Arbeitskreis Tourismus und Entwicklung produziert wurde.

Ein Hauch von Indien . . .

. . . und noch einer.

Fragen zum Tourismus

Alternativ die dritte Welt besetzen?

mif. – Massentourismus als Teil der Zerstörung von einheimischer Kultur, als Eingriff in die Wertsysteme von Völkern der dritten Welt: Darin sind sich alle einig, die sich kritisch mit dem Phänomen «Tourismus» auseinandersetzen, beispielsweise im «Arbeitskreis Tourismus und Entwicklung». Aber gibt es überhaupt eine Alternative dazu, oder sollte man grundsätzlich auf das Reisen in Dritte-Welt-Länder verzichten? Diese Forderung wäre etwa so wirkungslos wie jene nach Abschaffung des Autos, in einer Zeit, in der individuelle Mobilität mit Freiheit gleichgesetzt wird, der Duft der grossen weiten Welt als Scheinlösung für einen Pseudoausbruch aus den Leistungszwängen einer hochtechnisierten Welt propagiert wird. Wer eine Alternative zum gängigen Konsumtrip zu den Primitiven sucht, kann die Widersprüche nicht lösen, kann sie aber sehen.

Alternativtourist sein soll nicht heissen, als verlauster Tramper gen Osten zu ziehen, um die Gastfreundschaft in Afghanistan mal richtig zu geniessen oder vom Billigflug nach Lima zu profitieren, ohne sich Gedanken über die politischen, ökonomischen und sozialen Verhältnisse in Peru gemacht zu haben. Die Tausenden von Individualtouristen, die ein Entwicklungsland bevölkern, sind noch keine Alternative. Dann lieber gleich per Jumbo-Jet nach Acapulco.

Bewusst die dritte Welt bereisen müsste heissen, den kleinstmöglichen Schaden anzurichten, müsste voraussetzen, das Land zu kennen, die eigene Rolle als Tourist hinterfragt zu haben. In diese Richtung arbeiten verschiedene Organisatoren von Gruppenreisen. Sie wollen in erster Linie auf jenen Besichtigungstourismus verzichten, der die Einheimischen auf Statisten vor der Photokamera reduziert. Probleme auf der Reise, Pannen mit dem Fahrzeug zum Beispiel, als Möglichkeit mit der Bevölkerung in Kontakt zu treten, ein praktischer Anlass immerhin, um Erfahrungen auszutauschen. Der «Reiseleiter» nicht als Organisator einer Sightseeing-Tour, der alle Probleme löst und Störungen aus dem Weg räumt. Die Gruppe als Ganzes soll aktiv sein, Motivationen gewinnen, um nach der Reise aus dem (veränderten) Bild der dritten Welt gegen deren Ausbeutung und Zerstörung anzugehen.*

* Zum Beispiel: Transa, Josefstrasse 21, 8005 Zürich (Tel. 01/42 90 40).

SpoS

In die Hosen gegangener Vertuschungsversuch des PR-Büros Dr. Rudolf Farner: Geifernde Polemiken gegen die Aktion «Jute statt Plastic» wurden, wie sich herausstellte, von den rührigen Reaktionären an der Zürcher Theaterstrasse ausgeheckt. Eine – abgewiesene – Beschwerde gegen die Jutetaschenaktion bei der Kommission zur Überwachung der Lauterkeit stammte nicht aus der Feder der Beschwerdeführerin, Doris Böhi, Hausfrau, selber. Sie war vielmehr von ihrem Mann Hans Ulrich, Geschäftspartner Farners und Plastik-Unternehmer, vorgeschoben worden – und liess sich's gefallen. Den sauberen Weisswäschern war ins Auge gestochen, dass ein Teil der Jutegelder via Aktion «Finanzplatz Schweiz – Dritte Welt» für die Propagierung der Bankeninitiative verwendet werden könnte. Tarner Farner hätte die 15 000 Fr. lieber in den Büro-Bäuchen «karitativer» Entwicklungsorganisationen verschwinden sehen. Was just dem Zweck der Jutetaschenaktion widersprochen hätte, mit der die Idee der Selbsthilfe in der dritten Welt erfolgreich bekanntgemacht wurde.

*

«20 Millionen Tote wären zu verkraften» meinen die Experten im Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Für einmal stammt solch optimistischer Zynismus nicht aus dem Lager der Atomkraftlobby. Die Information ist Teil einer Studie, die in Kürze veröffentlicht werden und den Senatoren im US-Kongress die sicherere Einschätzung des geplanten zweiten Abkommens mit der Sowjetunion über die Begrenzung der strategischen Rüstung (SALT II) erleichtern soll. Ergebnis der Untersuchung: Bei einem totalen Atomkrieg würden etwa 165 Millionen Amerikaner sterben, der Rest unter mittelalterlichen Bedingungen dahinvegetieren; bei einer auf die Zerstörung gegnerischer Atomwaffen «begrenzten» atomaren Auseinandersetzung wären es «nur» etwa 20 Millionen sofort tote Amis, noch einmal so viele würden in den folgenden Jahren an Hunger, mangelnder ärztlicher Versorgung usw. sterben. Ökologische Langzeitschäden seien zwar nicht ausgeschlossen, doch die US-Wirtschaft würde sich – schneller als die sowjetische – von dem Schlag erholen.

*

Ein Handicap hätten allerdings die mit Freiheit, Steak und Apple Pie verwöhnten Nordamerikaner gegenüber den leidgeprüften Sowjetbürgern: diese würden – «ohnehin an überfüllte Räume und missliche Lebensumstände gewöhnt» – die 10 bis 30 Tage in den Schutzräumen besser überstehen. Nun, die Administration Carter kann ja der Verweichlichung in ihrem Volk mit einer Kürzung der Sozialhilfeprogramme jederzeit abhelfen und für das gesparte Geld noch mehr Abwehrwaffen erstehen. Bereit sein ist alles.

Zwischenauswertung einer Hotelplan-„Studienreise" nach

KAMERUN

Von Ueli Mäder, Sekretär des Arbeitskreises „Tourismus und Entwicklung"

Touristische Neulanderschliessung durch «alternatives» Reisen

Der anschwellende Touristenstrom in die Länder der 3. Welt ruft immer mehr Kritiker auf den Plan. Noch priesen Ende der 60er Jahre viele Ökonomen und andere Wissenschaftler Tourismusförderung als edelste Form der Entwicklungshilfe. Heute wagt bereits kaum eine(r) mehr, ähnlich „Bescheidenes" auszusprechen. Konzentrierte sich bislang die Kritik auf den Massentourismus, so kommen nunmehr auch alternative Reiseformen vermehrt unter Beschuss.

Ein neuer Werbeslogan aus der Küche der Reiseproduzenten heisst bspw. PROJEKTTOURISMUS. Zuweilen wird das Kind auch STUDIENREISEN genannt. Gemeint sind Touren, auf welchen Reisegruppen Entwicklungsprojekte besuchen. Was bringen nun solche Projektreisen den Reiseteilnehmern, den besuchten Entwicklungsprojekten und der betroffenen Gastbevölkerung?

«Studienreise» als Marktlücke

Hotelplan-Manager Kühne äusserte gegenüber dem Tagesanzeiger vom 7.9.78 folgendes:

Die Kameruner Tierparks im Norden vermögen ein vom ostafrikanischen Konkurrenzangebot verwöhntes Publikum kaum zu befriedigen. Da sei er dann eben auf Entwicklungsprojekte für Menschen gestossen – quasi zufällig.

Schon während der Wintersaison 78/79 offerierte dann das Reisebüro Hotelplan „abseits des grossen Touristenstromes" Studienreisen nach Kamerun mit eingeplanten Besuchen bei diversen Entwicklungsprojekten. „Die Besuche bei den Missionen sollen auch einen gewissen karitativen Hintergrund haben", heisst es im Hotelplan-Prospekt (in welchem übrigens die Bewohner Kameruns in alter Kolonialmanier als ‚Eingeborene' bezeichnet werden). Von den dortigen Bewohnern sieht die Sache jedoch etwas anders aus: Gleich 12 (!) mal sollte eine Reisegruppe durch immer wieder dieselben Entwicklungsprojekte geschleust werden.

Diese „Studienreisen" erregten also nicht nur wegen den aufwendigen Pressemeldungen (u.a. eine von Hotelplan organisierte Pressereise) grosses Aufsehen, sondern auch wegen den darum entfachten Diskussionen über den sog. „Alternativtourismus".

Bislang identifizierte man den Alternativtourismus noch mit einmalig durchgeführten Kleingruppenreisen. Doch nunmehr scheinen sich die grossen Reisebüros die Marktlücke „Alternatives Reisen" unter den Nagel reissen zu wollen. Damit wird ein Prozess eingeleitet, der in der BRD bereits deutlich vorangeschritten ist. Dass auch hier kommerzielle Interessen im Hintergrund stehen, liegt auf der Hand.

Auch das eng mit Hotelplan liierte Reisebüro ESCO hätte gerne mit einer Reisegruppe ein Projekt der Basler Mission in Peru besucht und mit Kleider beliefert. Bei unserer Anfrage verwarf jedoch der zufällig in der Schweiz weilende Projektleiter die Hände: „Verschont unser Projekt und vorallem das Dorf von diesen Touristen. Wir könnten das nicht verkraften." So seine Antwort. Doch Hotelplan scheint's trotzdem möglich zu machen.

Hauptexportgut Kaffee als Nescafé wieder auf dem Markt zu kaufen!

Anstatt Aussicht – Mit einem amerikanischen Western nach Kamerun ... ins Hotel, wo die Angestellten seit Monaten keinen Lohn mehr bezogen haben

Trügerische Zufriedenheit

Zwei Drittel der Reise-Teilnehmer haben einen von mir ausgearbeiteten Fragebogen beantwortet zurückgesandt.
Aus den gegebenen Antworten geht eindeutig eine relativ grosse Zufriedenheit mit der Reise hervor. Dieses Ergebnis wurde auch in 10 von mir mit Reiseteilnehmern durchgeführten Interviews bestätigt. Doch wie sind diese Stellungnahmen zu beurteilen?

Zufrieden sind die Ehemaligen zumeist mit der Reiseorganisation, der Reiseleitung und mehr oder weniger auch mit den Entwicklungsprojekten. Nun könnte man fragen: Wer ist schon unzufrieden mit einer Reise, für die er ein ganzes Jahr gespart hat? Da wäre ja in einem gewissen Sinn ein ganzes Jahr futsch? Aber lassen wir das.

Nachdenklich stimmt bei den gegebenen Antworten, dass sich eine Vielzahl der Befragten bei der Beurteilung der gesehenen Entwicklungsprojekte erstaunlich oder geradezu anmassend selbstsicher gab. Alle Teilnehmer einer Reisegruppe waren bspw. spontan bereit, die besuchten Projekte konkret nach deren Sinnhaftigkeit zu benoten. Und dies, obwohl der gehabte Einblick sehr oberflächlich war.

Helvetas will keine Projekttouristen

Da sich die Helvetas-Mitarbeiter in Kamerun in Rücksichtnahme auf die Dorfbevölkerung geweigert haben, den Hotelplan-Touristen die Brunnenprojekte zur Schau zu stellen, haben mehrere Reiseteilnehmer im Fragebogen und zum Teil auch spontan an Ort gemeldet, künftig nicht mehr für Helvetas Geld zu spenden. Begründung: „Die wollen ja bloss unser Geld, nicht aber unser Interesse". Man hat's also gar nicht nötig, Helvetas' Haltung zu hinterfragen, bzw . eine Erklärung anzufordern oder abzuwarten.

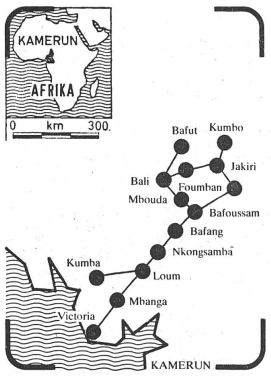
Vorurteile werden nicht abgebaut

Trotz sehr beschränktem Projekt- Einblick trauen sich eben viele Reisende erstaunlich scharfe Urteile zu. Und mancheine(r) glaubt, zum Entwicklungsexperten geworden zu sein. Man kennt die Probleme jetzt aus eigener Anschauung. Von daher erstaunt es kaum festzustellen, dass beim Gros der Reiseteilnehmer dieser Hotelplan-Kamerunreise schon gehabte Einstellungen und Ansichten (z.Bsp. über Entwicklungshilfe) durch das Gesehene erhärtet worden sind. Beispielsweise waren zwei Teilnehmer unserer Reisegruppe, die schon auf der Hinfahrt Vorbehalte und Reserven gegenüber der Entwicklungshilfe anmeldeten, nach der Reise umso skeptischer. Wen wundert's?

Oberflächlichkeit der Projektbesuche

Über die „Tiefgründigkeit" dieser Projektbesuche schreibt Jakob Walder von der Landwirtschaftsschule der Basler Mission in Kumba:
„Die persönlichen Erfahrungen sind gekennzeichnet durch die viel zu kurze Zeit, die den Besuchern zur Verfügung steht, um das Projekt auch nur einigermassen kennenzulernen. In der uns zur Verfügung stehenden Stunde gelingt es uns knapp, den Touristen einige der tropischen Pflanzenkulturen zu erklären und einen kurzen Rundgang durch den Schulbetrieb zu machen. Dann müssen sie schon wieder abreisen, damit sie den nächsten Besichtigungspunkt rechtzeitig erreichen. Es ist gar keine Zeit vorhanden, auf die Probleme der Landwirtschaft einzugehen, z.B.:

- *ständige staatlich geförderte Ausbreitung der Cash crops auf Kosten der Food crops*
- *zu tiefe Produzentenpreise für Kakao und Kaffee*
- *Abwanderung der Jungen von den Dörfern in die Stadt*
- *schlechte und einseitige Ernährung ..."*



HERAUSGEBER
****
Arbeitskreis „Tourismus und Entwicklung"
Missionsstr 21 061 / 25 33 50
4003 Basel PC: 80-9834

Der Arbeitskreis „Tourismus und Entwicklung" – setzt sich kritisch mit dem Tourismus in die armen Länder (und in die Randgebiete der Schweiz) auseinander. Er möchte verhindern, dass fremde Länder, fremde Menschen und fremde Kulturen gedankenlos „konsumiert" werden.

Grafik: Lukas Schmid

Neo-Tourismus / Neokolonialismus

Vom 27.2. bis 13.3. habe ich die Hotelplanreise nach Kamerun teilnehmend beobachtet. Was ist mir dabei sonderlich aufgefallen?

Das Reisebüro Hotelplan foutiert sich völlig um eine Vorbereitung der Reiseteilnehmer. An Unterlagen erhalten wir einzig ein Flugbillet, ein Reiseprogramm und einen „Hinweis" auf eine 40-fränkige Geographiestudie über Kamerun. Aus zeitlichen Gründen ist jedoch eine Bestellung kaum mehr möglich. Dass Reisevorbereitungen aber dringend nötig gewesen wären, zeigt sich alsbald: Oft lässt sich beobachten, wie unbefangen und „freizügig" Geld und Bonbons verteilt werden. Beim Fon von Bali (eine Art afrikan. König) zeigen bettelnde Kinder bereits Schweizermünzen vor und verlangen noch mehr von diesen untrügerischen Zeichen unserer unmittelbaren Hotelplan-Vorgänger.

Bettelnde Kinder bringen mehr Geld nach Hause als der Vater.

Mit Fotokanonen auf Einheimische

Des öfteren werden Einheimische entgegen deren unmissverständlich bekundeten Willen abgeknipst. Wiewohl bspw. die Schulleiterin des Regierungsspitals von Bamenda ausdrücklich wünscht, nicht fotografiert zu werden, wird sie erst recht (und offensichtlich mit besonderem Spass) bildlich festgehalten. Es gibt auch Mitreisende, die nicht genug davon bekommen, sich mit einer Afrikanerin im Arm fotografieren zu lassen, um sie dann noch mit einem Kuss und einem Sous zu „beglücken".

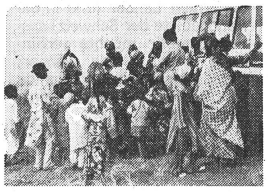
Auf dem Markt in Bali meldet Hans Knöpfli von der Basler Mission wegen unseres Fotografierens Bedenken an. Doch der Reiseleiter schlägt aufkommende Zweifel in den Wind: „Märkte seien keine offiziellen Gebäude und dürften deshalb gemäss Regierungsverordnung ohne weiteres abgelichtet werden."

▲ *Der Stock schafft freie Bahn für eine Foto*

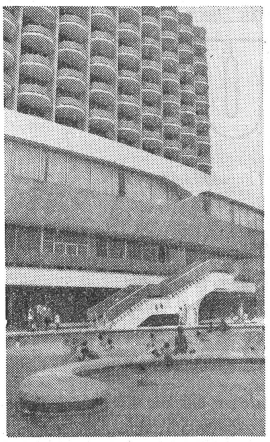
Man nehme ... knipse ... und erzähle ... ▼

Es findet keine Auseinandersetzung statt

Am meisten erstaunt mich, dass das Gesehene innerhalb der Reisegruppe kaum einen Gesprächsstoff bildet. Vielmehr witzeln wir über Kurt Felix, Altbundesrat Minger etc. Bei offiziellen Informationsmöglichkeiten (etwa mit einer Schulvorsteherin) braucht der Reiseleiter nicht viel Übersetzungsarbeit zu leisten. Das Gespräch erschöpft sich in einzelnen Detailfragen. Ansonsten scheint alles klar zu sein.
Für Kontakte mit Einheimischen fehlen auch die sprachlichen Voraussetzungen. In unserer Reisegruppe bin ich der einzige, der sich auf Englisch zu unterhalten versteht. (Wir halten uns während der ganzen Reise fast ausschliesslich im westlichen, englischsprachigen Teil Kameruns auf).



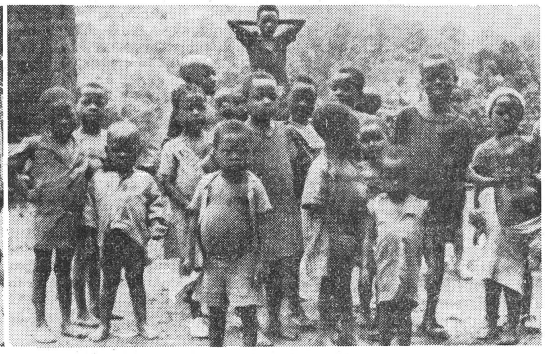
Wer interessiert sich für wen? Kaugummi und Zigaretten für die Bewohner (links). Völkerverständigung durch Luxus-Hotel-Aufschrift für die Analphabeten (rechts).



Schwimmbassin für die Touristen, Wassermangel für die einheimischen Nachbarn. 10 von 12 Nächten verbringen wir in Hotels, die sich in europäischem Besitz befinden.

Europäisches Essen in europäischen Hotels

Die Hotels, in denen wir absteigen, sind mit wenigen Ausnahmen in europäischem Besitz (nicht Eigentum). Sie verweisen uns sehr direkt auf unsere Heimat. Zum Essen erhalten wir bspw. vorgesetzt: Rösti mit Zürcher Geschnetzeltem, Berner Platte, Pariser Suppe zur Vor-, importierte Äpfel und Erdbeeren zur Nachspeise. Der Drang (oder Zwang?) europäisch essen zu müssen, kommt bei unserer 5-tägigen Lagerung in der luxuriösen, aber etwas abgelegenen Safari-Lodge besonders drastisch zum Ausdruck: Bei Ausflügen müssen wir zumeist über die ca. 45 Min. entfernte Stadt Bamenda fahren. So nehmen wir über Mittag des öftern 90 Min. Auto-Hin- und Rückfahrt in Kauf, um in der Safari Lodge echt europäische Nahrung vorgesetzt zu bekommen. „Der Tourist wolle halt diesen Komfort. Und in Bamenda sei kein Koch fähig, die kulinarischen Bedürfnisse von anspruchsvollen Schweizern gebührend zu befriedigen." So die offizielle Antwort des Reiseleiters. Zweimal nächtigen wir auch in einem afrikanischen Hotel. Da werden uns zum Morgenessen Nestlé-Büchsenkaffee, Marmelade aus Ungarn und Käse aus Frankreich aufgetischt. Zum Abendessen bereichert in England (womöglich aus kamerunischen Tomaten) hergestelltes Ketch-up unsere Pommes-Frites mit Huhn.



Büchsenfleisch und Hungerbäuche

Von diesem „afrikanischen" Hotel aus machen wir auch einen Ausflug nach Oku, wo wir nochmals einen Fon besuchen dürfen. Bei unserer Ankunft versammelte sich beinahe das ganze Dorf um uns. Kinder folgen uns auf Schritt und Tritt. Im Fonareal wollen wir Zwischenverpflegung einnehmen. Schon haben afrikanische Träger zwei Getränke-Harassen und mehrere Schachteln mit Büchsenfleisch aus England und Käse aus Frankreich herangeschleppt. Doch die teilweise dickbäuchigen Kinder lösen Betroffenheit aus. Der Reiseleiter schickt jemanden zum Fon. Dieser stellt uns nun für das Pic-nic seinen Verhandlungsraum zur Verfügung. Endlich sind wir von den gierigen und neugierigen Blicken der Kinder verschont!

Entwürdigende Kulturzerstörung

Anschliessend stellt sich der Fon unseren Fotoaparaten. Zuvor liess ihn der Reiseleiter bitten, doch ein attraktiveres Gewand anzuziehen. Nach einer langanhaltenden Fotoserie dürfen wir Männer gar noch einer Geheimbundsitzung beiwohnen. Doch wird uns sehr verübelt, dass wir kein Geschenk überreichen. Also kratzen wir einige Zigaretten und Kaugummis zusammen. Dafür erhalten wir noch ein „echtes Tam-Tam" dargeboten, was einen Reiseteilnehmer veranlasst, allen Ernstes zu bemerken, wie sehr dieser Tourismus den „Eingeborenen" doch zum Vorteil gereiche, „jetzt würden die Männer fürs Musizieren sogar noch entlöhnt, wo sie doch ohnehin tagein tagaus nichts anderes täten, als Tam-Tam zu spielen."

BESTELLSCHEIN

Faltprospekt „Reisen in ferne Länder" Fr. -.50/10 Stk.
Faltprospekt „Weg vom Stress" Fr. -.50/10 Stk.
„Reisen in die 3. Welt" 44 s. Mai 78 Fr. 2.50 ab 10 Stk. 2.--
„Vacances dans le Tiers Monde" Fr. 2.50 ab 10 Stk. 2.--
Statuten unseres Arbeitskreises --
Sympathiemagazin „KENYA" (Juni 78) 1.--
Sympathiemagazin „MEXIKO" (Aug. 78) -.60
Sympathiemagazin „PERU" (Juni 79) ca. -.80
Sympathiemagazin „BALEAREN"(Juni 79) ca. -.80
„Projekttourismus" Bericht einer Arbeitstagung ca. 60 S. (ca. Juli 79) ca. 5.--
KAMERUN-Beilage (reichlich bebildert) (ca. Juni 79) ca. -.80

Name: . . . . . .
Adresse: . . . . . .
Datum: . . . . . .
(bitte für kleine Bestellungen Betrag in Briefmarken beilegen)

TRAURIGES FAZIT

Die Hotelplanreise nach Kamerun hinterlässt im Gastland bestenfalls einen verschwindend kleinen Devisenanteil.

Arbeitsplätze werden nicht mehr neue geschaffen, als alte zerstört.

Von einem Beitrag zu internationaler Völkerverständigung ist keine Spur zu entdecken.

Diese Reise greift unbekümmert und verantwortungslos in Sozialstrukturen ein. Mit völlig unvorbereiteten Touristen wagt sich Hotelplan in Regionen vor, wo eben noch sog. „Primitive" zu sehen, bzw. vor den Kopf zu stossen sind.

Allein schon die Vielzahl der besuchten Entwicklungsprojekte verunmöglicht Tiefgründigkeit. Die erhärteten Vorurteile und Einstellungen der Reiseteilnehmer bestätigen dies. Und das bei einzelnen Touristen geförderte Expertenbewusstsein spricht nicht dagegen. Im Gegenteil.

Welcher Nutzen hat Kamerun?

Das meiste Geld geht nach Europa!

Nun, wie steht es mit dem Geld, das Kamerun durch diese „Studienreise" einnimmt? Ein Charakteristikum solcher Studienreisen ist ja, dass sie zumindest im Preis alternativ (hoch) sind. Kommt aber auch ein vergleichsweise grösserer Devisenanteil dem Gastland zugute? Für diese Hotelplanreise hatte ich ohne extras Fr. 2'945.-- zu bezahlen. Nach Aussagen eines Hotelplanmitarbeiters entfallen davon ca. Fr. 1500.-- auf die Cameroon-Airlines, die jedoch über zwei Drittel des Betrages an die Air France und Al Italia abzugeben habe und im übrigen ohnehin defizitär arbeite. Weitere Fr. 150.-- gingen für den Swissair-Inlandflug ab. Und mit 20 % bzw. Fr. 600.-- dürfte die Reisebürokommission kaum zu hoch veranschlagt sein. Es bleiben also Fr. 700.-- übrig (bei Reisenden mit Doppelzimmer sogar nur Fr. 400.--!) die direkt in Kamerun verausgabt wurden. Und dabei gilt es zu berücksichtigen, dass wir fast ausschliesslich in Hotels europäischen Besitzes abgestiegen sind.

Geschätzte Abrechnung

Einzahlung des Kunden an das Reisebüro	2950.--
Davon bleiben in Europa	
20% Reisebürokommission	600.--
SWISSAIR (Inlandflug)	150.--
Air France	1500.--
Rest:	2250.--
Ausgaben für Hotels und Transporte **im Entwicklungsland**	**700.--**

Touristische Infrastruktur zu Lasten Kameruns

Von den vielen importierten Esswaren war bereits die Rede. So bleibt also das Rätsel: **Woher nimmt denn eigentlich der kamerunische Staat das Geld für die gesamte touristische Infrastruktur,** die ja nicht bloss aus Hotellerie besteht? Wie kann der kamerunische Staat ausländische Investitionen abtilgen, wenn das Tourismusgeschäft nicht nur während seiner Aufbauphase nichts einbringt?
Gewiss gehörte nun noch der von den Touristen selbst in Kamerun ausgegebene Geldbetrag in die Abrechnung einbezogen. Durchschnittlich haben die von mir erfassten Hotelplanreisenden Fr. 350.-- ausgegeben. Ca. die Hälfte dieses Betrages geht für Getränke ab, die zu einem beachtlichen Anteil importiert werden „müssen": Weine aus Frankreich, Bier aus England und der BRD. Na ja, da haben wir es wieder. Insgesamt fällt also der im Land verbleibende Nettodevisenanteil erschreckend gering aus. Abgerundet wird diese Situation mit der Tatsache, dass diese Einnahmen kaum den verarmten Massen zugute kommen.

Ihre Yams-Knollen werden sicher von keinem Touristen gekauft.

Die Rahmenbedingungen der touristischen „Zusammenarbeit" sind dermassen zu-ungunsten der Entwicklungsländer ausgestaltet, dass vermutlich noch auf lange Sicht ein „Tourismus im Interesse sämtlicher Beteiligten" eine Illusion ist.

Unsere Kritik betrifft die Rahmenbedingungen des Trikont-Tourismus

Können sich nun andere Reisebüros wegen dieser harten Abrechnung mit Hotelplan ins Fäustchen lachen? Zum Beispiel weil sie selbst die Reiseteilnehmer umfassend vorbereiten? Ich meine nein.
Eine fundierte Vorbereitung der Touristen könnte bspw. die negativen Auswirkungen dieser Kamerunreise bloss abschwächen nicht aber verhindern. Das Betrüblichste an dieser Reise ist ja, dass sie im Vergleich mit dem Gros anderer Reisen noch relativ gut abschneidet. Z.B. hat Hotelplan immerhin die Cameroon Airlines berücksichtigt und damit einer häufig ignorierten Forderung der Entwicklungsländer genüge getan. Doch genau dieser letzte Punkt, d.h. die **Besitzverhältnisse bei Fluggesellschaften und Hotelketten** der Entwicklungsländer zeigen:

Unser Besuch beim Fon von Oku zeigt deutlich: Durch diese touristische Erschliessung von Neuland werden traditionale Sozialstrukturen ersatzlos aufgerissen. Daneben wird die Bevölkerung zum anderen dazu angehalten, gewisse Elemente dieser Strukturen (nicht die sozialsten sondern attraktivsten) beizubehalten, auf dass sie den dadurch angelockten Touristen als noch echtes Afrika präsentiert werden können.

Im sozio-kulturellen Bereich hat somit diese „Studienreise" verheerende Auswirkungen. Das skizzierte Aufreissen von Sozialstrukturen bringt des weiteren mit sich, dass zunehmend Bevölkerungsteile auf nicht direkt produktive Beschäftigungszweige festgelegt werden. Doch was nützt schon die Arbeitsbeschaffung in den Sektoren Bettelei und Prostitution? Wem nützt es, wenn frischbackene Bettelkinder am Abend mehr Geld heimbringen, als der Vater in einer Woche verdient?

Ein Vertreter der «Sandinistischen Befreiungsfront» berichtet über die Revolution in Nicaragua

«Wir haben das Volk auf unserer Seite»

*von Enrique Schmitt**

Die Revolution in Nicaragua wird vom Volk unterstützt. Das ist der Grund, weshalb die führende Organisation der Revolution, die sozialistische «Sandinistische Befreiungsfront», siegesgewiss ist. In einem Gespräch befragten wir einen Vertreter der Sandinisten, welches die tiefen Gründe für die revolutionäre Haltung des nicaraguanischen Volkes sind. Sein Bericht schildert konkret die Armut und die Repression, unter welchen das Volk zu leiden hat. Gleichzeitig zeichnet er auch ein Bild der Periode nach dem Sturz des Somoza-Regimes.

Nicaragua ist ein Agrarland. Etwa 60% der aktiven Bevölkerung arbeitet in der Landwirtschaft: nicht ganz die Hälfte davon sind Landarbeiter. Die Produkte (Baumwolle, Kaffee), sind saisonal: Normalerweise sind also die Landarbeiter nur während der Ernte beschäftigt. So kommt es auch in Nicaragua zu dem (in Mittelamerika allgemein bekannten) Phänomen, dass Hunderttausende zu den Erntezeiten von überall her in die produktiven Regionen reisen. In der übrigen Zeit sind sie Kleinbauern, deren Parzellen für den Lebensunterhalt nicht ausreichen.

Sandinistische Kämpfer in Chichigalpa

Zu wenig zum Leben . . .

Die Nahrung im allgemeinen ist sehr unzureichend, das kann man zum Beispiel an der Lebenserwartung sehen: sie liegt für Bauern zwischen 35 und 40 Jahren. Aber Hungersnöte (wie etwa in Ländern Mittelafrikas) gibt es nicht. Die Tatsache, dass die Produkte der Bauern nicht ausreichen, zwingt sie eben, Arbeit zu suchen. Viele dieser Leute reisen nach der Erntearbeit nicht aufs Land zurück, sondern in die Städte, um Arbeit zu suchen.

. . . zuviel zum Sterben

Die Hauptstadt Managua zum Beispiel hatte vor etwa 7 Jahren 300 000 Einwohner, zurzeit sind es 1,7 Mio. 60 bis 70% der städtischen Bevölkerung sind marginalisiert, das heisst, sie leben in Barakken, Holzhäusern, haben kein Licht, kein Wasser, keine Kanalisation. Auch ist die Repression gegen diese Leute sehr stark: die Nationalgarde braucht die Slums nicht einmal mit Raketen zu beschiessen, mit einem Streichholz können sie ausgelöscht werden.

Das durchschnittliche Gehalt der Leute, die Arbeit haben, beträgt etwa 120 Fr. pro Monat, wobei die Preise genau so hoch wie in der Schweiz sind; Fleisch, Milch – alles ist so teuer wie in Europa. Das durchschnittliche Gehalt eines Bauern, wenn er überhaupt Arbeit findet, beträgt etwa 3 Fr. pro Tag.

Feudale Grossgrundherrschaften

Die Grossplantagenbesitzer, die Kaffee- und Baumwollherren, sind sehr geschickt darin, die Löhne, die sie zahlen, wieder zurückzukriegen. Weil diese Plantagen weit auf dem Land liegen, müssen die Arbeiter dort essen, dort ihre notwendigen Sachen kaufen. So machen die Herren eine Laden auf, wo sie alles verkaufen, aber zwei- oder dreimal teurer als in den Städten. Oft geschieht es auch, dass die Latifundisten nicht mit Geld zahlen, sondern mit Bons, die nur in ihren Läden Gültigkeit haben. Andere haben das Essen in die Entlöhnung einbezogen, die zahlen dann nur 2.50 Fr.

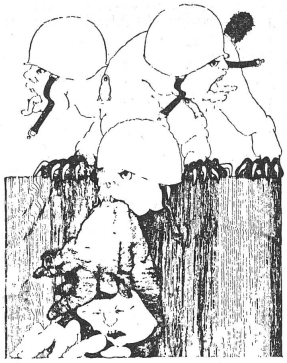
Die Leute arbeiten normalerweise von 5 Uhr morgens bis 8 Uhr abends. Sie erhalten aber oder haben meist nur eine Mahlzeit im Tag. Die Unterkünfte sind eine Art Halle, wo die Leute einfach hineingepfercht werden; es gibt keine WC. Da wohnen dann die Leute, die ganzen Familien, auch die Kinder, die arbeiten können, die 13jährigen schon.

Industrie und Verwaltung

Seit den fünfziger Jahren hat in Nicaragua eine verstärkte industrielle Entwicklung stattgefunden. In Managua gibt es etwa 100 000 Arbeiter, in ganz Nicaragua sind es etwa 170 000. Auch der tertiäre Sektor ist sehr gross. Lange Zeit konnte die Diktatur die Angestellten, und vor allem jene in der öffentlichen Verwaltung, sehr gut unter Kontrolle halten aufgrund der Korruption.

Bei den Angestellten – etwa in Ämtern, Banken, Versicherungen usw. – trifft die Repression alle. Die Angestellten müssen jeden Monat etwas von ihrem Gehalt für die Liberale Partei abgeben. Sie müssen immer wieder an Veranstaltungen, Demonstrationen gehen. Dazu kommt die Verschlechterung der Wirtschaft, die Inflation. Es gibt kaum Lohnerhöhungen. So erleiden sie allgemein eine Verschlechterung ihrer Lebenshaltung. Diese Leute, die normalerweise zur Mittelklasse gezählt werden, haben heute eine weitgehende Übereinstimmung mit der Revolution und unterstützen sie. Gerade diese Schicht hat die Bourgeoisie endgültig isoliert; in vielen Ländern unterstützt sie ja gerade die Bourgeoisie. Es gibt unter den Angestellten viele, die aktiv mitkämpfen.

Auch gibt es in ganz Nicaragua kaum einen Intellektuellen, der nicht mindestens mit den Sandinisten sympathisieren würde. Denn es ist im Land überhaupt keine Möglichkeit vorhanden, sich zu entfalten, es gibt keine Meinungsfreiheit. Die Analphabetenquote liegt bei 50%.



Nach dem Sturz: «Übergangszeit»

Nach dem Sturz der Diktatur soll eine Nationaldemokratische Phase kommen. Die Sandinisten betrachten diese Zeit als Übergangsphase. Die in dieser Zeit getroffenen Massnahmen müssen nicht unbedingt sozialistischer Natur sein, aber die Grundelemente für eine Entwicklung zum Sozialismus festigen. Etwa die Auflösung der Nationalgarde, die Schaffung eines neuen Heeres, die Verstaatlichung der Somoza-Unternehmen (das sind ungefähr 40% des Brutto-Sozialprodukts). Der Einfluss des Staats in dieser Phase wird also schon von daher sehr gross sein. Die Übergangsregierung wird dann auch Wahlen abhalten lassen, wo sicher unsere Organisation auftreten wird. Wir werden ein politisches Programm vertreten, das offensiv sozialistisch ist. Wir sind ganz sicher, wer die Wahlen gewinnen wird . . .

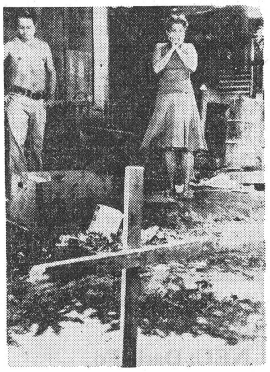
Wo die Macht liegen wird

Wir machen einen Unterschied zwischen Regierung und Macht. Uns interessiert nicht, in der Regierung vertreten zu sein. Die neue Regierung nach dem Sturz des Somoza-Regimes wird daneben einen Exekutivrat haben, der interessiert uns. Dieser Rat wird von uns besetzt werden. Er wird als beratendes und ausführendes Gremium der Regierung dienen. Der Exekutivrat soll vorerst nicht gewählt werden . . . später, wenn die Wahlen kommen. Die Kontrolle möchten wir schon behalten, das ist gar keine Frage.

Differenzierte Agrarreform

Dann natürlich die Agrarreform: damit soll in erster Linie die wirtschaftliche Macht der Grossgrundbesitzer zerstört werden, die eben heute auch die politische Macht haben. Es muss Unterschiede geben bei den Verstaatlichungen: Somoza und ihm Treue werden entschädigungslos enteignet. Anderen, welche mit uns zusammengearbeitet haben, soll eine gewisse Entschädigung gegeben werden. Im Norden des Landes aber kämpfen die Bauern für ein Stück eigenes Land.

Wir wollen auch die Genossenschaftsbildung fördern. Die Landreform wird also auch koordiniert sein mit individuellen Dienstleistungen des Staats an die Bauern, z. B. Saatgut, technologische Beratung. In den westlichen Landesteilen, wo die Produktivkräfte mehr entwickelt sind (Baumwolle, Kaffeeplantagen usw.) besteht überhaupt keine Notwendigkeit, die Ländereien zu verteilen. Da ist auch die Stellung der Landarbeiter völlig anders: da ist es möglich, dass man zu einer Kollektivierung jetzt gleich kommt. Beim Kaffee sind die Verhältnisse anders: da sind oft noch halbfeudale Verhältnisse vorherrschend, die Arbeiter werden mit Naturalien entlöhnt, oder sie erhalten leihweise ein Stück Land, um ihre Familien zu ernähren. Doch auch hier muss man von Fall zu Fall differenzieren.



Ein Paar in den Slums von Managua vor dem Grab ihrer Söhne, die von Nationalgardisten erschossen worden sind.

Wir sind natürlich daran interessiert, dass die Produktivität in der Landwirt-

Fortsetzung auf Seite 10

* *Enrique Schmitt, 30jähriger Vertreter der «Sandinistischen Befreiungsfront (FSLN)» in Europa mit der Aufgabe, Informationen über die Lage in Nicaragua nach Europa zu bringen, Kontakte mit Gewerkschaften, Parteien und Regierungen aufzunehmen sowie die Solidarität mit dem nicaraguanischen Volk zu fördern. E. Schmitt, Ökonom (ausgebildet in der BRD), hält sich seit drei Monaten in Europa auf. Nach seinem Besuch in der Schweiz ist er wieder in seine Heimat zurückgekehrt.*

Wirtschaftliche Beziehungen Schweiz–Nicaragua

Der Handel zwischen Nicaragua und der Schweiz repräsentiert den Normalfall wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Trikontstaaten und der Schweiz: Nicaragua liefert Rohstoffe, und die Schweiz exportiert Industrieprodukte. Daneben ist Nicaragua ein Investitionsgebiet für Schweizer Multis. Umfangmässig ist der Handel zwischen den beiden Staaten nicht sehr bedeutend: etwa 15 Millionen Franken pro Jahr. Die Handelsbilanz ist mit Ausnahme der Jahre 1976 und 1977 immer positiv für die Schweiz gewesen, d. h., es wurden mehr Güter aus der Schweiz exportiert als aus Nicaragua importiert. Nicaragua lieferte vor allem Kaffee und Baumwolle, die Schweiz exportiert Chemikalien und Uhren. Aus der Bankenstatistik lässt sich abschätzen, dass sich auch beträchtliche Kapitalien auf Schweizer Bankkonten befinden. Unter den Schweizer Investoren in Nicaragua fallen zwei Firmen auf: Nestlé und Holderbank.

1968 verhandelten Somoza und Nestlé «über die Steigerung der Milchproduktion» (alle Zitate aus: «Nestlé in den Entwicklungsländern», Vevey 1975). Aus diesen Verhandlungen entstand ein Nestlé-Werk in Matagalpa. Finanziert wurde es einerseits vom Somoza-Clan, der Interamerikanischen Entwicklungsbank und Nestlé selbst (31%). Nestlé stellt jedoch Management und Know-how. Nicaragua verpflichtete sich zudem, in der Region Matagalpa fast 400 km neuer Strassen zu erstellen, damit die Frischmilch auch tatsächlich eingesammelt werden konnte. 1974 kaufte Nestlé von nur 204 Milchproduzenten insgesamt 18 511 Tonnen Milch (macht pro Lieferant etwa 90 000 kg pro Jahr, was etwa der Milchleistung von 180 Kühen entspricht). Wenn man weiss, dass mehr als die Hälfte allen landwirtschaftlich genutzten Bodens – darunter die meisten Grossfarmen – dem Somoza-Clan gehören, kann man ruhig sagen, dass die von Nestlé verarbeitete Milch grösstenteils aus Somoza gehörenden Farmen stammt.

Der wahrscheinlich wichtigste Investor mit Schweizer Kapital in Nicaragua ist die Adela Investment Corporation mit Sitz in Luxemburg. Laut Paulo Freiere sind SGB, SKA, Nestlé. Ciba-Geigy, Hoffmann-La Roche, Sulzer, Bührle, Volkart, Holderbank dort die wichtigsten Aktionäre. Adela besitzt in Nicaragua Investitionen im Chemiesektor und – zusammen mit der Familie Somoza – in Hotels und Restaurants.

Hoffmann-La Roche eröffnete 1970 eine Fabrik in Managua, verlegte aber die Produktion nach dem Erdbeben vom Dezember 1972 nach Costa Rica (von dort aus unterstützt sie heute auch die Aktivitäten von Longo Mai). Weiter zu erwähnen ist die Nicalit, eine von der Schweiz aus kontrollierte Firma zur Asbestproduktion, an der aber die Familie Somoza ebenfalls eine finanzielle Mehrheitsbeteiligung hat. Betriebsleiter und Kaderleute sind aber immer Schweizer. Ganz auf Handel spezialisert haben sich die Gebr. Volkart, Winterthur (Baumwollhandel, Kaffee), und die Firma Matter, Genf, die ebenfalls in Nicaragua tätig sind.

Es gibt aber auch nicaraguanische Investitionen in der Schweiz. 1976 kaufte sich der Somoza-Clan die Verlegergruppe Vision Incorporated, die die Zeitschriften «Vision» (spanisch), «Vision-Europa Progresso» und «Carta-Vision» umfasste. «Vision-Europa» (ökonomische Monatszeitschrift) wird in Genf hergestellt, wo sie vor kurzem ins Gerede kam, da Somoza sie wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten für 1 Million Dollar an Newsweek verkaufen wollte. «Vision» gehört juristisch der Sepeg AG mit Sitz in Genf, diese wiederum der Ultramar, die Familien-AG der Somozas. Verwaltungsratspräsident der Sepeg ist nun der schweizerische Schwiegersohn Somozas, Richard Rapold. Frau Rapold, eine Tochter Somozas war von 1976 bis Ende 1978 Generalkonsulin von Nicaragua in der Schweiz. Im Herbst 1978 verzogen sich die Rapolds nach New York.

Die wirtschaftlichen – und als Folge davon – auch die politischen Beziehungen zwischen der Schweiz und Nicaragua waren (sind?) also bestens geordnet. Fragt sich nur, wie sich diese Kreise mit einer neuen politischen Situation in Nicaragua abfinden werden.

H. R. Tanner,
Nicaragua Solidaritätskomitee

das konzept Bücherservice

Eine Dienstleistung von «das konzept» und «Buch 2000»

«konzept»-Leserinnen und -leser: bestellt eure Bücher direkt bei «das konzept» – sie werden prompt und bequem ins Haus geliefert.

Für Leser auf dem Land, für Faulenzer, Stubenhocker, Bequemlinge usw. beiderlei Geschlechts.

Einfacher geht's nicht: Gewünschte(n) Titel im Talon unten eintragen, Absender gut leserlich eintragen. Talon an «das konzept» schicken.

Die Titel des Monats

㉓ Walter Hollstein, **Die Gegengesellschaft,** alternative Lebensformen, 200 Seiten, 18 Fr.

Walter Hollstein, Soziologe in Berlin, Autor des Buches «Der Untergrund», untersucht die Vielfalt und die Bedeutung der Alternativbewegung, ihre Ursachen und ihre Vorgeschichte. Er analysiert und beschreibt die Zeit zwischen dem Beatnik-Zeitalter und 1979.

㉔ Giuseppe Fiori, **Das Leben des Antonio Gramsci,** Biographie, aus dem Ital. von R. Heimbucher und S. Schoop, 272 Seiten, 25 Fr.

Das Leben des Mitbegründers und Theoretikers des PCI. Eine auf unsentimentale Weise ergreifende Darstellung eines sehr schweren, aktiven und zugleich sehr einsamen Lebens. Eine der besten Darstellungen.

㉕ Thomas Merton, **Wie der Mond stirbt,** das letzte Tagebuch des Thomas Merton (Asian Journal). Hrsg. von Heinz G. Schmidt. 231 S., 16 Fr.

Das letzte Tagebuch des amerikanischen Dichters, Journalisten und Abtes des Klosters Gethsemany. Ein Reisetagebuch durch Asien, Gedanken und Erfahrungen zwischen Aktion und Meditation, zwischen Politik und Zen . . .

㉖ Régis Debray, **Ein Leben für ein Leben,** Roman, 235 S., 20 Fr.

Der mit dem «Prix Fémina» ausgezeichnete Roman des Sozialisten Debray erzählt eine Liebesgeschichte, die im Schatten des politischen Kampfes in Lateinamerika steht. Das zentrale Ereignis des Romans, das Attentat auf den bolivianischen Konsul in Hamburg, geht auf Tatsachen zurück . . .

㉗ **Wege aus der Wohlstandsfalle,** der NAWU-Report: Strategien gegen Arbeitslosigkeit und Umweltkrise. Hrsg. von Hans Christoph Binswanger, Werner Geissberger und Theo Ginsburg. 327 Seiten, 7.80 Fr.

Jetzt im Taschenbuch: Die Politik der Kleinen Netze.

㉘ Christa Wolf, **Kindheitsmuster,** Roman, 380 Seiten, 12.80 Fr.

Jetzt im Taschenbuch.

㉙ Fred Halliday, **Iran,** Analyse einer Gesellschaft im Entwicklungskrieg, aus dem Englischen, mit einem Nachwort von Ulrich Albrecht, 318 S., 16 Fr.

Fred Halliday untersucht die inneren Widersprüche des iranischen «Entwicklungsmodells» und seine aussenpolitische Überforderung, besonders in der nun zur Neige gehenden Epoche des Ölzeitalters.

㉚ Urs Hostettler (Hrsg.), **Anderi Lieder,** von den geringen Leuten, ihren Legenden und Träumen, ihrer Not und ihren Aufständen; illustriert von Stephan Bundi, 179 Seiten, Grossformat, 24.80 Fr.

Vo Zogen am Boge bis Jegge. Vom Bättelvolch bis Mani Matter . . .

1: Gabriel Garcia Màrquez, **Hundert Jahre Einsamkeit,** 16.80 Fr.
2: Jorge Icaza, **Huasipungo,** 16.80 Fr.
3: Hugo Loetscher, **Wunderwelt,** 22 Fr.
4: Peter Lehner, **Bier-Zeitung,** 16.80 Fr.
5: Dieter Korczak, **Neue Formen des Zusammenlebens,** 6.80 Fr.
6: Frisch/Eppler/Bichsel/Muschg, **Wandlungen,** 6 Fr.
7: Dossier SPS/PSS **Finanzplatz gegen Werkplatz,** 5 Fr.
8: Virginia Woolf, **Ein Zimmer für sich allein,** 16.80 Fr.
9: Konkursbuch, **Zeitschrift für Vernunftkritik,** 7.50/Band, vier Nummern 28 Fr.
10: Marianne Berna (Hrsg.), **Züri fürs Volk,** 12 Fr.
11: Kammerer/Krippendorf, **Reisebuch Italien,** 9 Fr.
12: Max Schmid, **Schalom! – Wir werden euch töten!** 14.70 Fr.
13: Kurt Marti, **Zärtlichkeit und Schmerz,** 18 Fr.
14: Elisabeth Gerter, **Schwester Lisa,** 14.80 Fr.
15: Emil Zopfi, **Mondmilchsteine,** 14.80 Fr.
16: Patti Smith, **Witt,** übersetzte Gedichte, 7.50 Fr.
17: Gisela Frank, **Le jeu est fait,** 19.80 Fr.
18: Beat Kraus, **Spielecken, Spielplätze,** 16.80 Fr.
19: Werkstatt schreibender Arbeiter ZH, **Hinter den Fassaden,** 12 Fr.
20: Peter Schneider, **Messer im Kopf,** 8 Fr.
21: Peter Fischer, **Schlaraffenland – nimm's in die Hand,** 10 Fr.
22: Phyllis Chesler, **Über Männer,** 26 Fr

(Übrigens: Wir besorgen jedes lieferbare Buch. Notieren Sie Ihre Wünsche auf dem Zeitungsrand.)

Einsenden an: «das konzept», Weinbergstrasse 31, 8006 Zürich. (Bitte deutlich schreiben.)

Ich bestelle folgende Buchtitel Nr./Nrn.:

Den Rechnungsbetrag (zuzügl. Versandkostenanteil) bezahle ich nach Erhalt der Bücher und der Rechnung.

Name, Vorname:

Strasse:

PLZ, Ort:

Unterschrift:

Fortsetzung von Seite 9

schaft nicht sinkt. Das wäre gravierend. In Nicaragua ist die Anbaufläche für Exportprodukte (wo sogar eine gewisse Diversifizierung besteht, wir exportieren Kaffee, Bananen, Baumwolle, Fleisch, Zucker), sehr gross, deshalb ist die Förderung der Inlandprodukte (Mais, Bohnen usw.) vorgesehen. Auch die Förderung der agroindustriellen Produktion, das sind Industrieunternehmen, die mit einheimischen Rohstoffen arbeiten. Die industrielle Entwicklung in Nicaragua soll sehr eng mit der Landwirtschaft verbunden sein. Das führt dann auch zu einer Rohstoffunabhängigkeit, was zurzeit überhaupt nicht der Fall ist.

Kuba und die Unterstützung der Sandinisten

Wir werden eine blockfreie Politik betreiben. Wir wollen mit den amerikanischen Staaten zusammenarbeiten, die hierfür auch eine gewisse Bereitschaft zeigen, nicht nur Kuba, auch Panama, Mexiko, Venezuela usw. Wir sind nicht der Meinung, dass Kuba ein Handlanger der Sowjetunion ist. Wir haben eine kritische Einstellung zu Kuba, das wir gut kennen, auch die inneren Verhältnisse. Wir haben zu Kuba schon traditionell sehr gute Beziehungen gehabt und sind interessiert, die Beziehungen zu Kuba sehr eng zu gestalten. Wir wissen, wie wichtig *wir* für Kuba sind, nicht nur, wie wichtig Kuba für uns ist. Wir machen nicht mit, Kuba zu isolieren und ihm damit die Möglichkeiten zu nehmen, die es noch hat, eine weitere Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft zu erreichen.

Einige lateinamerikanische Länder sind auch zur militärischen Unterstützung bereit gewesen. Die USA haben aber sehr starken Druck auf sie ausgeübt. Wir haben unsere Waffen vor allem von der Nationalgarde und zweitens durch Kauf erworben. Es gibt zurzeit einen ausgiebigen schwarzen Markt. Von sozialistischen Ländern haben wir keine Waffen bekommen. Banküberfälle sind sehr viele gemacht worden. Dann haben wir auch Gelder von solidarischen Genossen und Organisationen aus dem Ausland. (Allein in Europa gibt es etwa 80 Solidaritätskomitees.)

Revolution für die Selbstbestimmung

In Nicaragua gibt es keine einzige Organisation, die nicht im Laufe der Zeit mit Somoza paktiert hätte ausser den Sandinisten. Und wir haben auch immer die Frage der Revolution gestellt. *Deshalb haben wir das Volk auf unserer Seite.*

Unsere Geschichte kennt viele Leute, die für die Souveränität, für die Unabhängigkeit Nicaraguas gekämpft haben. Gekämpft für eine nationale Identität.

Solidarität mit Nicaragua

Der Kampf gegen die Diktatur ist in eine entscheidende Phase getreten. Deshalb braucht Nicaragua unsere Unterstützung jetzt ganz besonders.

Spenden an: **Nicaragua-Solidaritätskomitee,** Zürich und Basel, Postscheckkonto **80–60518,** oder **Schweizerisches Arbeiterhilfswerk,** Vermerk «Nicaragua», **Postscheckkonto 80–188.**

Sie ist immer wieder verhindert worden durch Interventionen von aussen. Auch jetzt besteht wieder diese Gefahr. Der Sandinismus, das ist dieser Kampf, unserem Volk die Selbstbestimmungsrechte zu geben.

rotbuch-verlag

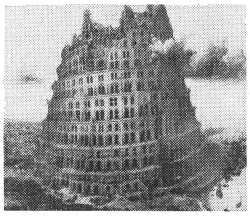
NEU: Dario Fo

Mama hat den besten Shit,
und zusammen mit Franca Rame:
Nur Kinder, Küche, Kirche.
Rotbuch 202, 190 S., 10 Fr.

Bisher erschienen von Dario Fo:
Bezahlt wird nicht!
Rotbuch 166, 96 S., 7 Fr.

Einer für alle, alle für einen! Verzeihung, wer ist hier eigentlich der Boss?
Zufälliger Tod eines Anarchisten
Rotbuch 188, 192 S., 10 Fr.

achberger verlag



Umdenken, Umschwenken

Alternativen, Wegweiser aus den Zwängen der grosstechnischen Zivilisation

Reich illustriert

232 S., 18 Fr.

oberbaum verlag

Agnes Smedley

Lebenswege in China, Begegnungen
254 S., 14.50 Fr.
China kämpft, Vom Werden des neuen China **328 S., 16.80 Fr.**

pädextra buchverlag

Narziss

Ein neuer Sozialisationstypus?
Häsing, Stubenrauch, Ziehe (Hrsg.)
154 S., 12.80 Fr.

karin kramer verlag

Jim Morrison

(The Doors), 3. 7. 71
Rockstar, Poet, Filmer

Ein amerikanisches Gebet, An American Prayer und andere Gedichte
zweisprachig
126 S., 12.80 Fr.

Die Herren und die neuen Geschöpfe
Texte und Gedichte zu Film, Sehen, Alchemie und Magie
142 S., 12.80 Fr.

Für einen grossen amerikanischen Konzern suchen wir in die schweizerische Niederlassung einen frisch abgeschlossenen

Mathematiker

Er wird einen interessanten Arbeitsbereich innerhalb der Marketingabteilung übernehmen, der die Entwicklung von statistischen Systemen (per EDV oder manuell) für kurz-, mittel- und langfristiges Marketing planning umfasst.

Bewerber, die von dieser gutdotierten Stelle angesprochen sind, senden uns Lebenslauf mit Zeugniskopien oder setzen sich mit unserem Herrn Bachmann in Verbindung (202 37 87).

Kaderpool Abteilung für Kaderpersonal der Einsatz AG Personalberatung
Stockerstrasse 44 8039 Zürich Tel. 01/202 37 87

Soeben erschienen!

Michael Wortmann (Hrsg.)
UMWELT – LANDBAU – ERNÄHRUNG
Ein Lesebuch zum Nachdenken. Mit Beiträgen von Günter Bartsch, Hellmut Finsterlin, Oswald Hitschfeld, Anton Kimpfler, Robert Markzoll, Udo Renzenbrinck, Wolfgang Schad, H. G. Schweppenhäuser, Baldur Springmann u. a.
Broschiert, auf Umweltschutzpapier gedruckt, 480 Seiten, viele Abbildungen, 18,90 DM
Erhältlich durch den örtlichen Buchhandel, bei Versandbuchhandel mit Öko-Programm oder unmittelbar durch den
Verlag das fenster · Gorch-Fock-Str. 8 · 2448 Burg/Fehm. Ruf 0 43 71 27 03

Sofort zugreifen: MOJON'S ARMY-SHOP

U.S.-ARMY-Schlafsack

Fabrikneu, wasserdicht, sehr dick gefüttert, waschbar. **Nie mehr kalt haben.** Ideal für Übernachtungen im Freien. 3,5 kg schwer, 230 cm lang. Spitzenprodukt zu Schlagerpreis:

Brutto **89 Fr.**
zuzüglich 6 Fr. Versandspesen. Passende Traghülle dazu (fakultativ): 7 Fr. Sofortversand mit Einzahlungsschein. Rückgaberecht.
Studentenrabatt: 5%; ab 100 Fr. 10%.
Bestellen oder Prospekt anfordern.
NICOLAS MOJON & CO. AG
Bethlehemstr. 114, 3018 Bern
Tel. ✆ (031) 55 33 66
Weiterhin führen wir im Schlafsacksektor über
20 erprobte Modelle
in allen Preislagen. Ob für Sommer oder Arktis, bei uns finden Sie das Richtige! Ausführliche Tabelle anfordern.

Bestellcoupon für das konzept - Sonderangebote

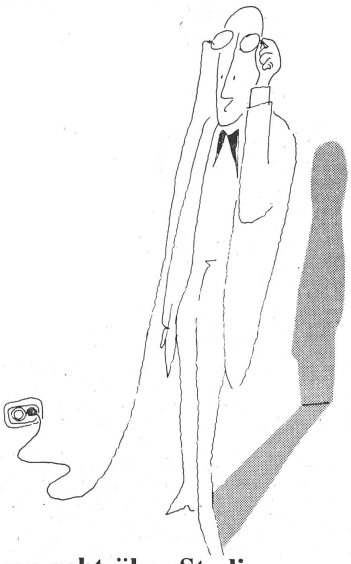
Alle die folgenden Artikel können bestellt werden bei der Redaktion «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich.

Anzahl	Artikel		Preis (inkl.) Porto + Verpack.)
...	Inhalts- und Autorenverzeichnis 1972–78		9.20
...	Inhalts- und Autorenverzeichnis 1978		3.20
...	Schulspiel (aus Nr. 6/76), dreifarbig, A 2,	gefalzt	4.20
	starkes Papier, (ab 5 Stück 3.–)	ungefalzt in Rolle	5.50
...	Arbeitslos-Spiel (aus Nr. 1/76), einfarbig,	gefalzt	2.20
	A 2, starkes Papier (ab 5 St. 1.–)	ungefalzt in Rolle	3.50
...	Sonderdruck «Nukleare Aufrüstung»		1.40
...	Sonderdruck «Schwangerschaftsabbruch»		1.40
...	«das konzept»-Jahrgänge, pro Jahrgang		12.—
...	Poster «Unser Strauss»	ungefalzt in Rolle	4.—
	(aus Nr. 1/78)	gefalzt	2.40
...	Poster «Gefangener der Freiheit»	ungefalzt in Rolle	4.—
	(aus Nr. 4/78)	gefalzt	2.40
...	Mai-Zitig 1978, «10 Jahre nach 68»		2.—
...	Mai-Zitig 1979, «Finanzplatz Schweiz»		2.40
...	Sonderbeilage «Film in der Schweiz» I (Jan 78)		1.40
...	Sonderbeilage «Film in der Schweiz» II (Jan 79)		2.20
...	Sonderbeilage «Literatur in der Schweiz» (Okt 78)		1.40
...	Sonderdruck des Artikels von Jürg Weibel aus Nr. 6/78,		2.—
...	Adressliste der Alternativmedien (Mai 79 neu)		1.40
.....	Poster «Gesellschafts-Schichten (aus Nr. 6/79)	ungefalzt	7.20

Verpackungskosten verstehen sich pro Sendung.

Zahlungsmodus
☐ *Ich überweise gleichzeitig mit dem Absenden dieses Talons den entsprechenden Betrag auf das PC-Konto 80-37626, «das konzept», Zürich (Verwendungszweck bitte auf der Rückseite des Abschnittes vermerken)
☐ *Ich lege den entsprechenden Betrag in Briefmarken bei
☐ *Ich lege den entsprechenden Betrag in Banknoten bei. (*Zutreffendes ankreuzen)

Name, Adresse



Kopieren geht über Studieren

..... Blatt für Blatt:
Jeder Student hat Rabatt.
Sein Geld wir ihn schonen
speziell bei Dissertationen.

Copy Quick

8001 Zürich, Schützengasse 4, Tel. 01 211 66 36 ● 8008 Zürich, Kreuzstrasse 19, Tel. 01 34 39 39 ● 8003 Zürich, Zweierstrasse 129, Tel. 01 35 38 88 ● 4051 Basel, Kohlenberg 3, Tel. 061 22 96 96 ● 3011 Bern, Bahnhofplatz 10 B, Tel. 031 22 22 20 ● 1003 Lausanne, Pl. Pépinet 1, Tel. 021 22 50 44

242 11 12

Die Telefonziitig

braucht Hörer, (01/242 11 12)
Informanten (01/242 63 27)
und Gönner (PC 80 – 53650)

Demokratische Juristen der Schweiz (DJS)

volk + recht
volk + recht
volk + recht

Organ der DJS

volk + recht ist mehr als eine weitere juristische Fachzeitschrift. volk + recht verbreitet in allgemein verständlicher Form fortschrittliche Rechtspositionen im Dienste der arbeitenden Bevölkerung.

volk + recht erscheint viermal jährlich und kostet lediglich 12 Franken (Unterstützungsabonnement 25 Franken).

.....

Name: .....
Vorname: .....
Adresse: .....
.....

abonniert volk + recht.

(Einsenden an: DJS volk + recht, Postfach 1308 4001 Basel)

Was Richter über linke Anwälte schreiben

Terroristenanwälte zu Terroristen gestempelt

Von Fredi Hänni und Ruedi Küng

Wer in der Schweiz als Rechtsanwalt Terroristen verteidigt, muss damit rechnen, selber als Terrorist verketzert zu werden. Mehr noch: muss damit rechnen, dass ihm verboten wird, Anwalt zu sein. So geschehen in Bern und zu befürchten in Zürich. Die gerichtlichen Dokumente beweisen diese den Rechtsstaat zersetzende Praxis.

Gabriele Kröcher-Tiedemann und Christian Möller schiessen schweizerische Grenzbeamte nieder. Sie werden verhaftet und unter schwersten Bedingungen inhaftiert: Unterbringung im toten Trakt des Amtshauses Bern während 6 Monaten, ununterbrochene Fernsehüberwachung in derselben Zeit, Tag und Nacht Licht in den Zellen während etwa dreier Monate, Informations- und Kontaktsperre (kein Radio, keine Zeitungen, Besuchsverbot), spätere Kontakte nur durch eine Trennscheibe, Zensur des

«Der Verteidiger hat sich für den Angeklagten mit Treue und Gewissenhaftigkeit einzusetzen . . . Dabei wacht er darüber, dass das für das Entstehen eines gerechten Urteils vorgeschriebene Verfahren eingehalten wird, und kümmert sich darum, dass die Haftbedingungen des verhafteten Angeklagten den gesetzlichen Anforderungen entsprechen.» *)

Briefverkehrs, Isolation innerhalb des Gefängnisses. Die Anwälte der damals noch nicht verurteilten Terroristen sind durch diese Haftbedingungen in ihrer Arbeit behindert. Sie versuchen, die Haftbedingungen ihrer Mandanten zu mildern, zu «normalisieren». Dabei nehmen sie Zuflucht zu den Medien oder, wie der Präsident der bernischen Anwaltskammer und Obergerichtspräsident Junker schreibt, *«praktizierten eine im bernischen Rechtsleben kaum je vorgekommene Publizität».*

Beschwerden der Anwälte erfolglos

Die Anwaltskammer des Kantons Bern schreibt in ihrer Urteilsbegründung: *«Die intensive Aktivität für die Verbesserung der Haft- und Verteidigungsbedingungen stand ihnen* (den Anwälten, die Red.) *selbstverständlich zu . . .»*, aber fährt fort: *«. . . soweit sie sich in den zahlreichen Beschwerden erschöpften.* Genützt haben die Beschwerden aber kaum: Die Gefangenen wurden weiter unter strengsten Bedingungen gehalten. Sie versuchten auch wiederholt, mit Hungerstreiks eine Milderung dieser Bedingungen zu erreichen. Erfolglos. Einzig die Kontaktsperre wurde durch Bundesgerichtsentscheid gelockert. Deshalb traten die Anwälte die Flucht in die Öffentlichkeit, über die Massenmedien, an.

Im Verlaufe ihrer Presseinformation verteilte Anwalt Z. eine Erklärung von Kröcher/Möller, worin diese ihre politische Motivation für die revolutionäre Aktion in Form der bewaffneten Gewalt, der Guerilla, kundtun.

Widerspruch im Urteil selbst

«Diesem abstrusen Humbug (die Anwaltskammer meint die Erklärung von Kröcher/Möller, Red.) *ist zwar nicht direkt zu entnehmen, Rechtsanwalt Z. sei selber Mitglied einer Guerilla-Gruppe oder einer Organisation, die den bewaffneten Kampf gegen den kapitalistischen Imperialismus führe. Doch billigt er dieses Verhalten und unterstützt aktiv deren Propaganda durch Verfassen von Hungerstreikerklärungen, Presseerklärungen und sorgt für deren Verbreitung . . . Wer sich auf die genannte Weise mit den kriminellen Methoden eines Mandanten solidarisiert . . .»*, der darf nicht mehr Anwalt sein. Damit wird der Überbringer der Information, Anwalt Z., selber zum Terroristen gestempelt. Nach dieser Logik müsste jeder Anwalt eines Mörders, welcher die Gründe für die Tat seines Mandanten erklären will, als Mördersympathisant erklärt werden!

Das kontrastiert scharf mit der Einleitung der Urteilsbegründung selbst: *«Der Verteidiger hat sich für den Angeklagten mit Treue und Gewissenhaftigkeit einzusetzen . . . Seine Aufgabe erfüllt der Verteidiger einseitig im ausschliesslichen Interesse des Angeklagten . . .»*

Die bernische Anwaltskammer (fünf Richter und dazu vier Vertreter des Ber-

«Sie (die Anwälte, die Red.) sind nicht die willenlosen und gehorsamen Diener ihrer Auftraggeber: Das Standesrecht verlangt vom Anwalt eine weitgehende Unabhängigkeit vom Klienten; er darf sich nicht für Anschuldigungen einspannen lassen, deren Unbegründetheit offensichtlich ist.» *)

nischen Anwaltverbandes), die über die Anwälte zu Gerichte sass, fragte auch beim Richter im Kröcher/Möller-Prozess, Oberrichter *Grossenbacher,* an, was er zum Verhalten der Anwälte meine. Grossenbacher macht in seinem Antwortschreiben schon allein mit der Tatsache Stimmung, dass die Anwälte ihr Mandat übernommen haben: *«Der Anwalt R. erklärte, er sei durch die deutschen Anwälte* (der Angeklagten, die Red.) *gebeten worden, die Verteidigung zu übernehmen. Die Anklagekammer des Kantons Bern . . . sprach deswegen die Vermutung aus, dass jedenfalls die korrespondierenden Anwälte mit der dortigen Terrorszene in Verbindung stehen dürften.*

Was heisst das? 1. Anwälte von Terroristen sind selber Terroristen (sie stehen ja in Verbindung). 2. Wer von Anwälten von Terroristen Briefe erhält, ist ebenfalls Terrorist!

Schuldig für Taten anderer

Und Grossenbacher geht noch weiter: *«Die stete, in Wort und Schrift weitergeführte Hetze gegen Gerichte wie Polizei, gipfelnd in den Behauptungen ‹Isolationsfolter› und ‹Vernichungshaft›, zeitigt heute die entsprechenden Folgen. Diese reichen von Wandmalereien über Drohungen und Schreckalarme bis hin zur Gewalttätigkeit, wie solche im Sprengstoffanschlag gegen das Amtshaus Bern am 14. 7. 1978 zum Ausdruck gekommen ist (ausgeführt durch ein Kommando 20. Dezember – Datum der Bluttat Kröcher/Möller in Fahy!).»*

Folgt noch ein Nachsatz, man müsse *«wenigstens bei einzelnen jener Aktionen»* annehmen, dass es sich um von den Anwälten *«nicht gewollte Folgen»* handle. Trotzdem werden sie damit für die Taten anderer mitschuldig erklärt. Immerhin ist diese von Grossenbacher übermittelte «Information» nicht in die Urteilsschrift aufgenommen worden.

Ein zweiter Fall in Zürich

Dass diese Gleichsetzung von Anwälten mit der Gesinnung und den Taten ihrer Angeklagten nicht bloss bernische Reaktion ist, beweist eine Urteilsschrift aus dem Kanton Zürich. Der Anwalt R., welcher Kröcher/Möller verteidigte und deshalb (mit drei weiteren Anwälten) mit Berufsverbot belegt worden ist, trat als Kläger auf gegen die *Aktion Freiheit und Verantwortung.* Diese hatte R. als Verteidiger des Demokratischen Manifests (DM) in ganzseitigen Inseraten in zahlreichen grossen Zeitungen beschuldigt, er identifiziere sich mit den Methoden seiner Mandantin (Beschaffung von Dokumenten aus dem Cincera-Archiv, in den Inseraten als «Einbruch» taxiert, obwohl das nicht gerichtlich feststeht), sei *«Quasikomplize».* Die Klage von R. auf «Verletzung in persönlichen Verhält-

«Die Disziplinarbeklagten (die vier Anwälte von Kröcher/Möller, die Red.) . . . haben die ihnen mit dem Anwaltspatent eingeräumte Funktion in der Justiz zum Versuch missbraucht, den Rechtsstaat selber zu erschüttern und lahmzulegen.» *)

nissen» wurde vom Bezirksgericht Zürich abgewiesen (vgl. Kasten).

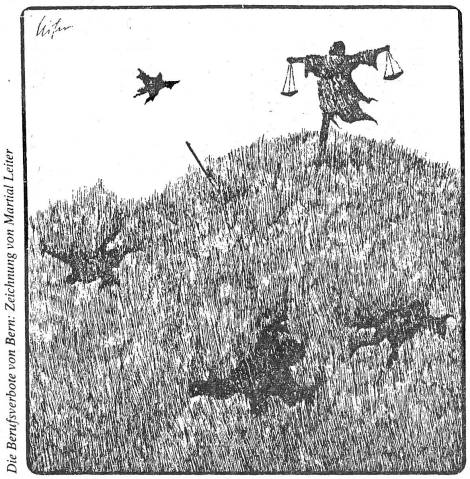
Erschrecken muss man ob der Logik der Urteilsbegründung: *«Er* (Anwalt R.) *hat für die Manifest-Leute als Anwalt gehandelt, mithin ihre Interessen vertreten, und jemandes Interesse vertreten kann nur, wer sich mit dessen Standpunkt identifiziert.»*

Dann wird festgehalten, dass der deutsche Anwalt Croissant sich bei der Verteidigung von Mitgliedern der Roten Armee Fraktion (RAF) strafbar gemacht habe. (Was hat das mit dem DM zu tun?) Auch R. sei schon als Anwalt für ein RAF-Mitglied tätig gewesen. (Also ist er auch selbst RAF-Mitglied?) Weiter: Zwar habe R. bei der Führung seines Mandats nicht mit Croissant zusammengearbeitet. *«Er war mit ihm jedoch insofern verbunden, als er im Internationalen Komitee zur Verteidigung politischer Gefangener in Westeuropa (IVK) die Sektion Schweiz und Croissant die Sektion BRD vertreten hat.»* Es sei zwar ungewiss, wieweit R. für die publizistische Unterstützung der RAF durch das IVK mitverantwortlich sei, *«dennoch begründen die geschilderten Umstände wenigstens den Verdacht, der Kläger (R.) habe mit Croissant zusammengearbeitet oder selbständig der RAF ähnliche Dienste geleistet wie Croissant und sich dabei ähnliches zuschulden kommen lassen wie dieser».*

R. wird weiter dafür verantwortlich gemacht, dass das zürcherische «Fräche Blatt» seine Presseerklärungen zum Kröcher/Möller-Prozess abgedruckt hat. Diese Zeitung habe eine *«kriminelle Gesinnung»,* die *«zum Teil krankhaft»* anmute. R. wird unterstellt, er habe die

«Der Anwalt, der eine derartige Verteidigermentalität (gemeint ist die Solidarisierung mit den ‹kriminellen Methoden eines Mandanten›, die Red.) zum Ausdruck bringt, sei es mit Worten, sei es durch sein übriges Verhalten, ist nicht mehr der freie Diener am Recht, der das Vertrauen von Volk und Behörden verdient, sondern ein Gegner unserer Rechtsordnung, den der Einsatz gefährlicher Mittel offensichtlich wenig zu stören scheint.» *)

Texte im «Fräche Blatt» publizieren lassen, obwohl er versicherte, sie seien dort einfach veröffentlicht worden. Um zu beweisen, dass R. öffentlich sehr wohl als Sympathisant und Quasikomplize von «Einbrechern» bezeichnet werden kann, führt also das Urteil an, R. sei ja schon durch sein Anwaltsamt bei einem RAF-Mitglied und bei Kröcher/Möller vorbelastet; und gipfelt im Schluss: *«Der Umstand, dass R. auch Petra Krause verteidigt hat, zeigt jedoch, dass es kaum ein Zufall ist, wenn ihm derartige Mandate übertragen werden.»* «Derartige» Leute sollen wohl im Rechtsstaat Schweiz keinen Rechtsbeistand mehr haben. ●



Die Berufsverbote von Bern: Zeichnung von Martial Leiter

*) *Alle Zitate aus der 37seitigen Begründung der bernischen Anwaltskammer für ihr Urteil auf Entzug der «Bewilligung zur Ausübung des Anwaltsberufs im Kanton Bern» gegenüber den Zürcher Anwälten D., R., S. und Z., den Verteidigern der Terroristen Kröcher und Möller.*

Dokument

An den Haaren herbeigezogen

Dass das Zürcher Urteil gegen Anwalt R. an den Haaren herbeigezogen ist, beweist ein dem «konzept» in die Hände geratenes Dokument: Sogar der Anwalt der (von R. eingeklagten) Aktion Freiheit und Verantwortung, Dr. *Rolf Wyss,* gibt in einem Brief zu, dass die Beweislage für die Behauptungen der Farner-Organisation Aktion Freiheit und Verantwortung schlecht ist.

«Auch für R. gilt: Es sind zwar Anhaltspunkte vorhanden, welche R. nicht nur als sympatisierenden, sondern auch als sich identifizierenden Anwalt erscheinen lassen. Meines Erachtens sind aber diese Anhaltspunkte nicht jene Beweise, welche meine Klientin in den Händen haben müsste, um absolut risikolos Einschätzungen, Wertungen und Bezichtigungen in bezug auf das standesgemässe Benehmen von R. in Möglichkeitsform gegen diesen öffentlich auszusprechen. Auch hier wäre ich demgemäss für eine genauere Dokumentation über R. sowohl in persönlicher als auch in beruflicher Hinsicht dankbar.»

Der Brief des Anwalts Wyss ging übrigens (indirekt) an Cincera: der solle helfen, weiteres Material gegen R. zu finden . . .

Alles was Recht ist...

Hier schreiben unsere juristischen Mitarbeiter zu aktuellen Fragen der Gesetzgebung und der Rechtsprechung, über Macht und Machtlosigkeit, über den «freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat» und seine Auswüchse.

Hintertüren

Seit kurzem ist in allen Gemeinden des Kantons – wie in der Stadt Zürich schon lange – *das Unterschriftensammeln für Initiativen und Referenden* vor den Wahllokalen erlaubt. Im November hat der Kantonsrat gegen den erbitterten Widerstand von FDP-/SVP-Vertretern eine entsprechende Verordnung beschlossen.

Am jüngsten Abstimmungssonntag hatten zwei POCH-Genossinnen Gelegenheit, bei der Sammlung für die Volksinitiative «sichere Arbeitsplätze für alle» die Probe aufs Exempel zu machen. In Dietikon. Freundlicherweise wurde ihnen sogar ein Tisch zur Verfügung gestellt. Ein gedruckter Plan erläutert, wo das Unterschriftensammeln erlaubt ist: beim Eingang des Schulhauses. So weit, so gut. Nur hat die Sache einen kleinen Haken: die Stimmenden kommen zwar beim Betreten des Lokals am bewilligten Standort vorbei, verlassen aber das Lokal durch den hinteren Ausgang. Dort ist jedoch offizielles «Sperrgebiet». Um Belästigungen vor der Stimmabgabe zu vermeiden, ist es aber auch nicht erlaubt, die Stimmenden beim Betreten des Lokals anzusprechen. Fazit: trotz Tisch und gemeinderätlicher Verfügung ist es praktisch unmöglich, Unterschriften zu sammeln. *«Das Sammeln von Unterschriften»* – so die Verordnung – *ist in den Vorräumen und Zugängen gestattet . . .»* In den Vorräumen und Zugängen: man kann Dietikons Stadtvätern nicht einmal vorwerfen, dass sie dem Wortlaut der Verordnung nicht nachkommen!

Dass findige Bürokraten auf die Idee kommen würden, diesen bescheidenen demokratischen Fortschritt buchstäblich durch die «Hintertür» zu sabotieren, war bei der Formulierung des Kantonsrats nicht vorgesehen.

(aus «POCH-Zeitung» Nr. 20/79)

Beweisen ist alles

Vor Gericht gilt: Wer etwas will, muss Beweise bringen, dass er dieses «etwas» zu Recht will. Was es braucht, ist ein sogenannter «Rechtstitel».

– Der Verkäufer braucht, um zu seinem Geld zu kommen, einen Kaufvertrag. Fehlt ein schriftlicher Vertrag, muss er nachweisen, dass der Käufer die Ware erhalten und ohne Grund nicht bezahlt hat. Erst dann kommt der Händler zu seinem Geld.

– Der Ehepartner, der sich scheiden lassen will, muss den Scheidungsgrund nachweisen. Erst dann ist die Scheidung spruchreif.

– Der Vermieter, der seinen Mieter ausweisen lassen will, muss nachweisen, dass er ordnungsgemäss gekündigt hat.

Das beste Mittel, etwas zu beweisen, ist die *Urkunde.* Ein schriftlicher Vertrag, der von beiden Parteien unterschrieben ist, schafft Klarheit. Fehlt ein schriftliches Dokument, muss derjenige, der Ansprüche geltend macht, den Beweis für deren Rechtmässigkeit auf andere Weise erbringen: z. B. durch Aussagen von Zeugen oder durch Gutachten von Sachverständigen. Eine teure Sache.

Geht es um den Nachweis eines Vertragsverhältnisses wie z. B. eines Arbeits- oder Mietvertrags, so kann sich dessen Bestand auch aus den tatsächlichen Lebensverhältnissen ergeben. Wenn also ein Vermieter von seinem Mieter regelmässig den Zins empfangen hat, ist dies ein Indiz für das Bestehen eines Vertragsverhältnisses, und zwar ohne dass eine schriftliche Abmachung vorliegt. Die für den Mieter wichtige Rechtsfolge besteht denn darin, dass ihm nur mit Einhaltung der gesetzlichen Fristen gekündigt werden kann. Ähnliches gilt für den Arbeitsvertrag: Wer Arbeit leistet und regelmässige Lohnzahlungen empfängt, steht – schriftlicher Vertrag hin oder her – in einem durch gesetzliche Fristen geschützten Arbeitsverhältnis.

Beweisen ist alles – schriftliche Abmachungen sind grundsätzlich in so vielen Exemplaren auszufertigen, wie es Parteien gibt. Der Mieter, der seinem Vermieter eine Mängelliste schickt, erstellt sie im Doppel. Zudem schickt er das für den Vermieter bestimmte Exemplar «eingeschrieben gegen Quittung». Auf diese Weise kann er gleich zwei Sachen beweisen: erstens *dass* und zweitens *wann* er geschrieben hat.

Wir suchen
auf den 1. Oktober oder früher

Mitarbeiter(in)
in unserem
Antiquariat

Abteilung Politik, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Sozialismus

für Einkauf, Verkauf und Katalogherstellung

Voraussetzungen sind: Interesse an diesen Gebieten, englische und französische Sprachkenntnisse, Maschinenschreiben. Für diese Arbeit ist ein langfristiges Engagement sinnvoll.

Wir bieten: Mitarbeit im Kollektiv (Selbstverwaltung), 38 Stunden Woche, 4 Wochen Ferien, Einheitslohn 2300 Fr.

antiquariat pinkus-genossenschaft
froschaugasse 7
8001 Zürich, (01) 32 26 47

«Energiekarte der Schweiz»:

Abgekartete Ausgewogenheit

Was zu «Ostblock und China» gehört, ist alleweil blutrot eingezeichnet. Die Atom . . ., pardon: die «Kern»-Kraftwerke sind in zartem Violett gehalten. Und Willi Ritschard hat das Geleitwort verfasst. Die «Energiekarte der Schweiz», vom Berner Kartenverlag Kümmerly & Frey herausgebracht, hat vorab eine Eigenschaft: ausgewogen zu sein.

Zugeschlagen im heftig tobenden Werbekrieg hat diesmal nicht nur die Elektrolobby. Die gesamte schweizerische Energieindustrie garantiert Objektivität, in vorderster Front der Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE), ihm folgen die Schweizerische Erdölvereinigung, der Verband Schweizerische Gasindustrie und die Kolko (Kohlenimporteure). Mit der Generosität der Mächtigen geben sie alle die schmucke, vierfarbige Karte gratis ab.

Denn: Willi R. (im Geleit: «Die Energiediskussion darf sich nicht in idealistischen und ideologischen Vorstellungen verlieren») hat das landesväterliche Patronat für die Kartenaktion nur unter der Bedingung übernommen, dass selbige eine Geschenkaktion bleibe. Wer's hat, dem wird Prestige gegeben.

Was für Gegner der Atomkraft nur mit einem Spende-Kraftakt möglich wäre, ist für die AKW-Lobby ein Pappenstiel. Allein der VSE (ohne die einzelnen überwiegend der öffentlichen Hand gehörenden Kraftwerke) hat nach eigenen Angaben 5000 Karten abgenommen, zu 1.75 Fr. das Stück. Bereits ist die zweite Auflage gedruckt, das VSE-Exemplar für 1.60 Fr.

Wer bezahlt, will auch mitreden. Der VSE hat sich also intensiv um das Manuskript aus dem Hause Kümmerly & Frey gekümmert – in aller Freyheit, versteht sich, und «nicht zur Zensur» (VSE). Flugs wurde der industrienahe Radiojournalist Urs Obrecht engagiert, um den allzu alternativlastigen Text radikal umzuarbeiten. Hier ein Beispiel für das Resultat: «Ölknappheit in den neunziger Jahren wird sprunghafte Preiserhöhungen zur Folge haben. Energiesparmassnahmen werden sich auszahlen!» Profit allüberall.

Ein Schuss Antikommunismus durfte nicht fehlen: «Die Sowjetunion verfügt über immense Energierohstoffe und kann ihren Bedarf zum grössten Teil selber decken. Dagegen ist die Rohölversorgung der westlichen Welt stark von einer einzigen Region abhängig. Die Transportwege sind zudem verletzlich!» Über die Verletzlichkeit der AKW findet sich kein Wort. Wozu auch!

So weit, so schlecht. Gegen die – inhaltlich recht informative – Karte lässt sich im übrigen nichts einwenden, im Gegenteil. Denn die AKW-Lobby hat möglichem Protest vorgebeugt. Zum Beispiel so: Als die bestehenden und im Bau befindlichen AKW auf dem Kartenentwurf als Minikühlturmsymbole eingetragen waren, gab der VSE dem Grafiker Anweisung, mit dem grösseren Violettstift anzurichten. Sonst werde der Vorwurf erhoben, die Elektroindustrie verniedliche die «Kern»-kraftwerke. Was hiermit unterblieben wäre.

Fredi Hänni

Leichter zu drehen,
da langfaserig geschnitten.
Immer frisch, da doppelt verpackt.

Anwaltskollektiv Zürich

sucht

Anwältin/ Anwalt

die/der den Power und Plausch hat, mit uns unbeeindruckt von Berufsverboten gegen jede Unterdrückung zu kämpfen.

Tel. (01) 241 24 33
Postfach 125, Zürich 4

Wir, **Mark Gelpke und Silvia Luckner von der Jugendberatungsstelle Schlieren,**

suchen für einen Jugendlichen dringend einen Platz

in einer aufgeschlossenen, stabilen, unternehmungslustigen und selbstkritischen Familie oder Wohngemeinschaft. Wichtig sind vor allem Tragfähigkeit und Bereitschaft zur Auseinandersetzung.

Gerne kommen wir persönlich vorbei, um ausführlich darüber zu reden.

Am besten sind wir nachmittags ab ca. 15.00 Uhr über Telefon (01) 730 47 00 erreichbar.

DISSERTATIONEN

druckt exzellent

von DIN A4-Vorlage auf DIN A5-Format

bei Expl.	DM pro Seite
70	3.60
100	3.80
150	4.10
200	4.35
300	4.55

Frachtverbilligung
Raster billigst!

Angebot anfordern

BÖNECKE
Lieferung erfolgt jeden Dienstag und Freitag.
3392 Clausthal-Zellerfeld
Fach 29 Ruf 05323/3525
Schnelldruckerei

Neuauflage – Mai 79 – Neuauflage

das konzept hilft verhüten

unerwünschte Schwangerschaften und, wenn es nicht mehr anders geht, unerwünschte Kinder. Soeben hat «das konzept» die Liste der Ärzte, die Verhütungsmittel liberal handhaben, neu überarbeitet. Auch in das Merkblatt zum Schwangerschaftsabbruch haben wir wieder mehr Informationen zu Kliniken und Ärzten im In- und Ausland aufgenommen, darunter auch Rückmeldungen von Frauen, die mit unserer Dienstleistung etwas anfangen konnten. Sie erhalten die Liste auf Anfrage gratis (bitte frankiertes Antwortcouvert beilegen!).

COPY-CORNER

FOTOKOPIEN UND DRUCKSERVICE

Öffnungszeiten
Mo–Fr 08.30–18.30
Sa 10.00–13.00

Seilergraben 41
Tel. 01/32 49 34

8001 Zürich
PC 80-27780

Fotokopien
– Normal 20 Rp.
– mit Legi 15 Rp.
– Verkleinerung 30 Rp.
– mit Legi 25 Rp.

Kopien auf Normalpapier (Xerografisches Verfahren)

Schnelldruck (ab einer Vorlage)

	1-seitig	2-seitig
30 Ex.	4.50	9.—
50 Ex.	5.50	10.50
100 Ex.	7.50	14.50
200 Ex.	15.—	28.—
300 Ex.	21.—	38.—
350 Ex.	23.—	42.—
400 Ex.	25.50	44.50
500 Ex.	28.—	52.—
1000 Ex.	40.—	73.—

Reinschriften / Dissertationsdruck

Unsere Abonnenten sind unsere Stärke. Könnten Sie nicht auch etwas für unsere Stärkung tun? Na also ... Und: besten Dank!

Unser Output ist Intelligenz.

10-monatiges EDV-Ausbildungs-Programm für Akademiker

verbunden mit Ausland-Aufenthalt und Praktikum

International Computers Limited ist heute der grösste Computerhersteller Europa's mit über 80 Niederlassungen weltweit. Rund ein Viertel der insgesamt 34 000 Mitarbeiter sind akademisch ausgebildet. Persönlichkeiten mit hohem Bildungsgrad und starkem Leistungswillen werden in unserer Organisation gebraucht, um das enorme Wachstums-Potential der Computer-Industrie sicherzustellen. ICL bietet aber nicht nur alle Vorteile einer internationalen Firma, sondern auch die Möglichkeit, massgeblich an wirtschaftlichen und sozialen Problemlösungen bei Auftraggebern beteiligt zu sein.

Sie sind:

- Absolvent einer Universität/Hochschule (bevorzugte Studienrichtung Betriebswirtschaft, Informatik)
- zwischen 23 und 27 Jahre alt
- verkaufsorientiert und durchsetzungsfähig
- Englisch sprechend
- ab September 1979 verfügbar und mobil

Sie wollen:

- in jungen Jahren eine Position mit viel Verantwortung und grossen Herausforderungen
- sich zum Spezialisten ausbilden lassen für
  - Verkauf von Computer
  - EDV-Organisation

Wir bieten:

- spezielles Training während ca. 10 Monaten, umfassend:

  in England:
  formelle Ausbildung in der Programmierung, Systemanalyse und weiteren verkaufsunterstützenden Funktionen

  in der Schweiz: (Basel, Bern, Zürich):
  Praktikum: Mitarbeit in einem Verkaufs-Team oder Übernahme von Spezial-Aufgaben
- volles Salär und
- Auslagenersatz während der Auslandaufenthalte
- Fortschrittliche Personalversicherungsleistungen

Interessieren Sie sich für dieses Programm und wollen Sie genauere Details darüber erfahren? Dann **setzen Sie sich umgehend in Verbindung** mit Herrn J.P. Stuerchler, Personnel Manager, und verlangen Sie bitte die Bewerbungsdokumentation. Wir freuen uns auf Ihren baldigen Kontakt.

ICL (Switzerland) International Computers AG

Buckhauserstrasse 26
8048 Zürich
Telefon 01/52 26 25

ADAG ADMINISTRATION & DRUCK AG **COPY-CENTER**

Sonneggstrasse 25 - 8006 Zürich - Telefon 01/47 35 54

XEROX - DRUCKKOPIEN A 4

1 - 19	Kopien	=	15 Rappen/Stück
20	Kopien	=	Fr. 2.90
30	Kopien	=	Fr. 3.60
40	Kopien	=	Fr. 4.30
50	Kopien	=	Fr. 5.--
100	Kopien	=	Fr. 7.50

XEROX - Kopien A 3 = 30 Rappen/Stück
Verkleinerungen = 25 Rappen/Stück

DISSERTATIONSDRUCK

Als Spezialisten bieten wir: Fachgemässe Ausführung, kürzeste Lieferfristen, günstigste ALLES-INKLUSIVE-PREISE (inbegriffen: Verkleinerung der Vorlagen, Offsetdruck, farbiger Umschlag, Titelsatz, Zusammenstellen und Binden).

REINSCHRIFTEN

Dissertationen, Lic- und Sem.-Arbeiten vorschriftsgemäss und druckfertig ab Manuskript auf IBM-Kugelkopfmaschinen mit Film- und Korrekturband. 20 verschiedene Schriften.

OEFFNUNGSZEITEN: Montag bis Freitag 08.00 - 18.00 Uhr

Widerstand gegen professoralen Machtanspruch an der Uni Bern

«Schülerlis» darf nicht Schule machen

Nicht wie Primarschüler behandeln lassen sich die Studenten an der Uni Bern. Gegen drohenden Prüfungsstress und für Mitbestimmung warnstreikten die Studierenden an der Rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung Ende Juni zwei Tage lang. Während andernorts studentische Schlagkraft durch Querelen und behördliche Verbote eingeschränkt ist, knüpfen die Berner ihre verschiedenen Aktionen an Traditionen der 68er Bewegung.

Grässlicher Gestank und schrille Töne aus dem Soziologischen Institut der Universität Bern: Ein «Arbeitskreis Alternative Küche an der Wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Abteilung» schüttete aus Protest gegen ein von der Abteilung verabschiedetes neues Studienreglement, das «den reibungslosen Ausstoss diensteifriger Eierköpfe zur Hauptbestimmung hat» (Flugblatt), an verschiedenen Stellen Buttersäure aus: um «den Giftköchen den Appetit darauf zu verderben, den Studenten weiter ihre Giftbrühe vorzusetzen». Für die schrillen Töne sorgte derweil Prof. Walter Rüegg, Direktor des Soziologischen Instituts, Bern, Leiter der Wirschaftswissenschaftlichen Abteilung und ehemaliger Law-and-Order-Rektor der Uni Frankfurt.

Aus: «betrifft: erziehung», Mai 79

Das Wort Streik war in aller Munde, als die Professoren Ende Mai gegen den Willen der Studenten ihr Verschulungsreglement verabschiedeten. Eine kurzfristig einberufene Generalversammlung der Fachschaft (studentische Organisation auf Institut- oder Abteilungsebene) beschloss fast einstimmig die Durchführung einer Urnenabstimmung für einen zweitägigen Warnstreik. Trotz Säbelgerassel von dozentischer Seite (Rüegg: *«Urabstimmungen über Vorlesungsstreiks, Aufrufe zu solchen durch studentische Organe sind illegal und dürfen schon in der Vorbereitung nicht zugelassen werden»*, «Berner Zeitung» vom 16. Juni) endete die Befragung mit einem Erfolg, den niemand erwartet hatte: 80 Prozent sprachen sich für den Streik aus, die Stimmbeteiligung war «für universitäre Verhältnisse astronomisch» («BZ»). 48 Prozent bemühten sich innerhalb dreier Tage an die Urne.

USA-Import

Die Idee für die Studienreglementsrevision, um die es beim Ende Juni durchgeführten Streik vor allem ging, stammte von Ökonomieprofessor Jürg Niehans, der ähnliche wirtschaftstheoretische Konzepte vertritt wie der Monetarist Milton Friedman (dessen «Rezepte» wurden nach dem Putsch in Chile angewandt). Niehans, seit 1977 in Bern, war 11 Jahre an der John-Hopkins-Universität in den USA. Er weiss aus den USA lobend über «intensiven Notendruck und Notenkonkurrenz» zu berichten: «Dementsprechend benehmen sich die Studenten ihren Professoren gegenüber meist recht gesittet und entschliessen sich nicht leicht zum Widerspruch» («Bund», 19. 10. 1977). Niehans fand in Rüegg einen guten Verbündeten und fiel mit seinen Revisionsvorschlägen auch bei den meisten anderen Professoren auf fruchtbaren Boden. Der Entwurf basiert auf dem «Credit-Point-System»: Für jede Lehrveranstaltung «muss ein Leistungsnachweis, ausgedrückt in einer Note, erbracht werden» (Originaltext). Dies würde sieben bis acht Prüfungen pro Semester bedeuten . . . Dass dieses Reglement gerade jetzt auftaucht, ist sicher auch vor allgemeinerem Hintergrund zu sehen. Die immer knapper werdenden Bildungsausgaben sind ein Resultat der seit einigen Jahren wieder vermehrt kriselnden kapitalistischen Wirtschaft.

Gute und schlechte Studenten

Die Zeiten der «repressiven Toleranz» gegenüber Studenten sind endgültig vorbei. Disziplinierung der Studenten und Zwang für das Uni-Establishment, den reibungslosen Ausstoss von «organischen Intellektuellen» (Gramsci) zu garantieren, sind die Folgen. In diesem Zusammenhang ist auch die verschärfte «intrauniversitäre Selektion» zu sehen, für die sich die meisten kantonalen Erziehungsdirektoren in einer Fragebogenaktion der SHK (Schweizerische Hochschulkonferenz) aussprachen (im Gegensatz zur «extrauniversitären Selektion» mittels Zulassungsbeschränkungen). Dass dies nicht nur theoretische Überlegungen sind, belegen die Verhältnisse an der ökonomischen Abteilung der Uni Zürich, wo im Juli 1978 im Fach Mathemathik 82 Prozent der Studenten durchgefallen waren und 11 Kandidaten, die zum zweitenmal nicht reüssierten, vom weiteren Studium ausgeschlossen wurden.

Eine von den Studenten selber durchgeführte Vernehmlassung über den Reglementsentwurf der Professoren wie den alternativen Vorschlag der Fachschaft brachte den Dozenten teils vernichtende Kritik ein. *Rolf Deppeler,* Sekretär der Schweizerischen Hochschulkonferenz, lehnte die «Leistungsnachweise ‹Niehansscher Prägung›» ab und sprach in einem Zeitungsinterview gar von einem «Verstoss gegen ein ungeschriebenes Verfassungsrecht, die akademische Lehr- und Lernfreiheit».

Auch *Dr. Rühl,* Sekretär des «Vororts», (Handels- und Industrieverein), konnten die Studenten für sich reklamieren: «Mir scheint der Grenznutzen (wenn er überhaupt positiv ist) des Credit-Systems gegenüber dem Grenznutzen einer grösseren Uneinheitlichkeit (in den Prüfungsreglementen, gesamtschweizerisch gesehen, dk) zu unterliegen.» Weitere massgebliche Stellen, unter anderem auch die Erziehungsdirektion, die SP und ehemalige Assistenten unterstützten das studentische Anliegen nach einer gemischten Kommission.

Maul gestopft

Nicht nur bei den Nationalökonomen gibt es Unruhe. Die Phil.-Hist.-Professoren beschlossen Mitte Juni, den Studenten Mitsprache nur noch zu gewähren, «wenn die Fakultät nichts anderes beschliesst». Dieser Zusatzartikel zum «Mitsprache»-Reglement ist ein Resultat der Nichtberufung Hans Saners. Die Studenten hatten damals offensichtlich zuviel Ränkespiele an die Öffentlichkeit gebracht.

Die Juristen hatten zu Beginn des Sommersemesters ebenfalls ihren Berufungsskandal. Sie starteten darauf eine Mitbestimmungspetition, für die schon an die tausend Unterschriften gesammelt wurden.

Unigesetzinitiative

Um den langsam mahlenden Mühlen der Verschulung und den undemokratischen Berufungsverfahren entgegenwirken zu können, soll jetzt das Universitätsgesetz geändert werden. Ein «Basiskomitee», das nach der Affäre Saner entstanden war, arbeitete in minuziöser Kleinarbeit die Aktenberge der 10 Jahre dauerden Unigesetzrevisionsdiskussion durch und schlägt nun vor, eine kantonale Initiative zur Totalrevision des Universitätsgesetzes zu lancieren. Der Entwurf liegt bereits vor und ist in der Vernehmlassung. Ironie des Schicksals, dass eine Basisgruppe, die früher wohl nichtinstitutionalisierte Mittel gewählt hätte, eine Initiative vorschlägt.

Alfred Arm, Bern

Spekulanten gegen Basler Wohngemeinschaften

Und die Polizei schlägt zu

Auf die Strasse gestellt worden sind in Basel von einer profitsüchtigen Immobilienfirma rund 150 Mieter, vor allem Lehrlinge und Studierende. Als sie zum Protest auf die Strasse gingen, antwortete die Obrigkeit mit Gummiknüppeln und Tränengas.

Einen vor allem von Wohngemeinschaften der *studentischen Wohnungsvermittlung* bewohnter Häuserkomplex am Unteren Rheinweg in Basel will eine Immobilienfirma zu *Luxuswohnungen* für gehobenere Ansprüche und fettere Brieftaschen umbauen. Rund 150 Mietern flatterte deshalb die Kündigung ins Haus. Die studentische Wohnungsvermittlung verliert etwa die Hälfte ihres Wohnraums, ohne über angemessenen Ersatz zu verfügen. Das Wohnen in Wohngemeinschaften wird immer schwieriger. Aber auch für Rentner und andere finanzschwache Bevölkerungsschichten stellen sich ernsthafte Probleme. Denn: Wo günstige Wohnungen in teuren Wohnraum umfunktioniert werden, arbeiten sich städtische Behörden (Liegenschaftsverwaltung) und Spekulationsfirmen in die Hände.

Mieter wehren sich

Der Massen-Rausschmiss am Unteren Rheinweg führte zur Gründung der *Mieteraktion Basel.* Der *Verband Studentenschaft* erhob den Kampf gegen die Bodenspekulation und Wohnraumzerstörung zum Hauptthema für das Sommersemester. Am 12. Juni gingen die erbosten Mieter auf die Strasse. Gegen Mitternacht legten sich an die hundert Demonstranten auf dem Marktplatz zur Nachtruhe nieder. Das «Sleep out» war jedoch von der Polizei mit fadenscheinigen Begründungen nicht bewilligt worden.

Um 2 Uhr nachts rückten dann auch wirklich Polizeigrenadiere mit Knüppeln an und vertrieben die schlafenden Demonstranten, nicht ohne sechs von ihnen zu verhaften. Diese Reaktion hatte niemand erwartet. Wie der beim Polizeieinsatz anwesende Polizeidirektor *Schnyder (SP)* erklärte, ist die Regierung nicht mehr gewillt, solch friedliche Kundgebungen zu tolerieren. Sie will in Zukunft alles verbieten, was den Ordnungsvorstellungen gewisser Köpfe im Polizeidepartement widerspricht.

Polizeidirektor Schnyder, der behauptete, 90 Prozent der Bevölkerung stünden hinter seinem Vorgehen, hat sich offensichtlich getäuscht. Seine eigene Partei, die SP, wandte sich in einer Resolution gegen sein Vorgehen, und sogar die bürgerliche Monopolpresse teilte ihm schlechte Noten aus. Im Kantonsparlament ist noch eine Interpellation *Dressler* (POCH) zum brutalen Polizeieinsatz vom 12./13. Juni hängig.

Häuserbesetzung wirkungslos?

Der Kampf gegen die Bodenspekulation geht weiter. Die Mieter des Häuserkomplexes Unterer Rheinweg haben beschlossen, am 1. Juli, dem offiziellen Auszugsdatum, nicht auszuziehen und die Häuser zu besetzen. Ob im Falle dieser Liegenschaften noch etwas zu retten ist?

Für die Zukunft muss jedenfalls eine stärkere Organisierung der Mieter erreicht werden, um der stadtzerstörerischen Politik der Regierung, die den Bodenspekulanten alle nur erdenkliche Hilfe leistet, Einhalt zu gebieten. Besonders penibel ist, dass gerade ein SP-Vertreter in der Regierung sich dazu hergibt, mit brutalsten Polizeieinsätzen die Interessen der Spekulanten zu schützen.

Ruedi Spöndlin

Ein **«konzept»** ist auch für einen Abwart genug. Sollte man meinen.

Uns ist zu Ohren gekommen, dass es hin und wieder vorkommt, an gewissen Orten, dass Abwarte ihr Leibblatt gleich bündelweise hamstern.

Zuungunsten der dortigen Schüler und Studenten. Und gänzlich entgegen unseren Absichten.

Wenn du bereit bist, solchen am **«konzept»** allzusehr Interessierten etwas Einhalt zu gebieten, wären wir froh.

Bitte schreibe uns, an welcher Schule du bereit bist, die Auslieferung und das Auflegen des **«konzepts»** zu überwachen.

Wir brauchen deine Mitarbeit. Die Zeiten sind ordnungsliebend.

Eine Dienstleistung des SSR zusammen mit «das konzept»:

gratis **kannst du in der Rubrik «Reis mit!» einen Reisepartner oder eine Reisepartnerin suchen.**

Wie mach' ich's?

Text sauber mit Schreibmaschine (grosser Abstand, kurze Zeilen) schreiben, maximal 35 Worte. Längere Inserate werden gekürzt. Name, Adresse nicht vergessen! Inserat, mit 40 Rappen frankiert, einsenden an **«das konzept», Reis mit, Weinbergstrasse 31, 8006 Zürich, Einsendeschluss wie Inseratenschluss (vgl. Impressum).**

Kommerzielle Inserate, solche mit anderen Zwecken als der Suche nach Reisepartnern sowie Chiffre-Inserate können nicht angenommen werden. (Wir verweisen dafür auf unsere günstigen Kontakt- und Kleinanzeigen in den Rubriken «Treffpunkt», «Flohmarkt».)

Wer möchte mit mir, Student (22), **Ferien in Griechenland** während der Semesterferien verbringen? Kleines Ferienhaus steht zur Verfügung. Bildzuschriften bitte an G. Winkler, Bellerivestr. 7, 8008 Zürich.

Indien per Rucksack. Speziell Nordindien, aber ohne festgelegte Reiseroute. Zeit: Mitte September 79 bis Mitte März 80. Wer kommt mit? Melde Dich bei Theo Vogel, Hafnerweg 6, 5200 Brugg. (056) 41 97 71

Wer hat Lust, mit mir **Indien- und Afrikareisen** zu planen, organisieren und durchzuführen? Afrikakenntnisse Überland sind erforderlich. Melde dich bei: Wolfgang Bittermann, 44 Münster (BRD), Postfach 480 105.

Plane **Reise duch Asien (Indien)** und suche Reisebegleiter(in), ab Monat Oktober. Ich bin eine 23jährige Krankenschwester. Marie-Louise Marty, Dorfplatz, 8934 Knonau. (01) 767 01 69.

Rolf (26), Chemielaborant, momentan in New York City, sucht unkomplizierte(n) Reisepartner(in) auf **Reise durch südl. USA im eigenen Auto.** Start: Nov./Dez. 79. Dauer: flexibel. Kontaktadresse: Cyril Meier, Luzernerstrasse 16, 5620 Bremgarten. (057) 5 21 81

Wer kommt mit? Ich, Student, 22j., gehe vom 16. 7 bis 2. 8. 79 mit dem Zug nach **Wien–Prag–Dresden–Ost-/West-Berlin** (evtl. auch Warschau). Telefoniere sofort! (065) 76 31 65 zwischen 18.30 und 19.00 (Beat verlangen)

Ich (18, m.) suche Reisepartner(in) für **Nordafrika-Trip** (Marokko, Algerien, Tunesien) per Autostopp. (Guter-)Zug usw. Reisezeit: 5. August bis ca. 23. September. Gert Mannhart, Herbstackerstr. 7, 8472 Seuzach

Elle, 21, sucht glatte Kollegin für 2 oder besser 3 Wochen **Badeferien auf der griech. Insel Paros** im Juli oder August. Melde Dich bald. Regula Thommen, Nansenstrasse 21, 8050 Zürich. (01) 48 61 33

Welches «aufgestellte» Girl hätte Lust, mit mir (20, m., gross und schlank) in den Herbstferien **mit dem Auto durch Frankreich** zu reisen? Daniel Rossier, Duxelhoferstrasse 20a, 3012 Bern.

Dringend! Ich (18), weiblich, suche Reisepartner(in) im Raume ZH, SG, GR, GL vom ca. 28. 7. bis 18. 8. **Reiszeit nach Absprache.** (01) 27 42 66 ab 18.15 h. Cornelia verlangen.

Wer möchte in den Sommerferien Italien etwas kennenlernen? Italienerin, 17½, sucht jemanden, der **ca.3 Wochen in Mittelitalien** umherzieht. Unterkunft: Jugi, Transport: Bahn. Anita Conte, (01) 57 72 18, ab 30. 6.

Ich (22, m.) suche eine Reisebegleiterin für Zelt- und **Interrail**-Ferien zu viert, mit **Richtung Norden.** Ab 18. 8.–17. 9. Martin. (042) 21 76 37.

Wir (22j. Student und 19j. Stift) trampen ab Mitte Juli für 2 Wochen **mit VW-Käfer durch Frankreich.** Wir hätten noch Platz für 2 abenteuerlustige Girls. (01) 43 92 93, Hansruedi verlangen.

Angliciste, 28 ans, cherche compagne/compagnon pour visiter **l'Irlande du Sud** en août, camping et cyclisme avec SSR. Mireille Fort, F-74540 Cusy (France), Tel. (code 16-50) 68 13 51.

Kreta im Spätsommer. Wer hätte Lust, mit mir, für leider nur zwei Wochen, Kreta und vielleicht auch etwas von der Ägäis zu erleben? Reisetermin ca. Anfang September mit SSR-Flug. Alfred Demelin (21), Bahnhofstr. 34, 8702 Zollikon.

treff punkt Kontaktinserate

Adresse für Zuschriften auf Chiffre-Inserate: Chiffre-Nr., «das konzept», Weinbergstrasse 31, 8006 Zürich

Ich (m./24) suche Kameradin zum **Verbringen der Freizeit** (Wandern, Segeln, Kino- u. Theaterbesuche etc.) Keinerlei sexuelle Absichten. Chiffre A 748.

Das Leben geniessen möchte ich mit Dir, zärtlicher, schöner, und gebildeter grosser Mann. Zierliche Pädagogin (32/165), engagiert für eine humanere Welt, freut sich auf Deine Antwort. Stichwort: Ni dieu ni maître. Zürich (Chiffre B 749).

Ich (m., 25/185) habe die Abenteuer satt und suche deshalb einen **männlichen sensiblen Freund** zum Aufbau einer ehrlichen Freundschaft ohne eheliche Konventionen. Brief mit Photo an Chiffre K 757.

Segelferien in Genf? Franz. sprechender Genfer sucht ab Mitte Juli netten athletischen Mitsegler (20–30), um 3 Wochen Sportferien (auch Jogging) in Genf zu verbringen. Regattenboot bietet beste Trainingsgelegenheit. Schreibe mit Photo und Tel.-Nr. Chiffre D 751.

Hilfe! Einsamer Mensch (m./25) sucht warmherzige, sensible Frau für eine **ehrliche Liebes- und Lebensbeziehung.** Danke für Deinen Brief! Chiffre E 752.

Busch-Ingenieur (29/188) sucht attraktive Reisebegleiterin für Luxus-Europatrip im Cabi (September) und **fürs bescheidene Leben im Busch.** Chiffre F 753.

Student (26/185) sucht homosexuellen jungen Freund für eine **zärtliche und dauerhafte Beziehung.** Ich freue mich auf Deine Zuschrift mit Bild. Chiffre G 754.

Ich bin 32, Assistent an der Uni Bern, Einzelgänger nur aus Gewohnheit. Möchte meinen **alten Bekanntenkreis durchbrechen** und suche eine Frau um die 25 Jahre, die auch Lust hätte, im Oktober mit mir auf eine Mexikoreise zu kommen. Da ich Dich nicht erst vor Abflug kennenlernen will, schreib doch schon jetzt (wenn's geht, mit Photo) an Chiffre H 755.

Nach langjährigem Überseewohnsitz fühle ich mich einsam hier. **Suche** unkomplizierten Menschen, mit dem ich ab und zu den **Alltag vergessen** kann. Chiffre J 756.

Student (22) sucht einen Freund zum **Aufbau einer sinnvollen Beziehung.** Deine Bildzuschrift erreicht mich unter Chiffre C 750.

FLOHMARKT Kleininserate

Suche **2½–3-Zimmer-Wohnung in Zürich-Höngg,** sofort oder später. Bin 40 Jahre, Beruf Pédicure, habe 2 saubere Büsi. Referenz: Frau Harry, Lindenhofstr. 1, Coiffure et beauté, 8006 Zürich. Zins max. 600–700 Fr., mit Komfort. Tel. (01) 55 20 10, Jeannette Krummenacher.

Suche **Ciao** oder ähnliches Mofa. (01) 42 75 12, Martin.

Flohmarkt-Geschenk-Idee Nr. 3: Wenn der ganze administrative Aufwand nicht so gross würde, würde ich mit allen Lesern des «konzepts» wetten, dass es in ihrem nahen Bekanntenkreis noch **mindestens 1 Person gibt, die «das konzept» gerne geschenkt bekäme.** (Einer, der die Wette vor kurzem auch noch verloren hätte.) Verwenden Sie einen normalen Einzahlungsschein. Bis Dezember 1980 kostet ein Abo (ab September) 24 Fr. Bitte **Adresse des Beschenkten auf der Rückseite des Abschnitts** nicht vergessen. Unterstützungs-Abo doppelter Betrag.

Wer interessiert sich (Arzt, Psychologe, Therapeut) für

Mitarbeit in Arbeits- und Lebensgemeinschaft für gefährdete Jugendliche?

Vorerst Einbezug in Aufbau- und Projektphase.

Anfragen ab 16 Uhr über Tel. (01) 730 47 00, Jugendberatungsstelle Schlieren.

Die billigsten Kontakt- und Kleininserate weit und breit!

treff punkt FLOHMARKT

Kleininserat: 5 Zeilen **10 Fr.** **(Weitere Zeilen 2 Fr.**
Kontaktinserat: 5 Zeilen **15 Fr.** (inkl. Chiffregebühr) **Zeile à 30 Zeichen)**

Talon ausfüllen und einsenden an. Inseratenverwaltung «das konzept», Weinbergstrasse 31, 8006 Zürich. Betrag (min. 10/15 Fr.) auf Postcheckkonto 80-36 651, Inseratenverwaltung «das konzept», 8006 Zürich, einzahlen oder Banknote beilegen. **Ihr Inserat erscheint nach Überweisung des Betrags.** Falls Text länger als gegebenes Feld, pro zusätzliche Zeile à 30 Zeichen 2 Fr einzahlen. Unter dieser Rubrik werden keine kommerziellen Inserate angenommen

Name und Adresse:

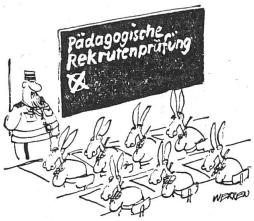
«Pädagogische Rekrutenprüfungen 1979» – demagogische Rekrutenbefragung

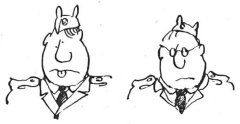
Die Kunst, doof zu fragen

Von Fredi Hänni (Text) und Manfred Werren (Zeichnungen)

Die «Pädagogischen Rekrutenprüfungen», vom EMD alljährlich unter den über 30 000 helvetischen Lehrlingen des Kriegshandwerks durchgeführt, verkommen immer mehr zu demagogischen Rekrutenbefragungen. «das konzept» ist in den Besitz des Fragebogens 1979 gelangt. Wir publizieren Auszüge, weil angehende Rekruten ein Recht haben zu wissen, was sie da erwartet.

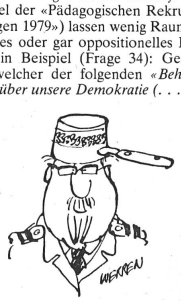
Eine bürgerliche Wissenschaft macht sich ein Jahrzehnt nach dem Jugendaufstand dazu auf, die Macht der herrschenden und ihrer verknöcherten Institutionen zu rechtfertigen. Mittel zum Zweck sind Zehntausende von Rekruten, die zum Militärdienst wie zum Ausfüllen des Fragebogens der «Pädagogischen Rekrutenprüfungen» befohlen werden. Ein Hohn, dass die Resultate der Umfrage alljährlich als «Spiegelbild der Jugend» ausgegeben werden. Denn: befragt werden keine Frauen, ausgeklammert werden ganze Kategorien Benachteiligter (Invalide, gesundheitlich Angeschlagene, psychisch Kranke, Kriegsdienstverweigerer), gefragt wird in der extremen Anpassungssituation des Militärdienstes. Dazu kommt, dass der im Soziologischen Institut der Universität Bern unter Leitung von Prof. *Walter Rüegg* von einer Arbeitsgruppe ausgebrütete Fragenkatalog 1979 die Antworten weitgehend vorprogrammiert.





Fragen zu «unserer» Demokratie

Vom Verdacht der Manipulation sind jedenfalls die Soziologen im Dienst des EMD nicht ohne weiteres freizusprechen. Die *«Fragen an die Zukunft»* (so der Titel der «Pädagogischen Rekrutenprüfungen 1979») lassen wenig Raum für kritisches oder gar oppositionelles Denken. Ein Beispiel (Frage 34): Gefragt wird, welcher der folgenden *«Behauptungen über unsere Demokratie (. . .) am ehesten»* zugestimmt werde *(«unsere»* nicht «die» oder «die schweizerische» Demokratie):



- Die schweizerische Demokratie ist die beste, die gegenwärtig existiert
- Obwohl einiges zu ändern wäre, finde ich unsere Demokratie im grossen und ganzen gut
- Vieles müsste an unserer Demokratie geändert werden, damit sie meinen Vorstellungen entspräche
- eine schlechtere Demokratie als die unsere muss man lange suchen

Darin erschöpft sich die politische Weisheit der Fragesteller. Was denn geändert werden sollte oder was denn so gut sei, dazu ist den Frageakrobaten nichts eingefallen. Nach Ursachen für mögliche Wünsche, nach Veränderungen wird auch nicht geforscht.

Beinahe nicht zu überbieten sind die Oberflächlichkeit und der Phantasiemangel Rüeggs und seiner Mitarbeiter. *«Welche der folgenden Eigenschaften»*, so wird unter Nummer 42 gefragt, *«glauben Sie, sollte man heute bei Kindern besonders fördern und welche weniger?*

Absoluter Gehorsam / Selbständigkeit / Verantwortungsbewusstsein / Hilfsbereitschaft / Offenheit für Neues / Toleranz (Verständnis für andere Standpunkte) / Leistungsbereitschaft / Ordnungsliebe / Selbstdisziplin / Durchsetzungsvermögen / Gemeinschaftssinn / Sinn für schweizerische Eigenart und Tradition / Sinn für den Schutz der Umwelt.»

Wie man in den Wald ruft . . .

«Völlig» oder *«eher» zustimmen* und *«eher»* oder *«völlig» ablehnen* können die 20jährigen auch solche/n Satz/Sätze (Nummer 38):

Auch in Zukunft sollte in der Schweiz der Arbeitsfrieden nicht durch Streiks gestört werden.

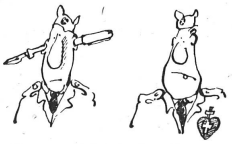
Unsere Politiker müssten endlich einmal grundlegende Reformen in Angriff nehmen.

Streiks und Demonstrationen sind erlaubte Mittel der Politik, auch wenn die öffentliche Ordnung gestört wird. Die Neutralität ist für unser Land zu wertvoll, als dass man sie aufgeben sollte.

Bereits in der Fragestellung wird vorweggenommen, dass Streiks und Demonstrationen *«störend»* sind. Wie man in den Wald ruft, so wird's auch zurücktönen . . .

«Gegen Versuchsehe (VE)»

Das war auch in der letztjährigen Rekrutenbefragung, die jedes Jahr rund eine halbe Million kostet (das Budget von 400 000 Franken wird jeweils überschritten), so, als nach Liebe und Ehe gefragt wurde. Nur gerade drei Rekruten (bei 544 ausgewerteten Bogen) waren für



das Zusammenleben in der *«Kommune»* (nicht etwa *«Wohngemeinschaft»*). Die Frage hatte gelautet:

Einige Jugendliche sind heute für die «Versuchsehe» und leben zusammen, ohne verheiratet zu sein. Was halten Sie davon?

Bei den Primarschülern waren, wen wundert's, 28 Prozent *«gegen Versuchsehe (VE)»*, kein einziger für die *«wilde Ehe»*. Nichtssagendes Fazit aus den «Rekrutenprüfungen» über das Zusammenleben mit – in der RS nicht vorhandenen – Frauen: *«Seitensprünge haben allgemein ein schlechtes Image» / «Die Ehe ist als Institution zum Schutz der Kinder fast unbestritten» / «Man ist erstaunt, mit wieviel Reife im allgemeinen zu den aufgeworfenen Fragen Stellung bezogen wurde.»*

Der Seite für Seite mit Kennziffern durchnumerierte Fragebogen 1979 ist streng geheim. Veröffentlicht wird er nach Auskunft von Oberexperte René Zwicky (SVP), Schulinspektor in Bern, erst im 1980/81 erscheinenden *«Band IV unserer wissenschaftlichen Reihe».*

Arbeitsbeschaffung aus dem EMD

Geangelt hat sich den lukrativen Meinungsumfrageauftrag Walter Rüegg, berüchtigter Gegner aller kritischen Studentenorganisationen. Er ist Präsident des *«Schweizerischen Arbeitskreises Militär + Sozialwissenschaft SAMS»*, der sich bereits 1976 bei seiner Gründung folgendes Ziel auf die Fahnen geschrieben hat: *«Langfristig könnte der SAMS ohne weiteres auch eine Art treuhänderischer Funktion für sozialwissenschaftliche Arbeiten, die von der Armee in Auftrag gegeben werden, übernehmen.»* Der «Militärsoziologen»-Verein machte ausserdem *«seinen Mitgliedern die Datenbank Midonas des Zentralen Dokumentationsdienstes EMD für Nachweise zugänglich»* (SAMS-Nachrichten 1/77). Man erinnert sich: In «Midonas» wurden Mikrofilme von Dokumenten aus dem Archiv des Zürcher Subversivenjägers Obstleutnant *Ernst Cincera* gefunden . . .

Fehlt nur noch die offiziöse Anerkennung des SAMS als wissenschaftliche Organisation durch Aufnahme in die Schweizerische Geisteswissenschaftliche Gesellschaft. Diese hat in Sachen armeenahe Vereine immerhin schon ein Zeichen gesetzt: Die Mitgliedschaft der «Schweizerischen Vereinigung für Militärgeschichte und Militärwissenschaften» wurde auf Ersuchen abgelehnt . . .

Meinungsumfrage auch billiger und präziser

Was im letzten Jahrhundert des Bildungsstandes der den Kinderschuhen entwachsenen männlichen Bevölkerung eingeführt worden ist, stellt heute nichts mehr als eine Meinungsumfrage dar, die auch billiger und unter Einbezug aller Klassen und Schichten, durchgeführt werden könnte.

Damit allerdings würde eine ganze Menge (EMD-)Prestige verlorengehen, mit dem sich die Berner Soziologen dieses Jahr rückversichern. Einen Fehlschlag hatten Rüegg und sein Mitarbeiter *Graf Viggo von Blücher* (ein deutscher mit Nazivergangenheit) bereits verbuchen müssen: Eine Studie über die Situation der Rentner im bernischen Steffisburg lieferte zwar den bürgerlichen Sozialbremsern Argumente für ihre Abbaupolitik. Die Abstimmung über die 9. AHV-Revision war allerdings auch damit nicht zu gewinnen.

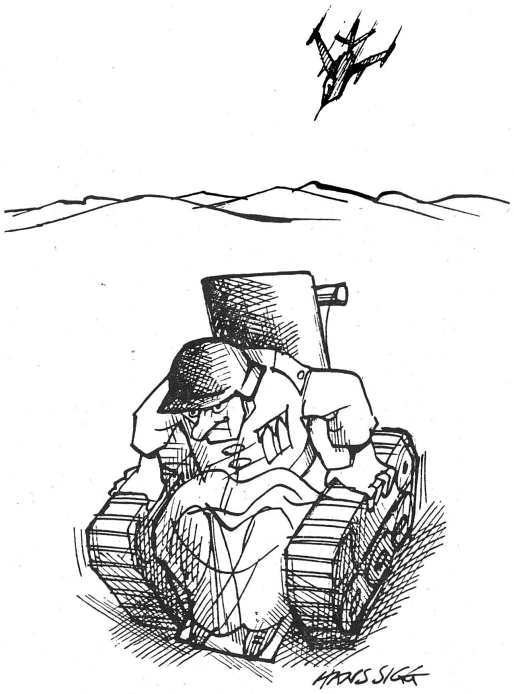
Das Trauma des Aufstandes

Rüegg, der zu den Unterzeichnern eines Briefes gegen den Dindo-/Meienberg-Film «Die Erschiessung des Landesverräters Ernst S.» gehörte (ohne den Streifen gesehen zu haben) und der sich 1975 als FDP-Kandidat für die Nationalratswahlen portieren liess, lebt noch heute unter dem Trauma der Studentenrevolte *(«Vor zehn Jahren versuchte die Protestbewegung neulinker Studenten, durch eine revolutionäre Massenbewegung die Grundlagen des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates zu erschüttern»* «Berner Zeitung» vom 16. Juni 1979). Als verhasster und dutzendmal niedergeschrieener Rektor der Universität Frankfurt kolportierte der gebürtige Zürcher vor zehn Jahren solches: *«Wenn*

die Verschmutzung in einem Gewässer so gross geworden ist, dass sich das Gewässer nicht mehr von selbst reinigen kann, dann muss man eben von aussen her diese Reinigung vollziehen» («Tages-Anzeiger» vom 17. Mai 1979). Rüeggs (Auf-)Wasch wird auf die Kommastelle genau die Prozentbeweise liefern, wie sauber dabei geschrubbt worden ist. ●

Weiterhin Militärpflichtersatz für Invalide

Krüppel büssen Untauglichkeit



«Die Invaliden sind keine ‹Halbbürger›. Sie sollen deshalb nicht diskriminiert werden, was anderseits auch bedingt, sie zur Ersatzpflicht heranzuziehen.»

FDP-Bundesrat Georges-André Chevallaz am 7. Juni 1979 im Ständerat

«Es gibt zwar Invalide, die gerne Dienst leisten würden; aber es gibt eben auch solche, die ganz froh sind, wenn sie die Belastung des Militärdienstes nicht auf sich nehmen müssen.»

CVP-Ständerat Jost Dillier (Obwalden), ebenda

Hans Hürlimann-Duft, Historiker

Staatsbesuch

Von Niklaus Meienberg

Der Bundespräsident, nachdem er den spanischen König auf dem roten Teppich in Kloten abgeholt hatte, hielt eine Begrüssungsrede. Es handelte sich hierbei um ein rhetorisches Feuerwerk im Stil der Matura-Aufsätze der Klosterschule Einsiedeln, in welcher der Bundespräsident sattsam geformt worden war.

Der König seinerseits war in Fribourg gebildet worden, in der Villa Saint-Jean, und hatte deshalb sofort eine stürmische Affinität zur Katholizität seines Verbindungsbruders Hürlimann, der auch in Fribourg weitergebildet worden war. Nachdem Oberst Hürlimann den kurzen, roten, zuvor noch gesaugten Teppich wie ein sterbender Schwan betreten und mit einem im Winkel von 45 Grad nach links oben entrückten Gesicht die Ehrenkompanie abgeschritten hatte, als ob er sein eigener Staatsgast wäre, hielt Bundespräsident Hürlimann die bereits erwähnte Rede, welche alle Zuhörer verdatterte und Madame Hürlimann, geborene Duft, die erst drei Stunden später die volle Tragweite der Worte ihres Gemahls realisierte, veranlasste, in der Wandelhalle des Parlaments erschreckt ihr Handtäschchen fallen zu lassen; welches Täschchen sodann, wie die Zeitungen zu berichten wussten, vom König aufgehoben worden sei mit den Worten: Madame, da haben Sie Ihr Täschchen wieder!

Der König soll durch die Rede einigermassen befriedigt worden sein, habe diesen Gemütszustand aber durch seine immerzu ernste, naturgemäss versteinerte, bourbonische Miene nicht auszudrücken vermocht, wie er auch stets gleichbleibende Gesichtszüge getragen habe, als er dem Regierungspräsidenten Künzi, der sich als Vertreter des zürcherischen Regierungsrates am Flughafen breitbeinig eingestellt hatte, seine Verstimmung über die Behandlung der kantonalen Kommunisten durch ebendiesen Regierungsrat ausdrückte und ihm das Ansehen erklärte, welches die spanische Kommunistische Partei in Spanien geniesst, welche dort respektiert werde wie irgendeine andere Partei und in allen bürgerlichen Rechten und Ehren stehe, obwohl sie immerhin virulenter und in gewissem Sinne gefährlicher sei für die Regierenden als die zürcherische Partei.*

Der ungünstige Eindruck, welchen Künzi am Flughafen erweckt hatte, wurde durch die Rede des Bundespräsidenten in vollem Umfang verwischt. Hürlimann scheute sich nicht, im Rahmen der Schilderung der traditionell guten schweizerisch-spanischen Beziehungen auch auf die Rolle jener schweizerischen Soldaten hinzuweisen, welche für Spanien gekämpft hatten.

Obwohl Hürlimann-Duft im nächsten Satz eine Entschärfung beifügte, indem er nur die Soldaten speziell erwähnte, welche für die spanischen Könige gestorben waren, ist es den elastisch denkenden Zuhörern doch aufgefallen, dass in den präsidialen Worten implicite auch die andern achthundert Schweizer mit eingeschlossen waren, die im spanischen Bürgerkrieg für die Republik gekämpft hatten und nachher in der Schweiz ins Gefängnis gekommen waren und also endlich im Juni 1979 von offizieller Stelle eine Rehabilitierung erfahren haben, nachdem sie ein wenig dazu beigetragen hatten, dass heute die Demokratie in Spanien spät, aber immerhin tüchtig funktioniert; jedenfalls besser als im Kanton Zürich.

Der Monarch soll dem Bundespräsidenten naturgemäss in Aussicht gestellt haben, in absehbarer Zeit seine internationalen Brigaden, zusammengewürfelt aus Katalanen, Basken und Andalusiern, zum Selbstkostenpreis nach Zürich zu schicken, damit die, wie er sich ausgedrückt haben soll, lokalen Flachköpfe & Occasionsmonarchen aus der Regierung vertrieben würden, wobei die schweizerischen Sturmgewehre, für welche Spanien immer ein dankbarer Abnehmer gewesen sei, endlich in ihrem Herkunftsland eine ebenso praktische wie naturgemässe Anwendung finden würden. N. M.

*

Die Schweiz sei, so sagen einige Klugscheisser, das royalistischste Land der Welt. Weil es weder einen König noch einen Kaiser, sondern nur einen farblos-langweiligen Hürli-Mann hat. Ohne organisierten Applaus ging es am Empfang des spanischen Königs jedoch nicht ab. Teile der Bundesverwaltung, darunter das ganze Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (Biga), wurden freigestellt, lies: abkommandiert, um «de König ga gschoue», wie es eine Bundeshaustelefonistin ausdrückte. Die Biga-Beamten jubelten – ihrer Aufgabe gemäss – auch stellvertretend für die von ihnen obrigkeitlich betreuten spanischen Arbeiter in der Schweiz.

---

* *Siehe «Zonenplanung und Spektralanalyse» in dieser Nummer, Seite 3*